

bruno.

DAS JAHRESMAGAZIN DER GIORDANO-BRUNO-STIFTUNG



DAS SÄKULARE JAHRZEHNT

Wie sich Deutschland verändern wird

»**Politische Mehrheiten**
werden sich nicht mehr gegen,
sondern **nur noch mit**
der rasant wachsenden Gruppe der
Konfessionsfreien erzielen lassen.«

Zentralrat der Konfessionsfreien (*2021)

WIR SIND FREI

Schon 2004, im Gründungsjahr der Giordano-Bruno-Stiftung, schlugen wir einen „Zentralrat der Konfessionsfreien“ vor. Dass diese Idee erst 18 Jahre später Früchte trug, lag ganz gewiss nicht nur am Wunsch der anderen säkularen Organisationen, „die Giordano-Bruno-Stiftung einzuhegen“ – wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ einst mutmaßte. Vielmehr war uns von Anfang an bewusst, dass wir zunächst ein solides Fundament schaffen mussten, um den „Zentralrat der Konfessionsfreien“ erfolgreich etablieren zu können.

Deshalb gründete die gbs 2005 die „Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland“ (fowid) und 2006 den „Humanistischen Pressedienst“ (hpd). Später kamen neben dem „Zentralrat der Ex-Muslime“ und der „Säkularen Flüchtlingshilfe“ noch das „Institut für Weltanschauungsrecht“ (ifw) und das „Hans-Albert-Institut“ (HAI) hinzu. Als sich der „Zentralrat der Konfessionsfreien“ im Mai 2022 im Haus der Bundespressekonferenz vorstellte, musste er daher nicht „bei null“ anfangen, sondern konnte auf ein solides Netzwerk zurückgreifen: insbesondere auf die empirischen Daten von



 www.giordano-bruno-stiftung.de

 twitter.com/gbs_org

 facebook.com/gbs.org

 instagram.com/giordano.bruno.stiftung

fowid, der medialen Plattform des hpd, die juristische Expertise des ifw und das ethische Know-how des HAI.

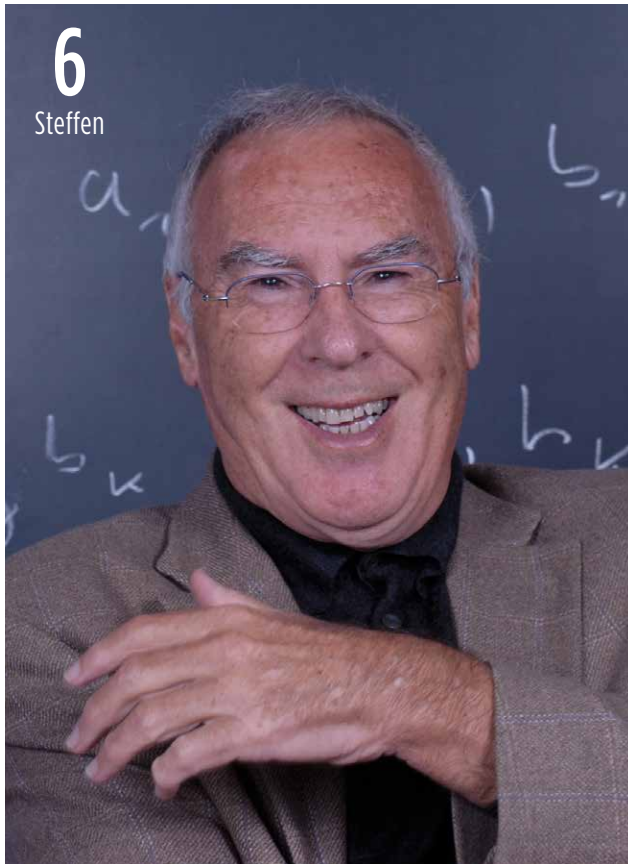
Dass der Zentralrat der Konfessionsfreien heute sehr viel bessere Erfolgsaussichten hat, als er sie 2004 gehabt hätte, liegt auch an den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen: Denn 2022 wird als das Jahr in die deutsche Geschichte eingehen, in dem erstmals weniger als 50 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der katholischen oder evangelischen Kirche angehörten. In spätestens zehn Jahren (2032) wird die absolute Mehrheit der Deutschen konfessionsfrei sein. Mit Blick auf diese Daten hat die gbs das Jahr 2022 unter das Schwerpunktthema „Das säkulare Jahrzehnt“ gestellt. Mit diesem Thema beschäftigen sich auch mehrere Artikel im vorliegenden Heft, vor allem die Beiträge zum „Zentralrat der Konfessionsfreien“ (Seite 26), zum Kampf gegen die (religiös begründete) Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (Seite 34) sowie zur humanistischen Nachwuchsförderung (Seite 14).

Als wir 2004 das Zentralrats-Konzept vorstellten, plädierten wir dafür, den traditionellen Begriff der „Konfessionslosen“ durch den Begriff der „Konfessionsfreien“ zu ersetzen. Erfreulicherweise hat sich dieser Sprachgebrauch inzwischen durchgesetzt. Denn frei von Religion zu sein, bedeutet keineswegs einen Mangel, sondern vielmehr einen Zugewinn an Lebensqualität – insbesondere für diejenigen, die den steinigen Weg vom Paulus zum Saulus hinter sich gebracht haben (siehe S. 6).

Freiheit ist das Grundmotiv jener Melodie, die die verkrusteten Verhältnisse zum Tanzen bringt. Wo sie verstummt, gleitet die Gesellschaft ins Autoritäre ab. Insofern weist der Slogan des Zentralrats der Konfessionsfreien über die bloße Interessenvertretung nichtreligiöser Bürgerinnen und Bürger hinaus: „Wir sind frei“ ist auch ein Weckruf zur Verteidigung der offenen Gesellschaft gegen ihre wiedererstarkten Feinde. Schließen wir uns also zusammen, um den Putins, Trumps und Erdogans dieser Erde entgegenzutreten! So frei sollten wir sein...


Herbert Steffen
Vorsitzender


Michael Schmidt-Salomon
Vorstandssprecher



6
Steffen



14
Nachwuchs-
förderung

2022

DIE THEMEN DES JAHRES

PROFILE

6 Vom Paulus zum Saulus

Wie gbs-Gründer Herbert Steffen »gottlos glücklich« wurde

14 »Wir können es uns nicht leisten, Potenziale zu verschenken«

Tanja Gabriele Baudson und Tobias Wolfram über »Humanistische Nachwuchsförderung«

22 Menschen, die etwas bewegen

Wolfram Kastner, Jacqueline Neumann, Gerhard Czermak und andere mehr

PROJEKTE

26 Das säkulare Jahrzehnt

Wie der Zentralrat der Konfessionsfreien die deutsche Politik verändern will

34 »Die Würde der Frau ist antastbar...«

Warum der Schwangerschaftsabbruch nicht ins Strafgesetzbuch gehört

42 #LetRaifFly

Raif Badawi braucht weiterhin Unterstützung

PERSPEKTIVEN

44 Die autoritäre Bedrohung

Identitäre Politik als Gefahr für die offene Gesellschaft

RÜCKBLICK 2021

52 Die Highlights des Jahres

Über die wichtigsten Ereignisse 2021

70 Finanzen und Vermögen

Wofür die gbs ihre Mittel eingesetzt hat

HINTERGRÜNDE

72 Die Giordano-Bruno-Stiftung

Wer wir sind und was wir tun

76 Aufklärer*in werden

Wie Sie uns unterstützen können

80 Kontakt

Wie Sie uns erreichen

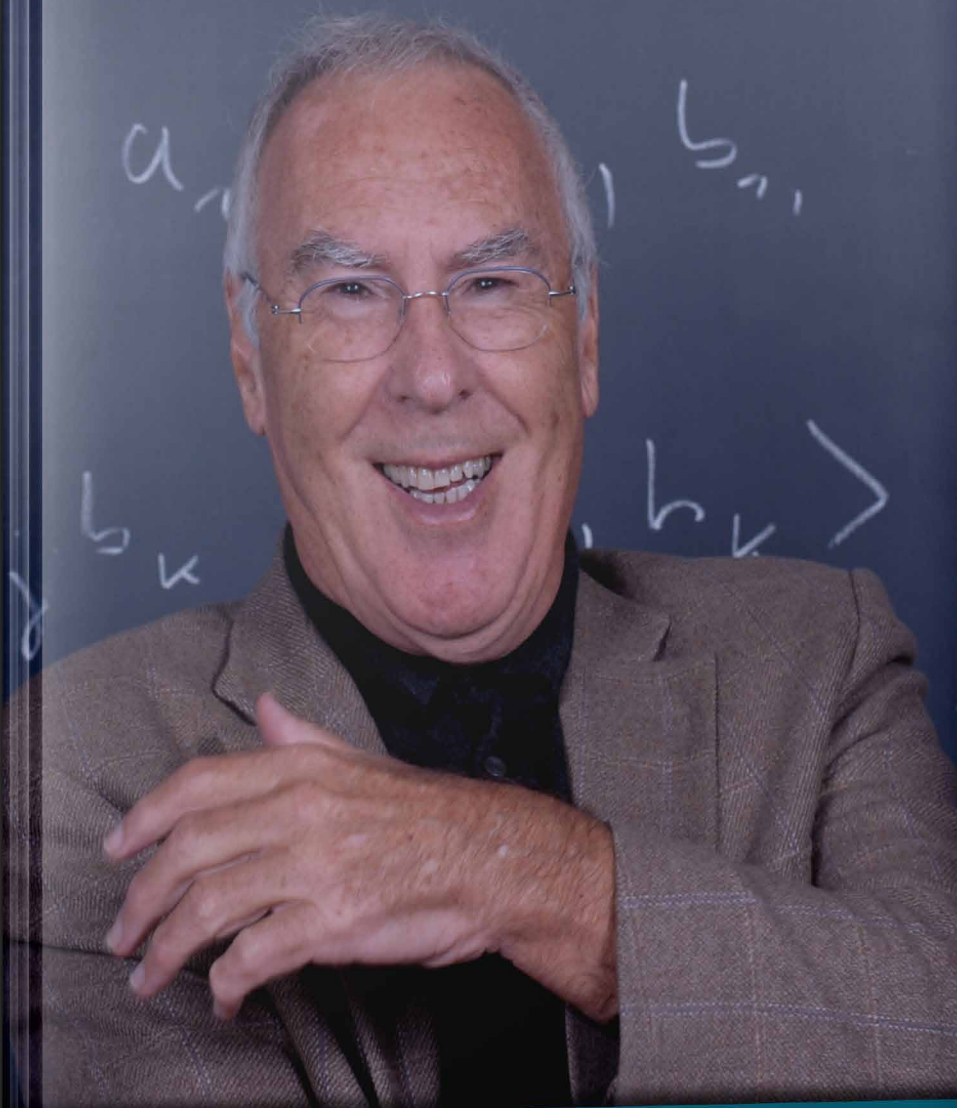
81 Impressum

82 Pieros Nachschlag

**AUFKLÄRER*IN
WERDEN**
& mitmachen bei der gbs!
MEHR INFOS AUF SEITE 76



Mein langer Weg vom Paulus zum Saulus



HERBERT STEFFEN

HERBERT STEFFEN

Mein langer Weg
vom Paulus zum Saulus

LEBENSERINNERUNGEN



Vom Paulus zum Saulus

Einst wollte HERBERT STEFFEN katholischer Priester werden. Der Gründer der Giordano-Bruno-Stiftung brauchte vier Jahrzehnte, um sich von der religiösen Indoktrination zu befreien. Die Geschichte eines Mannes, der spät, aber nicht zu spät, »gottlos glücklich« wurde.

Fragt man Herbert Steffen nach seiner Herkunft, antwortet er: „Ich stamme aus dem Mittelalter, aus einem kleinen Dorf im Hunsrück, das lange Zeit keine befestigten Straßen und keinen Strom kannte, in dem der Pastor der mit Abstand mächtigste Mann der Gemeinde war.“

Geboren wird er am 18. Oktober 1934 als erstes Kind eines Schreinermeisters und einer Hausfrau. Beide sind streng katholisch. Die Hierarchie im Dorf ist klar geregelt: zuerst der Pastor, dann der Schulleiter und dann der Bürgermeister. Niemand würde es wagen, dem Pastor zu

widersprechen – schon gar nicht der kleine Herbert, der fürchtet, im „ewigen Höllenfeuer“ zu landen, wenn er auch nur einen Millimeter vom katholischen Pfad der Tugend abweicht.

Denn die Angst vor der Hölle wird den Kindern schon im jüngsten Alter eingebläut. Steffen erinnert sich: „Die Hölle wurde uns in den schauerlichsten Szenarien geschildert. Die schlimmsten Qualen und die schrecklichsten Torturen mussten die Ungläubigen erleiden, und zwar eine Ewigkeit lang. Diese schreckliche Vorstellung prägte sich ein. Das machte den Menschen Angst und sie waren bereit, alles, was man von ihnen verlangte, zu tun oder zu lassen. Die Hölle war der größte Trumpf in der Hand der Kirche. Damit konnte sie alles erreichen, was sie wollte und was ihr nutzte.“

Mit 13 Jahren wird er ins Bischöfliche Internat Albertinum nach Gerolstein in die Eifel geschickt – und gelangt damit vom Regen in die Traufe. Denn im Albertinum herrscht ein strenges Glaubensregiment: Mitunter müssen die Schüler mehrere Tage lang schweigen und beten. Wer im Schlafsaal dabei erwischt wird, dass seine Hände unter der Bettdecke liegen, muss mitten in der Nacht halbnackt um das Haus laufen, egal bei welchem Wetter und zu welcher Jahreszeit. Im Bischöflichen Internat wird Herbert auch Zeuge von sexueller Gewalt, kann sich auf die seltsamen Vorkommnisse im Zimmer des Prälaten aber zunächst kei-



Auf dem Schulweg (l.v.r.)

nen Reim machen. „Der Hunsrück war lange Zeit eine kulturell völlig unterentwickelte Region“, meint er im Rückblick auf seine Kindheit und Jugend. „Die Aufklärung hat uns erst in den 1980er Jahren erreicht.“

Nach dem Abitur will Herbert den Wunsch seines Vaters erfüllen und Priester werden. Doch schon nach wenigen Tagen im Priesterseminar wird ihm die Doppelmoral des Klerus bewusst, mit der er sich nicht abfinden kann: „Ich war entweder warm oder kalt, aber niemals lau“, erklärt er. „Wenn ich von einer Sache überzeugt war, setzte ich mich hundertprozentig für sie ein. Dummerweise war meine ‚Herzessache‘ damals der Katholizismus: Hätte die Kirche von mir verlangt, einen Sprengstoffgürtel anzuziehen und die ‚Ungläubigen‘ in die Luft zu sprengen – ich fürchte, ich hätte es getan! Deshalb kann ich gut nachvollziehen, was radikale Islamisten tun. Man muss die religiöse Hirnwäsche selbst erlebt haben, um begreifen zu können, was sie bei einem Menschen anrichtet.“



Ich stamme aus dem Mittelalter



Die Hölle war der größte Trumpf in der Hand der Kirche



Die Küche im Albertinum in Gerolstein



Herbert als Messdiener (l.v.l.)



Abiturklasse am Albertinum (Herbert l.v.r.)

Statt Theologie studiert Herbert Steffen Wirtschaftswissenschaften in Köln und tritt in die Möbelfirma seines Vaters ein, die zum damaligen Zeitpunkt allerdings rote Zahlen schreibt und von der Insolvenz bedroht ist. Es gelingt ihm, „Steffen-Möbel“ zu retten. Unter seiner Führung wächst die kleine Firma zu einem großen Unternehmen heran, das in den 1980er Jahren 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. In den 1990er Jahren gerät die deutsche Möbelindustrie durch die Globalisierung jedoch unter Druck, die Geschäfte laufen schlechter – mit der Folge, dass Herbert Steffen die Kontrolle über sein Unternehmen verliert.

Der Verlust der Firma ist ein dramatischer Einschnitt in seinem Leben, doch er hat bereits Jahre zuvor eine neue Lebensaufgabe gefunden, nämlich die Religionskritik. Auslöser dafür sind zwei umgedrehte „Damaskuserlebnisse“, die aus dem „gläubigen Paulus“ einen „ungläubigen Saulus“ machen: 1973 unternimmt er eine Studienreise nach Israel und ist schockiert über die Borniertheit seiner christlichen Mitpilgerinnen und Mitpilger, die im vermeintlichen „Abendmahlssaal“ tief ergriffen auf die Knie fallen, aber laut loslachen, als sie in der al-Aqsa-Moschee hören, Mohammed sei von hier aus auf einem geflügelten weißen Pferd gen Himmel aufgestiegen.

Auch das zweite „Damaskuserlebnis“ ereignet sich auf einer Auslandsreise: 1988 liest er in einem Bungalow auf Tahiti Deschners Buch „Abermals krähte der Hahn“: „Die Lektüre zog mich derart in ihren Bann, dass ich für alles andere nicht mehr zu haben war. Nie zuvor in meinem Leben hatte ich Bücher mit dieser Inbrunst gelesen, und nie zuvor hat mich beim Lesen eine solche Wut gepackt.“

Nach dem Urlaub lässt Herbert Steffen nicht locker, bis er die Adresse Deschners herausgefunden hat. Kurzentschossen fährt er nach Haßfurt, überredet den scheuen Autor, ihn ins Haus zu lassen, und bietet ihm seine Unterstützung als Mäzen an. Dass es Karlheinz Deschner



Man muss die religiöse Hirnwäsche selbst erlebt haben, um begreifen zu können, was sie bei einem Menschen anrichtet

gelingt, seine 10-bändige „Kriminalgeschichte des Christentums“ abzuschließen, ist nicht zuletzt Steffens Verdienst.

Damit Deschners Werk nicht in Vergessenheit gerät, hat er vor, eine Karlheinz-Deschner-Stiftung zu gründen, doch noch fehlen ihm erfahrene Mitstreiter, um diese Idee umsetzen zu können. Über Carsten Ferk, der im Herbst 2003 einen Vortrag über die „Finanzen und das Vermögen der Kirchen“ in Deutschland hält, kommt Herbert Steffen in Kontakt zu Michael Schmidt-Salomon, der zufälligerweise wenige Tage vor dem ersten Zusammentreffen die Druckfahnen zu seinem Aufsatz über die Philosophie des „evolutionären Humanismus“ erhalten hat. Steffen ist nicht nur von Schmidt-Salomon und Ferk begeistert, sondern auch von diesem neuartigen Denkansatz, der Wissenschaft und Philosophie, rationale Erkenntnis und humanistisches Engagement in Einklang bringt.

An der Tür verabschiedet er sich von seinen künftigen Mitstreitern mit den Worten „Ich denke, das war heute der Beginn einer langen und fruchtbaren Freundschaft und Zusammenarbeit!“ Auf der Gegenseite sorgt dies für Verwunderung: „Nach Michaels Gesichtsausdruck zu urteilen, dachte er wohl, ich hätte eine Meise!“ Wenige Tage später sprechen die beiden aber schon über die Gründung einer Stiftung. Schweren Herzens muss Steffen dabei die Idee einer Deschner-Stiftung aufgeben, da sich diese allein auf Kirchen- und Christentumskritik



Herbert Steffen vor einem Panorama-Bild des Firmengeländes



Verleihung des Bundesverdienstkreuzes durch Minister Rainer Brüderle



Festakt zum 80. Geburtstag in Haßfurt: Karlheinz Deschner mit seiner Frau Elfi (im Hintergrund: Hermann Josef Schmidt und seine Frau Ursel)



Die „unheilige Dreifaltigkeit“: Herbert Steffen mit Karlheinz Deschner und Michael Schmidt-Salomon (2011)

hätte konzentrieren müssen. Er sieht ein: „Giordano-Bruno-Stiftung“ ist der bessere Name für eine Organisation, die sich einem breiten Themenspektrum widmen soll.

Nur: Wie soll man es Karlheinz Deschner erklären, dass es nun doch keine Deschner-Stiftung geben wird? Um ihm diese Nachricht möglichst schonend beizubringen, fahren Herbert Steffen und Michael Schmidt-Salomon Anfang 2004 nach Haßfurt. Die Gesprächsatmosphäre ist am Anfang frostig, denn Deschner wittert in Schmidt-Salomon einen gefährlichen Konkurrenten. Doch dann kommen die beiden auf Musik zu sprechen, insbesondere auf Deschners Lieblingskomponisten Anton Bruckner

und Hans Rott - und augenblicklich ist das Eis gebrochen. Herbert Steffen erinnert sich: „Die beiden

lachten und scherzten, als seien sie langjährige Freunde. Ich kam kaum mehr mit: Nach der Musik ging es plötzlich um Schopenhauer, Nietzsche, Marx und Freud. Dann landeten sie bei der Literatur und zitierten gegenseitig ihre Lieblingsstellen von Heine, Musil und Brecht.“ Steffen fällt ein Stein vom Herzen: „Ich war erleichtert, dass Karlheinz die Nachricht vom Ende der Idee einer Deschner-Stiftung so gut verkraftete und dass sich meine beiden ‚Hausphilosophen‘ trotz der schwierigen Anfangsbedingungen so gut verstanden. Vor allem aber freute ich

mich, dass es nun schon bald mit der Giordano-Bruno-Stiftung losgehen konnte, die mein Leben in den kommenden Jahren in völlig neue Bahnen lenken sollte...“

Nur wenige Wochen nach dem Gespräch in Haßfurt, im März 2004, findet im neu errichteten gbs-Forum in Mastershausen die erste gbs-Veranstaltung statt: Der international bekannte Evolutionsbiologe Prof. Dr. Franz M. Wuketits spricht vor rund 70 Gästen über ein Thema, das aufs Engste mit der Philosophie des evolutionären Humanismus verknüpft ist: „Der Affe in uns: Warum eine Entzauberung des Menschen überfällig ist“. Die Wahl des Referenten ist kein Zufall, denn Franz M. Wuketits ist von Beginn an in die Pläne zur Gründung der gbs eingeweiht. Durch ihn kommt die Stiftung in Kontakt zu vielen anderen hochkarätigen Wissenschaftlern.

Steffen hat den kauzigen Gelehrten aus Wien, der 2018 im Alter von nur 63 Jahren stirbt, in bester Erinnerung behalten: „Manfred, wie ihn seine Freunde nannten, war ein wunderbarer, aber auch ein merkwürdiger Mensch. So richtig in die Gänge kam er erst in den Abendstunden, dann aber hörte er gar nicht mehr auf, über Gott und die Welt in seinem breiten wienerischen



Hätte man eine Bombe in den Saal geworfen, wäre ein Großteil der religionskritischen Intelligenz ausgelöscht worden



Bei der Verleihung des Deschner-Preises an Raif Badawi und Ensaf Haidar 2016



Mit Bibi Steffen-Binot sowie Robbi Maier, Ingrid Matthäus-Maier und Robert Maier beim Darwin-Festakt 2009

Dialekt zu diskutieren. Legendär waren die Gespräche mit Michael in unserer damaligen Stiftungsbar, die oft bis in die Morgenstunden dauerten und mit dem Konsum von reichlich Alkohol und Zigaretten einhergingen. Aus Versehen leerten die beiden einmal in der Nacht meinen Geburtsjahrs-Portwein aus dem Jahr 1934! Am nächsten Morgen war Manfreds Gesicht so zerknittert, dass ich den großen Gelehrten kaum noch wiedererkannte.“

Am 15. April 2004 wird die Giordano-Bruno-Stiftung (gbs) offiziell als „rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts“ anerkannt. Wenige Wochen später tritt sie auch schon mit einer ersten Groß-Veranstaltung in die Öffentlichkeit, nämlich dem Festakt zum 80. Geburtstag von Karlheinz Deschner. Im Alten Rathaus der Stadt Haßfurt versammelt sich am 23. Mai viel Prominenz, um Karlheinz zu würdigen. Steffen kommentiert: „Hätte man damals eine Bombe in den Saal geworfen, wäre auf einen Schlag ein Großteil der religionskritischen Intelligenz in Deutschland ausgelöscht worden.“

2005 kommt die gbs durch die Ausrichtung der „Religionsfreien Zone“ als Gegenveranstaltung zum „Katholischen Weltjugendtag“ in Köln erstmals bundesweit in die Schlagzeilen. Schon das Plakat mit dem grinsenden schwarzen Schaf unter dem Schild der religionsfreien Zone mit dem Slogan „Heidenspaß statt Höllenqual!“ ist ein echter Hingucker und avanciert zum „Bild des Tages“. Noch größere Aufmerksamkeit erzielt der von Jacques Tilly gebaute „Papst-Dino-Wagen“, der während des „Weltjugendtags“ durch Köln fährt und auf die Veranstaltungen der „Religionsfreien Zone“ hinweist. So etwas hat es in Deutschland zuvor noch nicht gegeben.

2006 weist die Stiftung erstmals öffentlichkeitswirksam auf das Schicksal der misshandelten und missbrauchten Heim- und Internatskinder hin - ein Thema, über das damals kaum jemand sprechen wollte, das aber Steffen persönlich sehr bewegt: „Da ich unter meiner eigenen Internatszeit sehr gelitten hatte (auch wenn ich glücklicherweise nicht selbst zum Missbrauchsopfer



„Jetzt reden wir!“: Demo der ehemaligen Heimkinder in Berlin (2010)

wurde), lagen mir die Schicksale der Heim- und Internatskinder, denen es noch schlechter ergangen war, sehr am Herzen.“

In den ersten Jahren schafft es die Stiftung nicht, das Thema in die Medien zu bringen. 2010 jedoch organisiert sie die große Heimkinder-Demo „Jetzt-reden-wir!“ in Berlin sowie die Pressekonferenz des „Vereins ehemaliger Heimkinder“ im Haus der Bundespressekonferenz, die von gbs-Beirätin Ingrid Matthäus-Maier geleitet wird. Die Medienresonanz ist gewaltig, doch die Betroffenen werden von Staat und Kirche weiterhin über den Tisch gezogen. Aus diesem Grund engagiert sich die Stiftung bis zum heutigen Tag sehr entschieden auf diesem Gebiet, u.a. mit aufsehenerregenden Kunstinstallationen vor dem Kölner Dom oder bundesweiten Strafanzeigen des *Instituts für Weltanschauungsrecht* (ifw).



Da ich unter meiner Internatszeit sehr gelitten hatte, lagen mir die Schicksale der Heim- und Internatskinder sehr am Herzen



Mit Richard Dawkins und Karlheinz Deschner bei der Verleihung des Deschner-Preises 2007



Säkulare Buskampagne (2019): Im Kampagnenbus mit Geschäftsführerin Elke Held und Teamleiter David Farago



Religionsfreie Zone „Heidenspaß statt Höllenqual“ (2005): Das Dino-Mobil von Jacques Tilly zum Weltjugendtag in Köln

Der messbare Erfolg hält sich bislang in Grenzen: Zwar hat die Öffentlichkeit inzwischen - anders als 2006, als der gbs noch „militanter Kirchenhass“ vorgeworfen wurde - die gewaltigen Dimensionen des kirchlichen Missbrauchsskandals begriffen, doch auf angemessene Entschädigungen warten die meisten Betroffenen noch immer vergeblich.

Ein zweites Thema geht Herbert Steffen ähnlich unter die Haut, nämlich das „Recht auf Selbstbestimmung am Lebensende“, das für den Stiftungsgründer unaufhebbar mit dem Arzt und Sterbehelfer Uwe-Christian Arnold verbunden ist: „Mir imponierte Christians Mut, sterbenskranken Menschen zu helfen, selbst wenn er damit in Konflikt mit der Justiz und den Ärztekam-



Nach meinem Abschied vom Christentum hatte ich die Angst vor dem Tod verloren, nicht aber die Furcht vor dem Sterben

mern geriet. Für mich persönlich war die Freundschaft mit ihm auch mit einer großen Erleichterung verbunden. Denn nach meinem Abschied vom Christentum hatte ich zwar die Angst vor dem Tod verloren, nicht aber die Furcht vor dem Sterben. Christian war für mich (solange er lebte) die Garantie, dass ich zu gegebener Zeit schmerzlos und würdevoll sterben würde.“

Tragischerweise erkrankt Uwe-Christian Arnold jedoch so schwer, dass er 2019 nicht mehr an der mit Span-



Kampagne „Letzte Hilfe“ (2014): Plakat mit Sterbehelfer Uwe-Christian Arnold

nung erwarteten Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts teilnehmen kann. Vier Tage nach seinem Tod wird sein „politisches Testament“ in Karlsruhe verlesen. Das im Februar 2020 verkündete wegweisende Urteil der Verfassungsrichter*innen zur Suizidhilfe bestätigt die Sichtweise, die Uwe-Christian Arnold und Michael Schmidt-Salomon 2014 in dem Buch „Letzte Hilfe - Ein Plädoyer für das selbstbestimmte Sterben“ dargelegt haben. Es schmerzt Steffen bis heute, dass Uwe-Christian Arnold bei der Urteilsverkündung nicht dabei sein konnte: „Wie sehr hätte Christian die klaren Worte des Bundesverfassungsgerichts gefeiert! Ich bin untröstlich, dass er diesen späten Triumph nicht mehr miterleben konnte.“



Festakt „10 Jahre Giordano-Bruno-Stiftung“ in der Deutschen Nationalbibliothek Frankfurt



Jahrestreffen des 2017 gegründeten Instituts für Weltanschauungsrecht (ifw) am Stiftungssitz

Alles in allem gibt es jedoch nur wenig, was Herbert Steffen bereuen müsste: „Die gbs hat sehr viel mehr erreicht, als wir uns 2004 erhoffen konnten. Zudem habe ich durch die Stiftung so viel Neues erfahren und so viele hochinteressante Menschen kennengelernt, die ich ansonsten niemals getroffen hätte. Tatsächlich verdanke ich der Giordano-Bruno-Stiftung weit mehr, als sie mir verdankt!“

Großen Wert legt er auf die Feststellung, dass die vielen Erfolge der gbs „ganz gewiss nicht allein auf meinem oder Michaels Mist gewachsen“ sind, sondern dass daran „sehr viele andere Menschen beteiligt“ waren. In seinen im Mai 2022 erschienenen Lebenserinnerungen „Mein langer Weg vom Paulus zum Saulus“ listet Steffen rund 200 Personen auf, welche die gbs zu dem gemacht haben, was sie heute ist.

In gewisser Weise dient das Buch dazu, den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern der Stiftung danke zu sagen. In erster Linie geht es dabei aber um die Lebensbilanz eines Menschen, der sich vom frommen Katholiken zum freigeistigen Humanisten gewandelt hat - und der seine Erfahrungen gerne weitergeben möchte, um anderen die Sackgassen zu ersparen, die er selbst nicht vermeiden konnte: „Ich muss-



Stiftungssitz ab 2011: „Haus Weitblick“ in Oberwesel

te einen harten und steinigen Weg vom Paulus zum Saulus gehen, aber: Er hat sich gelohnt! Vielleicht hilft mein Buch dem einen oder anderen Leser, sich selbst etwas früher aus der Zwangsjacke der Religion zu befreien, als es mir gelungen ist. Wenn ja, so hätte es seinen Zweck erfüllt.“ ■



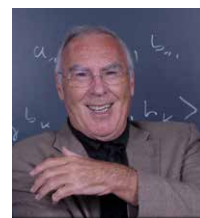
Ich verdanke der Giordano-Bruno-Stiftung weit mehr, als sie mir verdankt!

ZUM WEITERLESEN:

Herbert Steffen

Mein langer Weg vom Paulus zum Saulus

Lebenserinnerungen
Oberwesel 2022



HERBERT STEFFEN
Mein langer Weg vom Paulus zum Saulus
LEBENSERINNERUNGEN

Die Onlineversion des Buchs kann kostenfrei über die gbs-Website heruntergeladen werden.

Website:

giordano-bruno-stiftung.de



gbs-Aktion „Der nackte Luther“ (2021)



Protestaktion vor dem Kölner Dom (2021)



Treffen der Suttner-Stipendiat*innen
im Mai 2022 am gbs-Stiftungssitz
in Oberwesel

HUMANISTISCHE NACHWUCHSFÖRDERUNG

»Wir können es
uns nicht leisten,
Potenziale zu
verschenken«

Die »Fackel der Aufklärung« muss weitergetragen werden, damit der Humanismus eine Zukunft hat. Die Begabungsforscherin Tanja Gabriele Baudson und der Sozialwissenschaftler Tobias Wolfram sprachen mit **bruno.** über das 2021 gegründete **Bertha von Suttner-Studienwerk** und die Bedeutung der humanistischen Nachwuchsförderung.



Humanistische
Werte haben
ein großes
Potenzial,
Menschen
zu vereinen



V.l.n.r.: Tobias Wolfram, Michael Schmidt-Salomon, Anja Krüger-Chan, Ralf Schöppner vom Vorstand des Bertha von Suttner-Studienwerks (BvS) mit Tanja Gabriele Baudson (Wissenschaftliches Direktorium) 2022 in Oberwesel



Tanja Gabriele Baudson

Psychologin und Begabungsforscherin, „Hochschullehrerin des Jahres“ 2018, Initiatorin des „March for Science“ in Deutschland, Beirätin der gbs und des Hans-Albert-Instituts, Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Bertha von Suttner-Studienwerks und Vorsitzende des Hochbegabtenvereins „Mensa in Deutschland“.



Tobias Wolfram

Empirischer Sozialforscher mit Master in Statistik, Mitbegründer der Bundesarbeitsgemeinschaft Humanistischer Studierender (BAG), Koordinator der gbs-Hochschulgruppen, Mitglied der „Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland“ (fowid) und Vorstandsmitglied des Bertha von Suttner-Studienwerks.

bruno.: In den vergangenen Jahren hat sich die **Giordano-Bruno-Stiftung verstärkt der Nachwuchs- und Begabtenförderung gewidmet – insbesondere auch durch eure Initiative. Was hat euch motiviert, dieses Thema anzugehen?**

Tanja Gabriele Baudson: Ich befasse mich ja hauptberuflich mit Begabungs- und Begabtenförderung und freue mich immer, bei so spannenden Initiativen mitzuwirken und diese mit meinem Wissen und Know-how zu unterstützen! Humanistische Werte haben aus meiner Sicht ein großes Potenzial, Menschen zu vereinen. Gerade angesichts aktueller Tendenzen zu gesellschaftlicher Spaltung, identitätspolitischen Bestrebungen etc., halte ich das für sehr wichtig. Insofern stellt ein humanistisches Studienwerk eine hervorragende Erweiterung des Spektrums der bisherigen Förderwerke dar, weil es das Potenzial hat, Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen anzusprechen.

Tobias Wolfram: Ich möchte hinzufügen, dass der evolutionäre Humanismus eine der wenigen Weltanschauungen ist, die sich rational und evidenzbasiert mit den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft unserer Spezies auseinandersetzen. Gerade in Deutschland haben wir im Laufe unserer Geschichte vielfältige Erfahrungen mit den katastrophalen Auswirkungen ideologisierten Wahns gemacht, sei er religiösen oder politischen Ursprungs, gleich welcher Färbung. Die gbs und die Netzwerke, die sie in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut hat, haben erfolgreich gegen diese Entwicklungen gekämpft. Allmählich müssen wir jedoch das nächste Level erreichen: Für eine echte politische Wende braucht es mehr als nur einen klei-

nen Kreis von Aktivisten, Intellektuellen und Unterstützern – wir müssen die Nachwuchstalente in Wissenschaft, Medien, Politik und Wirtschaft, sozusagen die „Spitzenkräfte von morgen“, für den evolutionären Humanismus gewinnen.

Nach langjähriger Vorbereitung haben der Humanistische Verband Deutschlands (HVD), die Giordano-Bruno-Stiftung (gbs), die Humanistische Akademie Deutschland (HAD) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Humanistischer Studierender (BAG) vergangenes Jahr das Bertha von Suttner-Studienwerk (BvS) gegründet. Was zeichnet es gegenüber anderen Studienwerken aus?

TGB: Einerseits füllt das BvS natürlich eine Lücke in der Landschaft der verschiedenen Studienwerke mit ihren unterschiedlichen Weltanschauungen, aber ich glaube, es ist mehr als nur das. Auch in anderen Weltanschauungen finden sich Werte, die mit dem Humanismus gut vereinbar sind; insofern hat das BvS ein großes Potenzial auch über diejenigen hinaus, die sich explizit zum Humanismus bekennen. Was das BvS für mich so besonders macht, ist, dass es sich an einem aufgeklärten und rationalen Weltbild orientiert – und das ist keineswegs „kalt“ oder gar „unmenschlich“. Es ist ja ein Klischee, dass Menschen mit großem intellektuellem Potenzial weniger warmherzig sind! Das haben wir in zahlreichen wissenschaftlichen Studien aufzeigen können. Intelligenz, Empathie und Mitmenschlichkeit haben sich zusammen entwickelt, weil sie evolutionär von Nutzen waren. Gemeinsam haben wir bessere Überlebenschancen als allein – und angesichts der globalen

Herausforderungen ist heute ein Perspektivenwechsel vom „Hardcore-Individualismus“ zu sozial gerecht und nachhaltigem Handeln dringend geboten.

TW: Es gibt staatlich finanzierte Studienstipendien für Katholiken, Protestanten, Juden und Muslime, aber keine staatlich finanzierten Stipendien für religionsfreie Humanisten. Dabei stellen die Konfessionsfreien in der Altersgruppe der heutigen Studenten mit Abstand die Mehrheit, das Bekenntnis zu humanistischen Werten ist unter jungen Menschen weit verbreitet. Gleichwohl existiert für sie kein vergleichbares Förderangebot. Dem wollen wir mit dem Bertha von Suttner-Studienwerk (BvS) entgegentreten. Bisher sind unsere Mittel allerdings noch begrenzt, denn das BvS finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden, doch wir hoffen, dass sich dies bald ändert.

Derzeit werden zehn Stipendien pro Jahr vergeben, die von den Mitgliedsorganisationen des Trägervereins finanziert werden. Für die Zukunft strebt das Studienwerk an, die gleiche staatliche Förderung zu erhalten wie die bestehenden religiösen Bildungswerke. Wie verläuft dieser Prozess? Und wie stehen die Chancen, dieses Ziel zu erreichen?

TW: Wir befinden uns gegenwärtig in Gesprächen mit der Politik, welche uns insbesondere seit dem Regierungswechsel optimistisch stimmen. Ich finde ja, man sollte die Frage umdrehen: Welchen vernünftigen Grund gäbe es, uns nicht zu fördern? Selbst unter konservativsten Annahmen ist die Anzahl von Humanisten und Muslimen an deutschen Universitäten vergleichbar. Das BvS führt nicht nur die wichtigsten Organisationen des Humanismus zusammen, sondern verfügt bereits über einen aktiven Förderbetrieb. Und es existiert Bedarf: Der Andrang auf unsere erste Ausschreibung hat uns selbst überrascht, weniger als 5 Prozent aller Bewerber konnten gefördert werden, obwohl ohne Weiteres 20 Prozent ein Stipendium verdient hätten.

TGB: Die staatliche Förderung wäre ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung der verschiedenen Weltanschauungen. Hohe Begabung kommt ja in allen gesellschaftlichen Gruppen vor - bestimmte Gruppen von einer Förderung auszuschließen, ist keine besonders schlaue Entscheidung. Wir können es uns schlicht nicht leisten, Potenziale zu verschenken. Daran hat sich in den letzten gut 100 Jahren, seit die Notwendigkeit von Begabungsförderung zum ersten Mal auch politisch debattiert wurde, nichts geändert.

Was sind die Kriterien, um gefördert zu werden?

TGB: Engagement, eine Identifikation mit humanistischen Werten, (selbst-)kritisches Reflexionsvermögen und Einsatz für die eigenen Überzeugungen, für eine gerechte Gesellschaft und eine wissenschaftliche Weltsicht - so ähnlich steht es auch auf der Website. Wir suchen also mutige Menschen, die nicht nur ihren eigenen Vorteil im Blick haben, sondern die sich als Teil der Welt sehen und Verantwortung für diese übernehmen wollen. Und die idealerweise auch noch Freude daran haben!

TW: Das BvS setzt sich zum Ziel, herausragende Individuen zu fördern. Menschen, die sich quer durch alle politischen Lager mit humanistischen Werten identifizieren und sich für diese einsetzen. Persönlichkeiten mit außergewöhnlichen Begabungen und dem Potential, mit diesen die Welt zu einem besseren Ort zu machen. All das ist aber wenig wert, wenn ein Bewerber nicht über Neugierde, Selbstreflexion und Dialogbereitschaft verfügt. In manchen Kreisen scheint es momentan leider in Mode zu sein, die eigenen Ansichten in einem Maße moralisch-narzisstisch zu überhöhen, welches in letzter Instanz auf eine Entmenschlichung Andersdenkender hinausläuft. Deshalb wollen wir heterodoxe Denker, die in der Lage sind, selbstständig zu denken und ihre Ansichten auf der Basis neuer Evidenz anzupassen, selbst wenn sie damit gegen den Zeitgeist stehen.



Welchen vernünftigen Grund gäbe es, uns nicht zu fördern?



Ihr beide habt aktiv an dem ersten Treffen der Suttner-Stipendiat*innen und dem anschließenden gbs-Sommerforum im Haus Weitblick mitgewirkt. Wie waren eure Eindrücke?

TGB: Ich fand es einfach großartig! Die Vielfalt der Geförderten, das hohe akademische Niveau, die Tiefe der Diskussionen bis spät in die Nacht ... es war eine Freude! Vor allem fand ich es interessant, dass wir anscheinend Stipendiat*innen identifiziert haben, deren Lebensläufe gar nicht so gradlinig-karrieristisch verlaufen sind, die aber ein ganz großartiges Potenzial haben. Das ist halt auch so ein Punkt: Begabungsentfaltung ist kein Selbstläufer. Menschen mit großem Potenzial brauchen auch Umwelten, in denen dieses Potenzial Wertschätzung erfährt. Gerade die kreativsten Köpfe ecken jedoch gerne mal an, weil die meisten Menschen nicht wirklich begeistert von Veränderung sind und dem Neuen deshalb erst mal mit Skepsis begegnen. Ich hatte den Eindruck, dass das Treffen in Oberwesel den Stipendiat*innen genau eine solche wertschätzende Umwelt bieten konnte - zumindest legten die strahlenden Gesichter das nahe. Ich bin sehr gespannt, wie sich diese tollen jungen Menschen weiter entwickeln werden und wer im Lauf der Zeit noch so alles dazukommen wird!

TW: Das sehe ich genauso. Das Treffen der Suttner-Stipendiaten und das anschließende gbs-Sommerforum waren auch für mich eine herausragende Erfahrung! Die extrem fähigen jungen Menschen, die zu diesen beiden Anlässen in Oberwesel zusammenkamen, demonstrieren einmal mehr, welches Potential im humanistischen Nachwuchs liegt.

”
Wer
intelligenter
ist, ist
tendenziell
weniger
religiös

Lässt sich einschätzen, wie viele humanistische Studierende es in Deutschland gibt?

TW: Generell wird die Bedeutung der Religion von der Mehrheit der Studenten als sehr gering eingeschätzt. Diese Mehrheit können wir allerdings nicht als „Humanisten im engeren Sinne“ bezeichnen und für uns vereinnahmen. Da wir über keine „humanistische Kirche“ oder dergleichen verfügen, müssen wir uns der Zahl der humanistischen Studierenden auf anderem Wege annähern. So identifizieren sich knapp 16 Prozent der Studierenden in ihrer persönlichen Lebensführung vollständig mit einem konkreten Katalog humanistischer Werte. Alternativ kann man die Einstellung zum Humanismus und seinen Organisationen abfragen: Etwa 10,5 Prozent sind mit gbs und/oder dem HVD vertraut und stehen diesen Organisationen positiv gegenüber. Schlussendlich können wir die Inanspruchnahme humanistischer Angebote mit Bekenntnischarakter betrachten: 11,5 Prozent der Studierenden haben demnach eine Jugendweihe bzw. Jugendfeier vollzogen. Konservativ geschätzt können wir somit von 250.000 bis 400.000 humanistischen Studierenden in Deutschland ausgehen.

Gibt es wissenschaftliche Untersuchungen, inwiefern Hochbegabung mit einem naturalistischen, nichtreligiösen Weltbild korreliert?

TW: Die Studienlage ist weniger gut, als man es sich wünschen würde. Gleichwohl existiert ein schwacher, aber wiederholt replizierter Zusammenhang zwischen Intelligenz und Areligiosität. Zudem sind Naturalisten unter Wissenschaftlern (deren Durchschnittsintelligenz wiederum weit über der Norm liegt) deutlich überrepräsentiert.



Kamingespräche beim gbs-Sommerforum: Franz Josef Wetz und Konstantin Haubner



Michael Schmidt-Salomon und Florian Chefai

TGB: In der Tat gibt es diese Korrelation: Wer intelligenter ist, ist tendenziell weniger religiös. Aber die Effekte liegen im einstelligen Prozentbereich. Nur ein kleiner Teil der Unterschiede in der Religiosität kann also durch Unterschiede in der Intelligenz erklärt werden – was im Umkehrschluss bedeutet, dass es noch viele andere Faktoren gibt, die erklären, warum jemand religiös ist. Zudem gilt: Eine Korrelation ist keine Kausalität! Deshalb haben sich die Autor*innen Miron Zuckerman, Jordan Silberman und Judith Hall in einer Metaanalyse von 2013 Gedanken gemacht, woher dieser Zusammenhang kommen könnte. So kann es sein, dass intelligentere Menschen weniger konformistisch sind und sich Dogmen allgemein weniger bereitwillig unterwerfen als weniger Intelligente. Zudem denken intelligentere Menschen in der Regel analytischer – und wer

mehr hinterfragt, stößt auch mit größerer Wahrscheinlichkeit auf Inkonsistenzen, die ihn oder sie zweifeln lassen.

Das BvS hat sich die Begabtenförderung auf die Fahne geschrieben. Was versteht man in der Forschung unter Hochbegabung? Welche Vorurteile und falschen Stereotype sind verbreitet, die korrigiert werden sollten?

TW: Der Begriff der „Hochbegabung“ definiert sich über einen willkürlichen Grenzwert, welcher zwei Standardabweichungen über dem Durchschnitt der mitteleuropäischen Intelligenzverteilung anzusiedeln ist (IQ \geq 130). Meines Erachtens lädt diese Dichotomisierung eines kontinuierlichen Merkmals zu Missverständnissen ein. Am Ende gibt es nichts, was einen



Menschen mit großem Potenzial brauchen Umwelten, in denen dieses Potenzial Wertschätzung erfährt



Das Bertha von Suttner-Studienwerk (BvS) wurde nach langjähriger Vorarbeit im Januar 2021 vom Humanistischen Verband Deutschlands (HVD), der Giordano-Bruno-Stiftung (gbs), der Humanistischen Akademie Deutschland (HAD) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Humanistischer Studierender (BAG) gegründet. Schon bei der ersten Ausschreibung 2021 gingen 160 Bewerbungen beim Studienwerk ein. Seit Oktober 2021 werden die ersten zehn Suttner-Stipendiat*innen gefördert (generelle Förderdauer: zwei Jahre). Derzeit läuft die zweite Ausschreibungsrunde.

Ende Mai 2022 kam es am gbs-Stiftungssitz zum ersten Real-Treffen der Suttner-Stipendiat*innen. Direkt im Anschluss fand das von der BAG organisierte „gbs-Sommerforum“ statt, zu dem rund 20 junge Humanistinnen und Humanisten nach Oberwesel anreisten. Die Bilder, die diesen Artikel illustrieren, vermitteln einen kleinen Eindruck von der ausgezeichneten Stimmung während der „tollen Tage“ (und Nächte) im Haus Weitblick.

Vorstand des Bertha von Suttner-Studienwerks: Anja Krüger-Chan (HVD), Dr. Dr. h.c. Michael Schmidt-Salomon (gbs), Dr. Ralf Schöppner (HAD), Tobias Wolfram (BAG)

Wissenschaftliches Direktorium: Prof. Dr. Tanja Gabriele Baudson (Psychologin / Hochbegabungsforscherin), Dr. Christian Pawlu (Mediziner / Manager), Dr. Gabriele Schlimper (Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin), Prof. Dr. Jutta Standop (Bildungswissenschaftlerin / Allgemein-Didaktikerin)

Beirat: Prof. Dr. Christoph Antweiler (Ethnologe), Prof. Dr. Matthias Basedau (Politikwissenschaftler), Prof. Dr. Dittmar Graf (Evolutionbiologie / Biologiedidaktiker), Prof. Dr. Bernd Hecker (Jurist), Prof. Dr. Horst Junginger (Religionswissenschaftler), Prof. Dr. Jochen Kaiser (Psychologe / Neurowissenschaftler), Prof. Dr. Hartmut Kreß (Theologe / Ethiker), Prof. Dr. Dirk Lange (Politikwissenschaftler / Didaktiker), Prof. Dr. André Lipski (Mikrobiologe), Prof. Dr. Horst Marschall (Geologe), Prof. Dr. Axel Meyer (Evolutionbiologe), Prof. Dr. Dieter Röh (Sozialarbeitswissenschaftler), Prof. Dr. Tatjana Schnell (Psychologin / Sinnforscherin), Prof. Dr. Richard Traunmüller (Empirischer Sozialforscher), Prof. Dr. Eckart Voland (Biologe / Anthropologe), Prof. Dr. Ulla Wessels (Philosophin), Prof. Dr. Christoph Winter (Rechtswissenschaftler / Psychologe)

Website: suttner-studienwerk.de

”
Wer die
Chance hat,
nach den
Sternen
zu greifen,
sollte
nicht daran
gehindert
werden,
zum Himmel
aufzublicken

Menschen mit einem IQ von 129 qualitativ von einer Person mit einem IQ von 131 unterscheidet. Dennoch muss man festhalten, dass Intelligenz eine bemerkenswert gut zu messende Größe ist, welche mit zahlreichen Erfolgsindikatoren (z.B. Gesundheit, Einkommen, Berufsleistung etc.) korreliert.

TGB: Die Intelligenzdefinition mit dem statistisch definierten Grenzwert (IQ ab 130) ist vermutlich auch deshalb die am weitesten verbreitete Definition, weil sie ein klar messbares Kriterium bietet. Sie ist aber keineswegs die einzige; und in der Förderpraxis reicht ein hoher IQ allein in der Regel auch nicht aus. Intelligenz als Merkmal des Individuums ist ja zunächst nur der Hinweis auf ein bestimmtes kognitives Potenzial. Wie man dieses Potenzial nutzt, ist eine ganz andere Frage. Verwende ich es, um für mich selbst möglichst viele Vorteile herauszuschlagen, oder dafür, um die Welt besser zu machen? Und woher weiß ich, dass ich die Welt tatsächlich besser mache und nicht trotz bester Absichten neue und möglicherweise gar schwerwiegendere Probleme als die aktuellen schaffe?

Hat der IQ tatsächlich eine so hohe Vorhersagekraft für den Erfolg?

TGB: Ja, wenn wir dies im Durchschnitt betrachten, ist der Vorhersagewert beträchtlich, aber das hängt eben auch damit zusammen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die Dinge wertschätzt, die mit dem IQ, der geistigen Leistungs- und Lernfähigkeit, zusammenhängen. Wer intelligent ist, hat grundsätzlich gute Chancen, erfolgreich zu sein, ganz unabhängig davon, ob er oder sie in Freiheit oder in einer Diktatur lebt.

In diesem Zusammenhang darf man nicht vergessen, dass die meisten Nazigrößen, die bei den Nürnberger Prozessen verurteilt wurden, nachweislich einen sehr hohen IQ hatten - was sie allerdings nicht daran hinderte, einem menschenverachtenden Wahnsystem zu dienen. Worauf ich hinauswill: Intelligenz ist ein wichtiges Merkmal, aber keinesfalls eines, das den Menschen komplett ausmacht oder gar über seinen Wert bestimmt - der gilt natürlich unabhängig von seinen Eigenschaften und ist nicht verhandelbar.

In den Spiderman-Comics von Stan Lee wie auch im ersten Spiderman-Film hieß es: „Aus großer Kraft folgt große Verantwortung.“ Würdet ihr sagen, dass dies auch auf die Intelligenz zutrifft?

TW: Sicher! Wer ein hohes intellektuelles Potenzial besitzt, sollte auch in der Lage sein, es vernünftig zu nutzen.

Der Psychologe William Stern, der den Begriff des Intelligenzquotienten prägte, meinte einmal: „Begabung ist kein Verdienst, sondern eine Verpflichtung.“

TW: Stimmt. Allerdings bin ich generell skeptisch, wenn das Kollektiv versucht, dem Individuum Verpflichtungen aufzuerlegen. Das Verantwortungsgefühl sollte aus dem Individuum selbst erwachsen. Die Aufgabe der Gesellschaft sehe ich darin, die jeweiligen Talente der Menschen bestmöglich zu fördern. Auf keinen Fall sollte man besonders fähigen, überdurchschnittlich begabten Menschen künstlich Steine in den Weg legen, damit sie etwas stärker der Norm entsprechen. Wer die



Chance hat, nach den Sternen zu greifen, sollte nicht daran gehindert werden, zum Himmel aufzublicken.

TGB: Mich erinnert das Thema an einen neueren Ansatz von Robert Sternberg, der sich dem Thema Intelligenz und Begabung aus evolutionärer Perspektive annähert. Sternberg fragt, ob es tatsächlich intelligent und evolutionär adaptiv sein kann, egoistisch den individuellen Vorteil zu verfolgen, wenn das den Nebeneffekt hat, dass die Welt vor die Hunde geht. Individuelle Bereicherung funktioniert nur zu Lasten vieler, die weniger haben, und zu Lasten einer Umwelt mit begrenzten Ressourcen. Sternberg ist deshalb der Ansicht, man müsse Begabung als eine Fähigkeit definieren, die für die Welt insgesamt adaptiv ist, ihr also nicht schadet und sie im Idealfall vielleicht sogar besser macht. Ich finde das bedenkenswert und spannend, vor allem, weil in unserer Gesellschaft vieles schief läuft. Deshalb darf Verantwortung für die Gesellschaft nicht als bloße Verantwortung für die Aufrechterhaltung und Stabilisierung des Status quo missverstanden werden, sondern, wo dies nötig ist, als Verantwortung zum Handeln für mehr Gerechtigkeit auf rationaler und wissenschaftlich fundierter Grundlage – auch, wenn man Gegenwind bekommt.

Apropos „Gegenwind“: Tanja, du hast 2017 den „March for Science“ in Deutschland initiiert und koordiniert, der sich gegen „postfaktisches Denken“ und für wissenschaftsbasierte Politik einsetzte. Wie lässt sich dieses Anliegen fortführen?

TGB: Corona bot ja leider eher suboptimale Bedingungen für Großveranstaltungen, aber es freut uns zu

sehen, dass das Thema mittlerweile sehr viele Menschen und auch Institutionen umtreibt! Und das ist auch bitter nötig – gerade die Pandemie hat uns ja gezeigt, wie wichtig es ist, dass politische Entscheidungen auf wissenschaftlicher Evidenz fußen. Gleichzeitig wird die irrationale Minderheit leider immer lauter und auch aggressiver. Was kann man dagegen tun? Ich denke, es ist wichtig, früh anzufangen und schon Kindern ein Verständnis von Wissenschaft und Evidenz nahezubringen. Wir sollten ihnen zeigen, dass man vor der Realität keine Angst haben muss. Spalterische Tendenzen sind immer verführerisch, weil sie die Verantwortung für Missstände schwarzweißmalerisch auf „die Anderen“ auslagern; dem darf man sich nicht hingeben. Des Weiteren muss sich allerdings auch im Wissenschaftssystem einiges ändern. Die Wertschätzung von Wissenschaftskommunikation ist in den letzten Jahren zwar gestiegen, es geht aber trotzdem noch viel zu langsam. Ein großes Problem ist, dass Wissenschaftskommunikation die akademische Karriere eher behindert. Hier wäre zu überlegen, ob man nicht auch politisch mehr Druck aufbauen muss, etwa über Lobbyorganisationen, um echte Karrierealternativen für diejenigen zu schaffen, die Wissenschaft lieben und auch gerne darüber reden – damit die Professur nicht die einzige Option ist, um irgendwie im Wissenschaftssystem zu bleiben.

Liebe Tanja, lieber Tobias, wir danken euch für das Gespräch! ■

Die Fragen stellte Florian Chefai (Hans-Albert-Institut).



Begabung ist kein Verdienst, sondern eine Verpflichtung

(William Stern)

ZUM WEITERLESEN:

Bertha von Suttner-Studienwerk (Hg.)

Talente fördern – Wissenschaft und Humanität stärken

Das Humanistische Begabtenförderwerk

BvS-Broschüre, Berlin 2021



Website:

suttner-studienwerk.de



WOLFRAM P. KASTNER

„Nicht ich provoziere, sondern die Umstände provozieren mich“, sagt gbs-Beirat Wolfram P. Kastner. Wie kaum einem anderen deutschen Künstler ist es ihm gelungen, Verdrängtes sichtbar zu machen.

Dies stieß nicht immer auf Gegenliebe: Für seine „Brandfleck“-Aktionen zur Erinnerung an die Vernichtung „unwerter Literatur“ in der Nazizeit, die „Judensau“-Aktionen zur Erinnerung an den christlichen Antisemitismus, die „Papst & Hitler-Spaziergänge“ zur Erinnerung an das Reichskonkordat oder seine kreativen Umgestaltungen von reaktionären Denkmälern (zuletzt u.a. der künstlerische Protest gegen das „Ehrengrabmal“ für den Nazikriegsverbrecher Alfred Jodl) erntete Kastner zehn Morddrohungen und zwanzig Strafanzeigen. Geehrt wurde der in München lebende Künstler bis zu diesem Jahr nur fern der Heimat, u.a. mit dem „Obermayer German Jewish History Award“ (Massachusetts, 2005) und dem „Hans-Frankenthal-Preis“ der *Stiftung Auschwitz-Komitee* (Hamburg, 2011). Nun allerdings, im Juni 2022, wurde Kastner in München mit dem Preis „Aufrechter Gang“ der *Humanistischen Union* ausgezeichnet. Winfried Nerdinger, der Präsident der *Bayerischen Akademie der Schönen Künste*, betonte in seiner Preisrede: „Von Wolfram Kastner, der jahrzehntelang trotz Verleumdungen, Strafanzeigen, Verhaftungen und Prozessen unbeugsam den Kopf erhoben hielt und immer wieder unbequeme Wahrheiten sichtbar machte, können wir lernen, wie aufrechter Gang einer Gemeinschaft helfen kann, sich gegen Amnesie und Antisemitismus, gegen Extremismus und Nationalismus zu schützen und zu wehren.“

Wir gratulieren unserem hochverehrten Beirat, von dem im gbs-Stiftungshaus in Oberwesel gleich fünf ausdrucksstarke Gemälde hängen, zu dieser längst überfälligen Auszeichnung und hoffen, dass ihr noch viele weitere folgen werden.



DIE



MENSCHEN, ETWAS BEWEGEN

JACQUELINE NEUMANN

Fünf Jahre lang, von der Gründung 2017 bis Januar 2022, hat die promovierte Juristin Jacqueline Neumann das *Institut für Weltanschauungsrecht (ifw)* geleitet. Sie schaffte es nicht nur, viele renommierte Juristinnen und Juristen für den Beirat zu gewinnen, sondern das Institut zu einem wichtigen neuen Impulsgeber in der rechtspolitischen Debatte aufzubauen. Unter ihrer Leitung war das ifw an bedeutenden juristischen Verfahren beteiligt, die zur Veränderung der Gesetzeslage in Deutschland führten - etwa am Prozess der Ärztin Kristina Hänel, der das Ende des § 219a StGB einleitete, oder an dem viel diskutierten Verfahren zu den Verfassungsbeschwerden gegen § 217 StGB, das das wegweisende Sterbehilfe-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2020 zur Folge hatte. Mit bundesweiten Strafanzeigen gegen kirchliche Missbrauchstäter setzte das ifw zudem das katholische Vertuschungssystem erfolgreich unter Druck. Diese Leistungen wurden auch von der Gegenseite wahrgenommen: Tatsächlich erarbeitete sich das Institut seit 2017 einen so guten Ruf, dass die Kirchen in mehreren Fällen „freiwillig“ auf ihre Privilegien verzichteten, als sie erfuhren, dass das ifw am Verfahren beteiligt ist. Wir danken Jacqueline Neumann für ihren unermüdlichen Einsatz für die offene Gesellschaft - ganz besonders aber auch dafür, dass sie uns weiterhin als Beirätin des ifw sowie als Kuratorin der gbs erhalten bleibt.



JÖRG SCHEINFELD / JESSICA HAMED

Der Strafrechtsprofessor Jörg Scheinfeld (Universität Mainz) und die Rechtsanwältin Jessica Hamed bilden das neue Leitungsteam des *Instituts für Weltanschauungsrecht*. Scheinfeld zählte bereits zuvor zu den Beiräten des ifw. In Erscheinung trat er im Institut insbesondere durch prägnante Veröffentlichungen zum kirchlichen Missbrauchsskandal sowie durch seine profunde Kritik der gesetzlichen Regelung zur männlichen Genitalbeschneidung. Mit vielen Kolleginnen und Kollegen des ifw steht er schon seit vielen Jahren in Kontakt: So war er einst wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand bei Rolf Dietrich Herzberg und schließlich Habilitand bei Reinhard Merkel (beide Mitglieder des ifw-Beirats). 2016 erhielt Scheinfeld den Ruf als Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht, Medizinstrafrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Rechtsphilosophie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Jessica Hamed war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Deutsche Rechtsgeschichte der Uni Mainz, seit 2016 arbeitet sie als Rechtsanwältin, seit 2020 als Fachanwältin für Strafrecht. Wie Jörg Scheinfeld hat Jessica Hamed in ihren Veröffentlichungen entschieden gegen einen übergriffigen, paternalistischen Staat argumentiert, der die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern unzulässig einschränkt, aber gerade dort versagt (siehe Missbrauchsskandal), wo er eingreifen müsste, um das für alle geltende Recht zu schützen. Die Giordano-Bruno-Stiftung freut sich sehr auf die Zusammenarbeit mit der neuen Institutsleitung!

GERHARD CZERMAK

Schon lange vor der Gründung der *Giordano-Bruno-Stiftung* (2004) und des *Instituts für Weltanschauungsrecht* (2017) hat Gerhard Czermak (gbs-Beirat und Gründungsmitglied des ifw) die Privilegien der Religionsgemeinschaften (insbesondere der christlichen Kirchen) in aller gebotenen Schärfe kritisiert und für das Gebot der weltanschaulichen Neutralität des Staates gestritten. In diesem Jahr wird der ehemalige bayerische Verwaltungsrichter und produktive Buchautor 80 Jahre alt – ein hervorragender Anlass, um seine Lebensleistung im Rahmen eines



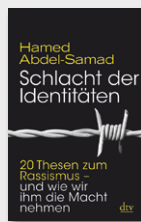
Festakts am gbs-Stiftungssitz (im Oktober 2022) zu würdigen. Schon in seiner Promotion (1972) hatte sich Czermak mit einem religionsverfassungsrechtlichen Thema auseinandergesetzt. Einem breiteren Publikum wurde er bekannt durch sein Buch „Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung“, das 1997 im Rowohlt-Verlag erschien. Vor allem aber veröffentlichte Czermak zahlreiche Beiträge zu religions- bzw. weltanschauungsrechtlichen Themen (u.a. zu den Staatsleistungen an die Kirchen, zum Religions- und Ethikunterricht, zum islamischen Kopftuch sowie zum Kreuz in Schulen und Gerichten). 2018 brachte er zusammen mit Eric Hilgendorf das Standardwerk „Religions- und Weltanschauungsrecht“ in zweiter Auflage heraus, 2021 folgte die Studie „Siebzig Jahre Bundesverfassungsgericht in weltanschaulicher Schiefelage“. „Ohne Gerhards wegweisende Arbeiten wäre das *Institut für Weltanschauungsrecht* sicherlich nicht entstanden“, meint gbs-Sprecher Michael Schmidt-Salomon. „Dass wir in den letzten Jahren einige wichtige Erfolge vor Gericht erzielen konnten, ist nicht zuletzt sein Verdienst!“

LESESTOFF 2021/2022 (AUSWAHL)

Bücher aus dem gbs-Umfeld in der Reihenfolge ihres Erscheinens



Karlheinz Deschner
Das Kreuz mit der Kirche
Eine Sexualgeschichte des Christentums



Hamed Abdel-Samad
Schlacht der Identitäten
20 Thesen zum Rassismus – und wie wir ihm die Macht nehmen



Gerhard Czermak
Siebzig Jahre Bundesverfassungsgericht in weltanschaulicher Schiefelage
Schriften zum Weltanschauungsrecht, Bd. 2



Gerhard Streminger
Die Welt gerät ins Wanken
Das Erdbeben von Lissabon und seine Nachwirkungen auf das europäische Geistesleben



Hans-Albert-Institut / BAG (Hrsg.)
Was ist rational?
Eine Essay-Sammlung



Herbert Steffen
Mein langer Weg vom Paulus zum Saulus
Lebenserinnerungen



Helmut Ortner
Volk im Wahn
Hitlers Deutsche oder die Gegenwart der Vergangenheit



Hartmut Krebs
Religionsunterricht oder Ethikunterricht?
Schriften zum Weltanschauungsrecht, Bd. 3



Beda M. Stadler
Glücklich ungläubig
Autobiografie



Franz Josef Wetz
Das Fest der gewöhnlichen Dinge
Lesekompass durch Rilkes Duineser Elegien



ULLA WESSELS

Die Philosophin Ulla Wessels ist seit Januar 2022 Kuratorin der *Giordano-Bruno-Stiftung*. In den gbs-Beirat wurde sie bereits 2010 berufen, nachdem sie eine denkwürdige Veranstaltung im Rahmen der „Europäischen Kulturhauptstadt Ruhr“ moderiert hatte: Zum Zeitpunkt der Diskussion waren nur zwei der Podiumsteilnehmer gbs-Mitglieder, nämlich Franz M. Wuketits und Michael Schmidt-Salomon, doch die Diskutanten verstanden sich so gut, dass sich schließlich auch die restlichen drei Teilnehmer*innen, nämlich Karen Duve, Hamed Abdel-Samad und Ulla Wessels der gbs anschlossen. Wessels hatte nach dem Studium der Philosophie, Kunstgeschichte und Germanistik u.a. in Leipzig und Göttingen, an der *University of California* in Berkeley und an der *Australian National University* in Canberra geforscht und gelehrt. Derzeit ist sie Inhaberin einer Professur für Praktische Philosophie an der *Universität des Saarlandes*. Sie beschäftigt sich in ihrer Forschung mit Konsequentialismus, Utilitarismus, Moralphysikologie und Bioethik, aber auch mit der Philosophie des Begehrens und der Frage nach dem „Sinn des Lebens“. Für die Arbeit „Die gute Samariterin. Zur Struktur der Supererogation“ erhielt Wessels 2003 den *Wolfgang-Stegmüller-Preis*. Bekannt wurde Ulla Wessels nicht zuletzt auch durch ihre Klage gegen die Konkordatslehrstühle (2008), die im Jahr 2013 dazu führte, dass die bayerische Bischofskonferenz „freiwillig“ beschloss, auf das althergebrachte Privileg bei der Besetzung nichttheologischer Lehrstühle zu verzichten.

CHRISTIAN PAWLU

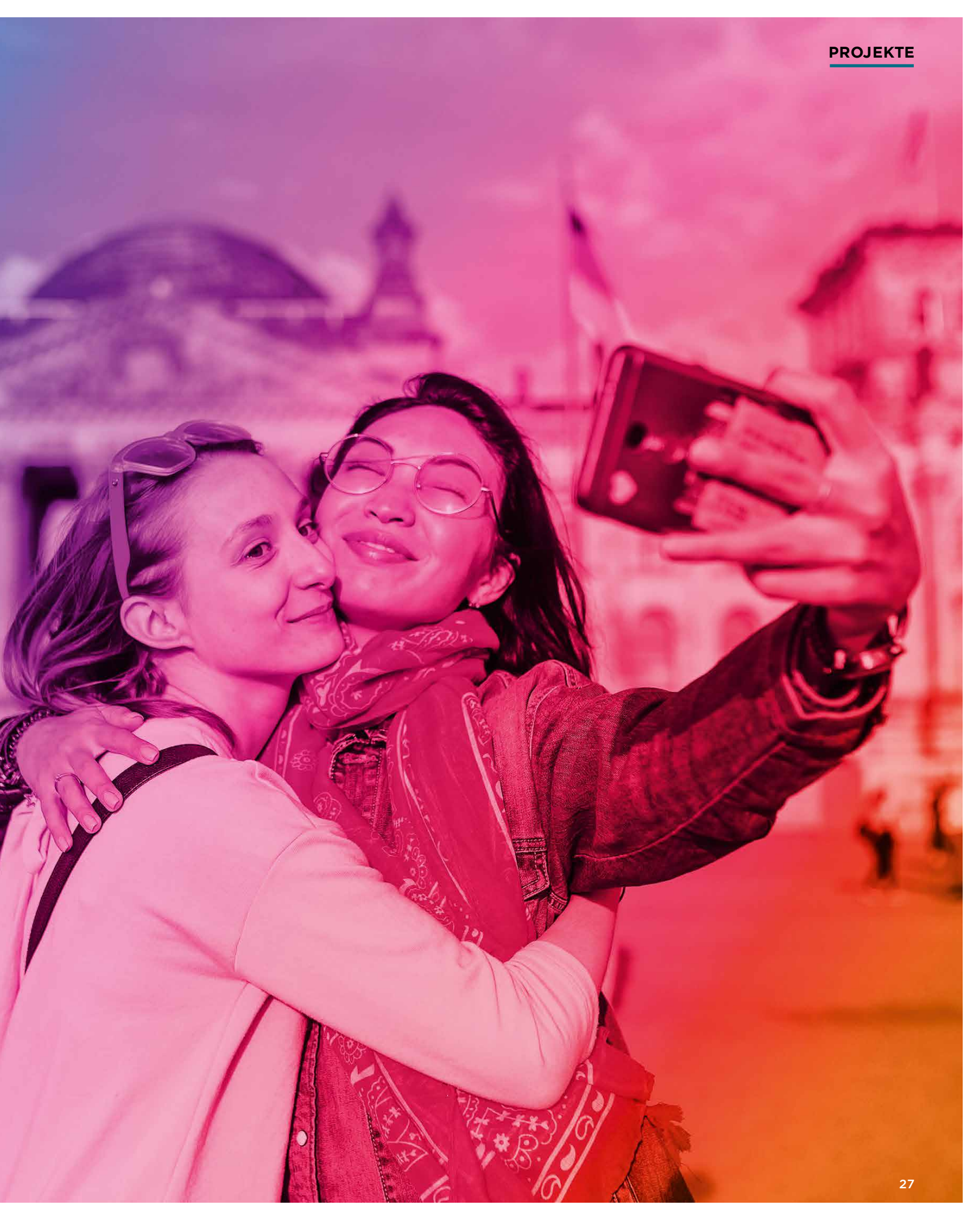
Ebenfalls neu im gbs-Kuratorium ist der Arzt und Topmanager Christian Pawlu. Er studierte Medizin in München und Freiburg und promovierte mit einer mit „summa cum laude“ bewerteten experimentellen Arbeit zur synaptischen Plastizität. Zunächst arbeitete er als Wissenschaftler in der Hirnforschung, wechselte dann aber zu einer großen internationalen Unternehmensberatung, bei der er schließlich Partner wurde. Er war CEO bei einer österreichisch-amerikanischen High-Tech-Startup-Firma und Gesellschafter bei weiteren Unternehmen. Derzeit ist er in leitender Position bei einem internationalen Gesundheitskonzern tätig. Vor seiner Hinwendung zum evolutionären Humanismus engagierte sich Christian Pawlu viele Jahre als Kirchenmusiker und unterstützte die katholische Kirche auch in seiner Profession als Unternehmensberater. Letztlich aber konnte er die unauflösbaren Widersprüche zwischen wissenschaftlichem Wissen und religiösem Glauben nicht mehr verdrängen, was ihn über die Lektüre der Werke von Thomas Metzinger und Michael Schmidt-Salomon zur *Giordano-Bruno-Stiftung* brachte. Als ehemaliger Stipendiat der *Studienstiftung des deutschen Volkes* sowie Bundessieger beim Wettbewerb „Schüler schreiben“ ist ihm die Nachwuchsförderung ein besonderes Anliegen, weshalb er sich nicht nur im gbs-Kuratorium, sondern auch im wissenschaftlichen Direktorium des *Bertha von Suttner-Studienwerks* engagiert.





D A S S Ä K U - L A R E J A H R - Z E H N T

Obwohl in Deutschland inzwischen mehr Konfessionsfreie als Katholiken oder Protestanten leben, haben die Kirchen noch immer einen unverhältnismäßig starken Einfluss auf die deutsche Politik. Das will der ZENTRALRAT DER KONFESSIONSFREIEN ändern.





Der Vorstand des Zentralrats der Konfessionsfreien bei der Pressekonferenz in Berlin: Philipp Möller, Michael Wladarsch, Ulla Bonnekoh und Rainer Rosenzweig (v.l.n.r.)



Solange die Kirchen Privilegien genießen, können auch die Muslimbrüder Sonderrechte fordern

Der Zentralrat der Konfessionsfreien, der sich am 19. Mai 2022 im Haus der Bundespressekonferenz vorstellte, ist kein Lobbyverband wie jeder andere. Philipp Möller, der Vorsitzende des Zentralrats, verdeutlichte dies mit den Worten: „Es geht uns nicht um die Sicherung finanzieller Vorteile, sondern um gleiche Rechte für alle. Wir wollen keine Fördergelder, sondern die Beachtung der Grundrechte!“ Der Zentralrat der Konfessionsfreien will die Rechte der vielen Millionen Menschen in Deutschland vertreten, die sich zu keiner Religion bekennen: „Bislang werden ihre Interessen von der deutschen Politik weitgehend ignoriert“, sagte Möller. „Die Ampelkoalition hat die historische Chance, dies zu ändern.“

Nicht ohne Grund trägt die politische Agenda des Zentralrats der Konfessionsfreien den Titel „Die Säkulare Ampel - Zwölf Chancen für die offene Gesellschaft“. Dabei greift der Zentralrat mit den ersten drei „Chancen“ Punkte auf, die bereits im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung angerissen wurden - „allerdings viel zu zögerlich“, wie Philipp Möller im Haus der Bundespressekonferenz betonte. „Die Bundesregierung muss endlich gleiches Arbeitsrecht für alle durchsetzen. Schließlich diskriminiert das kirchliche Arbeitsrecht 1,3 Millionen Beschäftigte und zwingt sie zur Kirchenmitgliedschaft - damit muss Schluss sein, das hat auch der Europäische Gerichtshof längst gefordert.“ Ebenso müssten die Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch re-

formiert werden, da sie auf christlichen Dogmen beruhen und somit religiös parteiisch seien (*siehe hierzu den **bruno.**-Beitrag auf S. 34 ff.*). Zudem stehen auf der Agenda die Ablösung der historischen Staatsleistungen an die Kirchen sowie der Abbau von Hürden bei der Suizidhilfe.

Generell spricht sich der Zentralrat der Konfessionsfreien dafür aus, Gesetzestexte weltanschaulich neutral zu halten, „bevor dies vom Bundesverfassungsgericht eingefordert wird.“ Das Grundgesetz sehe in Artikel 140 vor, dass der Staat sich aus den weltanschaulichen Privatangelegenheiten der Menschen heraushält. Dies gelte nicht nur mit Blick auf die christlichen Kirchen. „Die Migrationsgesellschaft steht vor schwierigen Fragen“, betonte Möller. „Solange die Kirchen die heutigen Privilegien genießen, können auch die Muslimbrüder Sonderrechte fordern.“

Der Zentralrat der Konfessionsfreien setzt sich dafür ein, dass Weltanschauungsgemeinschaften zivilrechtlich organisiert werden, also als Vereine, statt als „Körperschaften des öffentlichen Rechts“: „Der Körperschaftsstatus macht Religionsgemeinschaften zu Staaten im Staate - das zieht zahlreiche Probleme nach sich.“ Dazu gehöre etwa das Recht auf den Einzug der Kirchensteuer, das drei Viertel aller Deutschen abschaffen wollen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung habe zudem kein Verständnis mehr dafür, dass der Staat den Kirchen das Recht eingeräumt habe, ihr Missbrauchs- und Vertuschungssystem selbst aufzuarbeiten: „Bei der

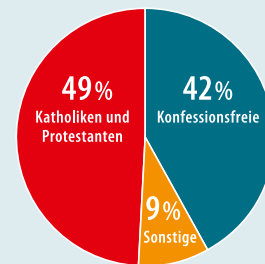
Aufklärung sexueller Gewalt gegen Kinder hat der Staat viel zu lange weggeschaut“, sagte Möller. „Die Politik hat nicht die Opfer, sondern die Täter geschützt und dadurch viel Vertrauen in den Rechtsstaat zerstört - die Staatsanwaltschaften müssen endlich durchgreifen!“

Weitreichende Änderungsvorschläge bringt der Zentralrat der Konfessionsfreien auch in die Bildungspolitik ein. „Kein Mensch kommt gläubig zur Welt“, so Möller. „Der konfessionelle Religionsunterricht erzieht Kinder zum Glauben, trennt sie nach der Religion ihrer Eltern und kostet über 4 Milliarden Euro Steuergeld pro Jahr.“ 72 Prozent der Deutschen sprächen sich inzwischen für einen gemeinsamen Ethikunterricht aus. „Schulen sind geistige Schutzräume für Kinder, auf die Weltanschauungsgemeinschaften keinen privilegierten Zugriff haben sollen.“

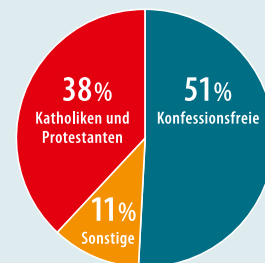
In den Medien wurde recht breit über die erste Pressekonferenz des Zentralrats der Konfessionsfreien berichtet. Dabei wurde von den meisten Kommentatoren anerkannt, dass bislang eine Organisation gefehlt hat, die die Interessen der stetig wachsenden Gruppe der konfessionsfreien Menschen im politischen Raum vertritt. Die maßgeblichen Kennzahlen dazu hatte gbs-Sprecher Michael Schmidt-Salomon bereits Anfang 2022 in seiner Neujahrsansprache „Das säkulare Jahrzehnt“ bekanntgegeben: 2022 wird der Bevölkerungsanteil beider Großkirchen erstmals unter die 50-Prozent-Marke fallen, spätestens 2032 werden die Konfessionsfreien die absolute Mehrheit in Deutschland stellen (siehe Infografik).

”
Bei der Aufklärung sexueller Gewalt gegen Kinder hat der Staat viel zu lange weggeschaut

Religionszugehörigkeiten in Deutschland 2022



Religionszugehörigkeiten in Deutschland 2032



Nachdem diese von der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid) erhobenen Zahlen in der Osterwoche 2022 dank einer dpa-Meldung in nahezu allen deutschen Medien verbreitet wurden, zweifelten im Mai 2022 nur noch wenige Medienvertreter*innen daran, dass die Konfessionsfreien eine gesellschaftlich relevante Gruppe darstellen. Kritisch hinterfragt wurde allerdings, ob der neu gegründete Zentralrat im Namen der rund 33 Millionen Deutschen sprechen könne, die keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Dieser Einwand hat seine Berechtigung, immerhin ist nur ein bescheidener Teil der Konfessionsfreien in entsprechenden Verbänden organisiert. (Die zwölf Organisationen, die sich im Zentralrat zusammengeschlossen haben, vertreten insgesamt nur einige zehntausend Mitglieder.) Allerdings repräsentiert der Zentralrat der Muslime, der von der deutschen Politik sehr wohl als Ansprechpartner für „die“ Muslime wahrgenommen wird, deutlich weniger Personen als der Zentralrat der Konfessionsfreien. Und auch die Kirchen könnten sich kaum auf Millionen Mitglieder berufen, wenn sie sich dabei nicht auf das zweifelhafte Ritual der Säuglingstaufe beziehen würden. Jedenfalls ist der Kirchenaustritt in der Regel eine sehr viel bewusstere Entscheidung als der Kircheneintritt.

Einige Kommentatoren gingen in ihrer Kritik am Zentralrat jedoch noch ein gutes Stück weiter: Sie meinten, die Konfessionsfreien seien insgesamt so heterogen, dass man sie als Gruppe gar nicht poli-



Nur wenn der Staat als unparteiischer Schiedsrichter auf dem Spielfeld der Religionen und Weltanschauungen auftritt, besitzt er die notwendige Glaubwürdigkeit, um die für alle geltenden Spielregeln durchsetzen zu können.

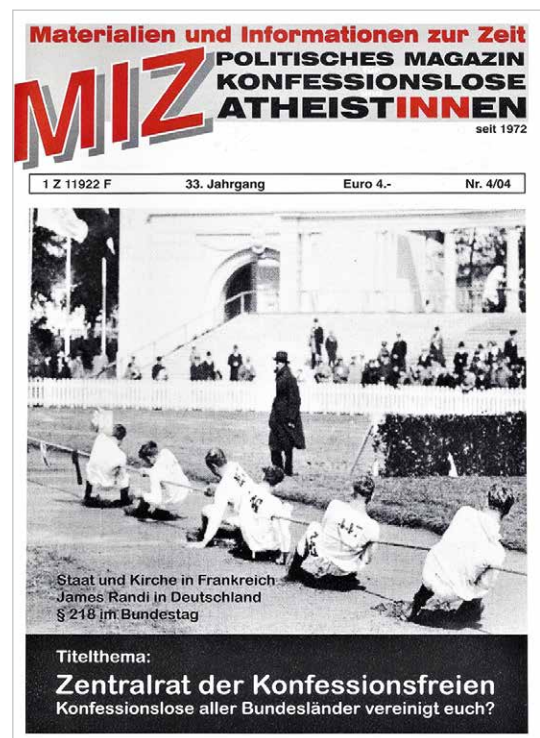
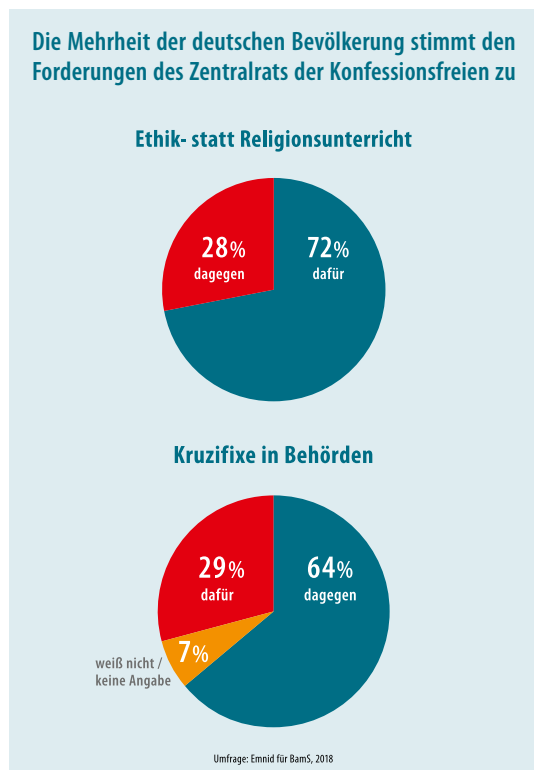
tisch vertreten könne. Diese Behauptung widerspricht jedoch allen empirischen Befunden, die von der *Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland* in den letzten zwei Jahrzehnten zusammengetragen wurden. Die Studien belegen nämlich das exakte Gegenteil: Tatsächlich ist die Gruppe der Konfessionsfreien in sich *homogener* als die Gruppe der Katholiken oder der Protestanten. Dies gilt sowohl für Fragen der Weltdeutung („Evolution versus Schöpfung“, naturwissenschaftliche Erkenntnisse versus Wirkmacht übernatürlicher Kräfte usw.) als auch für Fragen der Ethik (Freitodhilfe, Schwangerschaftsabbruch, „Ehe für alle“, Kinderrechte, Genitalbeschneidung, Bekenntnisunterricht, Affenhaltung in Zoos und vieles andere mehr).

Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, dass sowohl Katholiken als auch Protestanten als „gesellschaftlich relevante Gruppen“ wahrgenommen werden, obgleich sie untereinander (außer der formalen Kirchenmitgliedschaft) kaum etwas verbindet – während den Konfessionsfreien, die deutlich größere Gemeinsamkeiten aufweisen, der Gruppencharakter und damit auch die gesellschaftliche Relevanz abgesprochen wird. Michael Schmidt-Salomon bringt das zugrundeliegende Problem folgendermaßen auf den Punkt: „Die Konfessionsfreien sind zwar eine Gruppe *an sich*, aber noch keine Gruppe *für sich*. Sie weisen zwar alle Merkmale einer gesellschaftlich relevanten Gruppe auf, verfügen aber noch nicht über

„
Die Gruppe der Konfessionsfreien ist in sich homogener als die Gruppe der Katholiken oder der Protestanten

das Bewusstsein, eine gesellschaftlich relevante Gruppe zu sein. Auch zu dieser Bewusstseinsbildung kann der Zentralrat der Konfessionsfreien beitragen, wenn er im politischen Raum aktiv wird.“

Damit Politikerinnen und Politiker die Konfessionsfreien als gesellschaftlich relevante Gruppe identifizieren können, müsse sich eine „konfessionsfreie Identität“ entwickeln. Dies bedeute jedoch keineswegs, dass der Zentralrat der Konfessionsfreien eine „identitäre Politik“ (*siehe den Beitrag auf S. 44 ff.*) betreiben sollte: „Identitäre Politik zeichnet sich dadurch aus, dass einer Gruppe von Menschen exklusive Rechte zugesprochen und die einzelnen Individuen vorrangig über ihre Gruppenzugehörigkeit definiert werden“, erklärt Schmidt-Salomon. „Der Zentralrat der Konfessionsfreien strebt das exakte Gegenteil an: Er fordert ‚Gleiches Recht für alle und Sonderrechte für niemanden‘. Dabei geht er davon aus, dass die Individuen extrem vielfältig sind und nicht über ihre Gruppenzugehörigkeiten definiert werden können. Deshalb wird der Zentralrat auch nur so lange auf eine ‚konfessionsfreie Identität‘ hinweisen müssen, solange ‚konfessionelle Identitäten‘ in der Politik von Bedeutung sind. Fakt ist: In einem wahrhaft weltanschaulich neutralen Staat wäre eine Lobbyorganisation für Konfessionsfreie überhaupt nicht erforderlich! Insofern besteht das wesentliche Ziel des Zentralrats der Konfessionsfreien darin, sich selbst überflüssig zu machen.“



Ausgabe der MIZ von 2004

Auf diesen Punkt hatte Schmidt-Salomon bereits 2004 hingewiesen, als er das Konzept für die Gründung eines „Zentralrats der Konfessionsfreien“ erstmals vorstellte (das Papier von 2004 findet sich noch immer auf der gbs-Website und kann über die Suchfunktion leicht gefunden werden). Die Zentralrats-Idee wurde damals vor allem in der Zeitschrift „Materialien und Informationen zur Zeit“ (MIZ) des *Internationalen Bundes der Konfessionsfreien und Atheisten* (IBKA) breit diskutiert. Allerdings bestand unter den säkularen Organisationen in Deutschland zu diesem Zeitpunkt wenig Konsens über die Möglichkeit und den Sinn einer engeren Zusammenarbeit.

Immerhin: Als Alternative zum Zentralrat wurde 2008 der *Koordinierungsrat säkularer Organisationen* (KORSO) gegründet, der jedoch nicht als politische Lobbyorganisation konzipiert war, sondern als interne Plattform zur Verständigung der säkularen Organisationen untereinander. Dank einer Befragung, die von dem langjährigen KORSO-Vorsitzenden Helmut Fink initiiert und ausgewertet wurde, zeigte sich allerdings, dass es in den säkularen Ver-

„
Die
Konfessions-
freien sind
eine Gruppe
an sich,
aber noch
keine Gruppe
für sich

bänden hinreichend große Übereinstimmungen für ein gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit gab. Hierauf aufbauend organisierte Finks Amtsnachfolger Rainer Rosenzweig 2020 eine richtungsweisende Klausurtagung, auf der die Chancen einer besseren Vertretung der Konfessionsfreien in der Politik diskutiert wurden. Auf Rosenzweigs Initiative hin sprach sich 2021 die Mehrheit der säkularen Verbände dafür aus, den KORSO in „Zentralrat der Konfessionsfreien“ umzubenennen und zu einer Lobbyorganisation für die Interessen aller religionsfreien Menschen in Deutschland auszubauen.

Schon 2004 hatte Schmidt-Salomon angekündigt, dass die Giordano-Bruno-Stiftung die Gründung des Zentralrats mit ihren Ressourcen aktiv unterstützen würde. Diese Zusage wurde 2021 erfüllt. Dank großzügiger Zustiftungen ins Verbrauchervermögen wird die gbs in den kommenden Jahren - neben den Beiträgen, die alle Mitgliedsorganisationen aufbringen - zusätzlich eine halbe Million Euro in den Zentralrat der Konfessionsfreien investieren. „Professionelle Arbeit braucht Geld. Rein ehrenamtlich lassen sich die Aufgaben des Zentralrats nicht



Im September 2021 sprach sich die Mehrheit der säkularen Verbände dafür aus, den KORSO in „Zentralrat der Konfessionsfreien“ umzubenennen



Der Zentralrat wird nur so lange auf eine ‚konfessionsfreie Identität‘ hinweisen müssen, solange ‚konfessionelle Identitäten‘ in der Politik von Bedeutung sind

Die Säkulare Ampel auf einen Blick

Als Zentralrat der Konfessionsfreien haben wir zwölf Chancen für die offene Gesellschaft formuliert. Mit ihrer Hilfe kann Deutschland endlich zu einem Land werden, in dem Menschen aller Weltanschauungen gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können – so, wie es die Verfassung vorsieht.

- 1 Gleiches Arbeitsrecht für alle garantieren**
Für religiöse Träger setzt der deutsche Staat das übliche Arbeitsrecht außer Kraft – Schluss damit!
- 2 Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch reformieren**
Streichen Sie die §§ 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch – bevor das Bundesverfassungsgericht Sie dazu auffordert!
- 3 Historische Staatsleistungen ablösen**
600 Millionen Euro pro Jahr für 200 Jahre alte Verträge, die seit 100 Jahren abgelöst werden sollen und seit 50 Jahren abgegolten sind – das reicht!
- 4 Sexuelle Gewalt gegen Kinder lückenlos aufklären**
Der Staat hat zu lange weggeschaut und damit viel Vertrauen verspielt – nehmen Sie die Sache endlich in die Hand und schützen Sie nicht die Täter, sondern die Opfer!
- 5 Finanzämter vom Einzug der Kirchensteuer befreien**
Religionsgemeinschaften müssen ihre Mitgliedsbeiträge selbst einziehen – und zwar nur von Menschen, die als Erwachsene einen Vertrag unterzeichnet haben!
- 6 Ethik als Lehrfach für alle einführen**
Konfessioneller Religionsunterricht separiert Kinder, widerspricht dem Ideal der Aufklärung – und dem Willen der Bevölkerung!
- 7 Weltanschauungsfreiheit auch in der Migrationsgesellschaft garantieren**
Schützen Sie Verfolgte vor dem politischen Islam – jede Religion muss für alle Menschen freiwillig sein!
- 8 Suizidhilfe weiterhin ermöglichen**
Das Bundesverfassungsgericht hat bereits für Rechtssicherheit gesorgt – Selbstbestimmung am Lebensende braucht keinen neuen § 217 StGB, sondern weniger Hürden!
- 9 Konfessionsfreie in Rundfunkräten und im Deutschen Ethikrat repräsentieren**
Öffentliche Gremien müssen nach gesellschaftlichen Verhältnissen besetzt werden – und die haben sich längst geändert!



- 10 Weltanschauliche Neutralität in staatlichen Einrichtungen wahren**
Kruzifixe, Kopftücher, Glockengeläut und Muezzinruf – im Privatleben kein Problem!
- 11 Weltanschauliche Neutralität in Gesetzen beachten**
Niemand darf zur Religion gezwungen werden – auch nicht vom Staat!
- 12 Religion als Privatsache behandeln**
Weltanschauungsgemeinschaften sollten keine „Staaten im Staate“ sein – ihr Körperschaftsstatus muss aufgehoben werden!

Die Reihenfolge unserer Empfehlungen entspricht nicht unbedingt ihrer Bedeutung in der Gesellschaft. Es wurden hier die Punkte vorangestellt, die bereits im Koalitionsvertrag zwischen SPD, FDP und den Grünen angesprochen wurden. Will die Ampelkoalition tatsächlich „Mehr Fortschritt wagen“, wie es im Koalitionsvertrag heißt, sollte sie diese Chancen nutzen.



Die säkulare Szene ist endlich erwachsen geworden



„Wir begleiten Deutschland auf dem Weg zu einem säkularen Staat“: Philipp Möller bei der Gründungsversammlung des Zentralrats der Konfessionsfreien (2021)

können, möchten wir uns von den ‚Schaltzentralen der Macht‘ fernhalten, erklärt Schmidt-Salomon. „Deshalb sind wir dankbar, dass der Zentralrat der Konfessionsfreien nun die Schnittstelle zum politischen Raum bildet.“

Von der Notwendigkeit eines derartigen Zentralrats war der gbs-Sprecher schon überzeugt, als er das Konzept das erste Mal öffentlich vorstellte. In seinem Aufsatz von 2004 heißt es dazu: „Der vorgeschlagene Zentralrat der Konfessionsfreien könnte zu einem der wichtigsten Meilensteine in der Emanzipationsgeschichte der säkularen

bewältigen“, sagt Schmidt-Salomon. Dabei ist er froh, dass Philipp Möller die Aufgabe des Vorsitzenden des Zentralrats übernommen hat: „Als ehemaliger Sprecher der säkularen Buskampagne und Bestsellerautor wird Philipp sicherlich die richtigen Worte finden, um die Repräsentantinnen und Repräsentanten des deutschen Staates auf die Interessen der religionsfreien bzw. religionsfernen Bürgerinnen und Bürger hinzuweisen.“

Für die Giordano-Bruno-Stiftung bedeutet die Gründung des Zentralrats der Konfessionsfreien auch eine Entlastung. „Die gbs ist keine Lobbyorganisation, sondern eine Denkfabrik für Humanismus und Aufklärung. Um frei, ohne politische Rücksichtnahme, agieren zu

Kräfte in Deutschland werden.“ Allerdings war Schmidt-Salomon von Anfang an bewusst, dass sich eine solche Organisation nicht auf die Schnelle realisieren ließe, weshalb er 2004 schrieb, es werde „gewiss noch einige Zeit dauern, bis die Idee eines konfessionsfreien Zentralrats Wirklichkeit werden kann.“ Letztlich hat es rund 18 Jahre gedauert, bis aus der Idee Wirklichkeit wurde und sich der Zentralrat der Konfessionsfreien im Mai 2022 im Haus der Bundespressekonferenz vorstellen konnte.

Mit Blick auf den symbolischen Charakter dieser Zahl könnte man sagen: Die säkulare Szene ist endlich erwachsen geworden... ■

ZUM WEITERLESEN:

Zentralrat der Konfessionsfreien

Die Säkulare Ampel

Zwölf Chancen für die offene Gesellschaft
Berlin 2022



Die Broschüre kann von der Website des Zentralrats heruntergeladen werden.

Website:

konfessionsfrei.de



zentralrat der konfessions freien

E-Mail: info@konfessionsfrei.de

Website: konfessionsfrei.de

Vorstand: Philipp Möller (Vorsitzender des Zentralrats), Ulla Bonnekoh (Stellvertretende Vorsitzende), Michael Wladarsch (Schatzmeister), Dr. Rainer Rosenzweig (Vorsitzender des Verbandsrats), Laura Wartschinski (Stellvertretende Vorsitzende des Verbandsrats)

Mitgliedsverbände (Stand 5/2022): Bund für Geistesfreiheit Bayern, Bund für Geistesfreiheit München, Bundesarbeitsgemeinschaft humanistischer Studierender, Gesellschaft "cum ratione", Düsseldorfer Aufklärungsdienst, Giordano-Bruno-Stiftung, Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten, Jugendweihe Deutschland, Institut Kortizes, Roter Baum, Säkulare Flüchtlingshilfe, Stiftung Geistesfreiheit

A young woman with long, wavy pink hair is smiling broadly. She is wearing a black and white patterned sweater. She is holding a large, red, rectangular sign with white text that reads "GIRLS JUST WANT FUNDAMENTAL". The sign is tilted upwards. In the background, there is a crowd of people, some holding purple and white balloons. A purple banner with white text is partially visible, and a green flag is also present. The setting appears to be an outdoor public space with buildings and street lamps in the background.

**GIRLS JUST WANT
FUNDAMENTAL**



WOMEN HAVE
RIGHTS

» DIE WÜRDE DER FRAU IST ANTASTBAR... «

Seit mehr als 150 Jahren kämpft die Frauenbewegung gegen die **Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs**. Nun könnten die umstrittenen Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch verschwinden.



Kristina Hänel (2. v. l.) nach dem „erfolgreich verlorenen Prozess“ 2018 in Gießen, zusammen mit den ebenfalls verurteilten Frauenärztinnen Nora Szász (l.), Eva Waldschütz und Natascha Nicklaus (r.)

„Sie müssen dieses Urteil tragen wie einen Ehrentitel im Kampf um ein besseres Gesetz.“ Die außergewöhnlichen Worte des Richters, der sie gerade zur Zahlung einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt hatte, bestärkten Kristina Hänel in ihrem Kampf gegen den umstrittenen § 219a StGB, der ausgerechnet Fachleuten verbot, sachgerechte Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zu verbreiten.



**Das Bundesverfassungsgericht
würde heute deutlich anders
entscheiden als vor 30 Jahren**

Mit Unterstützung der Giordano-Bruno-Stiftung und des Instituts für Weltanschauungsrecht (ifw) ging die Gießener Ärztin den Weg durch die Instanzen, bis ihr Fall vor dem Bundesverfassungsgericht landete.

Parallel zu dem Verfahren stieg der gesellschaftliche Druck so sehr, dass sich die neu gewählte Bundesregierung darauf einigte, das Verbot der sogenannten „Werbung für den Schwangerschaftsabbruch“ aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

Am 24. Juni 2022 hatte Kristina Hänel schließlich erreicht, was sie erreichen wollte: § 219a StGB ist Geschichte!

Eine Woche nach der historischen Entscheidung im Deutschen Bundestag feierte Kristina Hänel mit ihren Unterstützerinnen und Unterstützern ein großes 219a-Abschiedsfest in Gießen. Die Stimmung war gelöst – und doch war den allermeisten Gästen klar, dass mit der Streichung von § 219a nur die erste Hürde auf dem Weg zu einer verfassungskonformen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland genommen wurde.

Schon 2018, als die Zusammenarbeit mit Kristina Hänel begann, hatte die Giordano-Bruno-Stiftung in einer Presseerklärung darauf aufmerksam gemacht, dass die „Streichung von § 219a StGB nur der erste Schritt einer umfassenden Rechtsreform“ sein kann: „Die Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch sind in ihrer Gesamtheit weder rational noch evidenzbasiert noch weltanschaulich neutral. Es ist an der Zeit, sie grundlegend zu revidieren.“

Vor vier Jahren klang diese Forderung noch utopisch, doch mit der Ampelkoalition haben sich die Verhältnisse verändert. Tatsächlich haben sich SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, mögliche „Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches“ zu prüfen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsparteien sind gegenüber Reformen prinzipiell aufgeschlossen, allerdings scheuen sich insbesondere Sozialdemokraten und Liberale, das Thema politisch auf-



Die Urteile über den Schwangerschaftsabbruch waren ähnlich verfassungswidrig wie das Urteil von 1957, mit dem das Bundesverfassungsgericht die Schwulenverfolgung legitimierte

zugreifen. Der Grund liegt auf der Hand: Sie befürchten, in Karlsruhe ähnlich aufzulaufen wie ihre Vorgängerinnen und Vorgänger in den 1970er und 1990er Jahren, als das Bundesverfassungsgericht die im Bundestag beschlossene „Fristenlösung“ wieder einkassierte.

Doch sind diese Befürchtungen realistisch? Sollte man davon ausgehen, dass das Bundesverfassungsgericht eine liberale Reform des Abtreibungsrechts, sofern sie im Bundestag zustande käme, ein drittes Mal sabotieren würde? gbs-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon winkt ab: „Nicht nur die gesellschaftlichen Werthaltungen haben sich seit den 1990er Jahren gewandelt, auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat sich seither weiterentwickelt – wie



Auf dem „219a-Abschiedsfest“ in Gießen (Juli 2022): Jacqueline Neumann, Elke Held, Michael Schmidt-Salomon und Kristina Hänel (v.l.n.r.) vor dem historischen ersten Transparent zur Abschaffung von § 219a StGB

etwa das wegweisende Urteil zur Suizidhilfe aus dem Jahr 2020 zeigt [siehe hierzu **bruno.2020**, S. 42ff.]. Darüber hinaus finden die Kirchen, die in den 1970ern und 1990ern noch großen Druck auf Karlsruhe ausüben konnten, kaum noch Rückhalt in der Bevölkerung. Deshalb gehe ich davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht in Sachen Schwangerschaftsabbruch heute deutlich anders entscheiden würde als vor 30 Jahren.“

Wichtig für die strategische Kommunikation sei es nun, den Verantwortlichen in Berlin zu verdeutlichen, „dass die höchstrichterlichen ‚Unwerturteile‘ über den Schwangerschaftsabbruch von 1975 und 1993 ähnlich verfassungswidrig waren wie das Skandalurteil von 1957, mit dem das Bundesverfassungsgericht die Schwulenverfolgung in Deutschland legitimierte“. „Wer sich heute noch positiv auf die Urteile von 1975 und 1993 beruft, hat sie entweder nicht gelesen oder nicht verstanden“, meint Schmidt-Salomon. „Ich selbst war angesichts der intellektuellen Dürftigkeit und der schweren logischen Schnitzer der Argumentation regelrecht erschüttert, als ich die Urteile für die Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde von Kristina Hänel analysierte.“



Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren –
nicht gezeugt oder empfangen

Die schwerwiegenden Mängel der höchstrichterlichen Entscheidungen demonstriert Schmidt-Salomon u.a. an der Kernaussage des Gerichts, demzufolge dem „ungeborenen Leben“ von Anfang an „Menschenwürde“ zukomme. Das BVerfG hatte in diesem Zusammenhang behauptet, es könne sich auf Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes stützen. Plausibel wäre diese Argumentation allerdings nur, wenn das Grundgesetz Embryonen als verfassungsrechtlich geschützte *Personen* ausweisen würde. Dies ist aber nicht der Fall. Denn Art. 1 Abs. 1 GG („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) wird in Art. 1 Abs. 2 über die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (AEMR) begründet – und in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ heißt es unmissverständlich: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Aus gutem Grund steht dort nicht, alle Menschen seien frei und gleich an Würde und Rechten gezeugt oder empfangen.

Da sich das Bundesverfassungsgericht nicht auf die AEMR (und damit auch nicht auf das Grundgesetz) beziehen konnte, griff es auf eine andere Rechtsquelle zurück, um die unterstellte „Menschenwürde“ des „ungeborenen Lebens“ zu begründen, nämlich auf § 10 I 1 ALR. „ALR“ klingt zwar ein wenig nach „AEMR“, meint aber etwas völlig anderes, denn das Kürzel steht für das „Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten“ aus dem Jahr 1794! Mit Berufung auf das ALR hätte das Bundesverfassungsgericht allerdings auch die Todes-



Demo des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung mit der ehemaligen pro-familia-Vorsitzenden und gbs-Beirätin Gisela Notz (2.v.rechts)



Die Frauenbewegung kämpft bereits über 150 Jahre gegen die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs

strafe bei Majestätsbeleidigung legitimieren können oder die Verpflichtung der Eheleute zu regelmäßigem Geschlechtsverkehr! Letzteres ist interessant, weil die hohe Bedeutung, die der preußische Staat dem Vollzug der „ehelichen Pflichten“ einräumte, verdeutlicht, was mit dem vom BVerfG zitierten § 10 I 1 ALR tatsächlich gemeint war: Im Widerspruch zu den Äußerungen des BVerfG ging es hier nämlich keineswegs um den individuellen Schutz des „einzelnen ungeborenen Lebens“, sondern um eine Maßnahme zur Sicherung künftiger Untertanen, insbesondere zur Aufrechterhaltung des preußischen Heers.

Sucht man nach der eigentlichen Quelle für die Begründung eines „Lebensrechts des Ungeborenen“ für die gesamte Dauer der Schwangerschaft, so findet man sie weder im ALR noch im Grundgesetz noch in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, sondern landet bei einem unterschiedenen Verächter der Menschenrechtsidee, der auch den Vorgaben des deutschen Grundgesetzes vehement widersprochen hätte, nämlich *Papst Pius IX.* Denn dieser hochumstrittene Pontifex, der fast alle Errungenschaften der Aufklärung als „Irrtümer der Moderne“ verdammt, hatte 1869 zu Ehren der „Jungfrau Maria“ die „Simultanbeseelung“ (das sogenannte „Eingießen des



Es ist dem weltanschaulich neutralen Staat zwingend untersagt, bestimmte religiöse Vorstellungen zu bevorzugen

Geistes im Moment der Befruchtung“) zum unhinterfragbaren Glaubensdogma erhoben. Damit entfiel das Konzept der „Sukzessivbeseelung“ (das von einer allmählichen „Beseelung“ des Fötus im Verlauf seiner Entwicklung ausging), welche zuvor die Abtreibung innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate ermöglichen hatte.

Tatsächlich lagen die Karlsruher Richter*innen in ihren Urteilen ganz auf der Argumentationslinie von Pius IX.: Sie ersetzten lediglich den religiösen Begriff der „Seele“ durch den säkularen Begriff der „Menschenwürde“ und die durch „göttliche Schöpfung“ angeblich vorgegebene „Heiligkeit des menschlichen Lebens“ durch das Konzept eines kontinuierlichen „Lebensrechts des Ungeborenen“. Mit dieser religiös parteiischen Argumentation verstießen die Verfassungsrichter*innen allerdings gegen das *Diskriminierungsverbot von Art. 3 Abs. 3 GG*. Denn es ist dem weltanschaulich neutralen Staat zwingend untersagt, bestimmte religiöse Vorstellungen zu bevorzugen oder zu benachteiligen.

Genau dies ist aber nach den Urteilssprüchen aus Karlsruhe permanent geschehen: Bis zum heutigen Tag *privilegiert* der Staat Menschen, die mit den Beseelungskonzepten der katholischen Amtskirche übereinstimmen, und *diskriminiert* all jene, die diese Überzeugungen nicht teilen. Dies betrifft nicht nur die vielen (konfessionsfreien) Bürgerinnen und Bürger, die religiöse Beseelungskonzepte per se ablehnen, sondern auch gläubige Juden, für die das menschliche Leben erst mit der Geburt beginnt, oder Muslime, für die der Fötus erst ab dem 120. Tag der Schwangerschaft „beseelt“ ist.

In seiner ausführlichen Stellungnahme deckt Schmidt-Salomon auf, dass die geltende Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch gegen die ersten drei Artikel der Verfassung verstößt, nämlich gegen *Art. 1 Abs. 1 GG* (Menschenwürde), *Art. 2 Abs. 1 und 2 GG* (freie Entfaltung der Persönlichkeit und Verbot der Körperverletzung) und *Art. 3 Abs. 1-3 GG* (Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichheit von Mann und Frau, Verbot von Diskriminierungen aufgrund von religiösen, weltanschaulichen oder politischen Anschauungen). Liest

ZUM WEITERLESEN:

Michael Schmidt-Salomon

Schwangerschaftsabbruch im liberalen Rechtsstaat

Stellungnahme der Giordano-Bruno-Stiftung und des Hans-Albert-Instituts zur Verfassungsbeschwerde gegen § 219a StGB Oberwesel 2022



Die Broschüre wurde auf der gbs-Website veröffentlicht. Gedruckte Exemplare können über das gbs-Sekretariat bestellt werden.

man die Beweisführung, wundert man sich darüber, dass eine derartige Missachtung von Grundrechten so lange Bestand haben konnte. Erklären lässt sich dies wohl nur vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Dominanz von Männern in den entscheidenden Gremien von Staat und Justiz – ein Punkt, den die *Frauenbewegung* seit 150 Jahren zu Recht in die Debatte einbringt.

Mit dem „Schutz des ungeborenen Lebens“ lässt sich die gravierende Beschneidung der Selbstbestimmungsrechte ungewollt schwangerer Frauen jedenfalls nicht legitimieren. Wie die Stellungnahme „Schwangerschaftsabbruch im liberalen Rechtsstaat“ mit Verweis auf empirische Forschungsergebnisse verdeutlicht, könnte der Gesetzgeber allenfalls verfügen, „dass *Spätabtreibungen* nur in Ausnahmefällen zulässig sind, um *entwickelten Föten* Leid zu ersparen“. Derartige Gründe

liegen aber nicht vor, „wenn der Staat *bewusstseins- und empfindungsunfähigen Embryonen und Blastozysten* ‚ein eigenes Recht auf Leben‘ einräumt und dieses vermeintliche ‚Recht‘ gegen die Selbstbestimmungsrechte der Frauen ausspielt.“

Entsprechend deutlich fällt der Tenor der Stellungnahme aus, die nicht zuletzt auch auf die immer schwieriger werdende Versorgungslage ungewollt schwangerer Frauen hinweist. Denn aufgrund der aktuellen Rechtslage gibt es in vielen Regionen Deutschlands kaum noch Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Wir dokumentieren nachfolgend Auszüge aus dem abschließenden Fazit der Stellungnahme, die im März 2022 von der Giordano-Bruno-Stiftung und dem Hans-Albert-Institut beim Bundesverfassungsgericht eingereicht wurde. ■



Der Staat hat nicht das Recht,
über den Körper der Frau zu verfügen
und ihr einen „Gebärzwang“ aufzubürden



Protestkundgebung des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung vor dem Brandenburger Tor

Aus der Stellungnahme der Giordano-Bruno-Stiftung und des Hans-Albert-Instituts zur Verfassungsbeschwerde gegen § 219a StGB

Die Würde der Frau ist antastbar –

und wird in Deutschland tagtäglich angetastet. Frauen, die sich gegen eine begonnene Schwangerschaft entscheiden, werden systematisch bevormundet, gedemütigt, erniedrigt. Ihre Grundrechte werden beschnitten, weil der Staat sich noch immer nicht von der vordemokratischen, anti-emanzipatorischen Haltung verabschiedet hat, es sei rechtens, ungewollt schwangeren Frauen eine „zumutbare Opfergrenze“ abzuverlangen und über ihre Körper zu verfügen.

Ermöglicht wird diese Grundrechtsbeschnidung durch eine weder empirisch noch ethisch noch juristisch zu rechtfertigende *Aufwertung* der „Rechte“ des „ungeborenen Lebens“, die zu einer äquivalenten *Abwertung* der Rechte ungewollt schwangerer Frauen geführt hat. (...) Die Mehrheit der Verfassungsrichter begründete das „Unwerturteil“ über den Schwangerschaftsabbruch sogar mit den Schrecken des Nationalsozialismus. Dabei übersah die Senatsmehrheit, dass gerade die Nationalsozialisten die Gesetze gegen den Schwangerschaftsabbruch massiv verschärft hatten. Die prinzipielle Verdammung des Schwangerschaftsabbruchs durch das BVerfG war somit eher anschlussfähig an die nationalsozialistische Propaganda als an den liberalen Geist der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ und das deutsche Grundgesetz! (...)

Tatsächlich hat der Staat nicht das Recht, über den Körper der Frau zu verfügen und ihr einen „Gebärzwang“ aufzubürden! Zwar hat das BVerfG diesen „Gebärzwang“ 1993 abgemildert, indem es den Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Bedingungen *straffrei* stellte. Durch das gleichzeitige Beharren auf „*Rechtswidrigkeit*“ des straffreien Abbruchs hat das Gericht jedoch einer *logisch inkonsistenten Rechtsordnung* den Weg bereitet, die letztlich darauf hinausläuft, „dass der Staat von Rechts wegen zum Unrecht verpflichtet ist“.

Leidtragende dieser juristischen Fehlkonstruktion sind (...) *ungewollt schwangere Frauen*, die zutiefst demütigende Erfahrungen machen müssen, sowie *verantwortungsbewusste Ärztinnen und Ärzte*, die ungerechtfertigt unter Druck geraten. (...) Wir fordern deshalb die heutige Generation von Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern dazu auf, die verfassungswidrigen Entscheidungen ihrer Vorgänger aufzuheben. (...)

Notwendig wäre eine solche höchstrichterliche Neubewertung des Schwangerschaftsabbruchs auch mit Blick auf die *gesamtgesellschaftliche Entwicklung*: Von 1871, dem Jahr, in dem die §§ 218 ff. ins Strafgesetzbuch aufgenommen wurden, bis 1975, dem Jahr, in dem das erste BVerfG-Urteil zum Schwangerschaftsabbruch erging, stellten Katholiken und Protestanten noch über 90 Prozent der deutschen Bevölkerung. Inzwischen aber ist ihr

Bevölkerungsanteil auf unter 50 Prozent gesunken – und vermutlich wird schon in 10 Jahren die absolute Mehrheit der Deutschen konfessionsfrei sein.

Dieser starke gesellschaftliche Wandel drückt sich auch in veränderten Werthaltungen aus: Schon heute glaubt nur noch ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung an eine natürliche „Schöpfungsordnung“, auf die sich das BVerfG noch 1975 berief, um sein „Unwerturteil“ über den Schwangerschaftsabbruch zu stützen. Aufgeklärten Menschen leuchtet es nicht mehr ein, weshalb ein eingenistetes Keimbläschen (Blastozyste) „Menschenwürde“ besitzen soll. Auch die eindringliche Warnung des BVerfG, dass ein Schwangerschaftsabbruch niemals als „normal“ erscheinen dürfe, stößt mehr und mehr auf Unverständnis. Denn bei vorurteilsfreier Betrachtung zeigt sich, dass der Schwangerschaftsabbruch schon immer „normal“ war, schließlich haben Frauen aller Kulturen zu allen Zeiten Abtreibungen vorgenommen – und sie haben sich davon nicht einmal durch drakonische Strafen abhalten lassen.

Dass der Schwangerschaftsabbruch in dieser Weise „normal“ ist und es schon immer war, bedeutet keineswegs, dass Frauen mit einer solchen Entscheidung leichtfertig umgehen würden. Sie überlegen es sich zumeist sehr genau, ob sie sich *für* oder *gegen* ein Kind entscheiden. Deshalb taugt die Unterstellung, Frauen könnten sich von einer „Werbung für den Schwangerschaftsabbruch“ beeinflussen lassen („Ach, das ist ja mal ein verlockendes Angebot – ich mach gleich mal einen Termin bei meiner Frauenärztin!“) allenfalls fürs Kabarett, nicht aber fürs Strafgesetzbuch.

Ob sich eine Frau *für* oder *gegen* einen Schwangerschaftsabbruch entscheidet, liegt allein in ihrem eigenen Ermessen. Diese Entscheidung geht den weltanschaulich neutralen Staat nichts an, denn er hat sich in den Intimbereich der Frau nicht einzumischen. Dem Staat obliegt eine gänzlich andere Aufgabe: Er muss dafür sorgen, dass die Frau *würdevoll behandelt wird* – gleich, wie ihre Entscheidung ausfällt. Denn dies ist nach Art. 1 Abs. 1 GG die „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“.

Um dieser Verpflichtung nachzukommen, muss nicht nur § 219a StGB fallen, sondern die gesamte Gesetzgebung, in die er eingebettet war. Hierzu allerdings ist ein erneuter Urteilspruch aus Karlsruhe erforderlich. Dieser sollte, sofern die Argumente der vorliegenden Stellungnahme zutreffend sind, zu folgendem Ergebnis kommen: *Der Schwangerschaftsabbruch war auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes niemals rechtswidrig, rechtswidrig war vielmehr der „Gebärzwang“, dem sich Frauen unterwerfen mussten.* Ein solch eklatanter Verstoß gegen die Würde der Frau hätte niemals stattfinden dürfen.



Raif Badawi nach der Haftentlassung (2022)

Eigentlich hatte Raif Badawi (Deschner-Preisträger 2016) seine 10-jährige Haftstrafe am 28. Februar abgesessen, doch die saudischen Behörden machten keinerlei Anstalten, ihn freizulassen. Am 9. März forderten „Reporter ohne Grenzen“ (Paris) und die Giordano-Bruno-Stiftung in einer gemeinsamen, international verbreiteten Presseerklärung die sofortige Entlassung des Menschenrechtsaktivisten. Zwei Tage später konnte Raif das Gefängnis tatsächlich verlassen.

Doch in dem Land, das sein Engagement für die Gleichheit aller Menschen so rigoros bestrafte, ist er weiterhin gefangen. Für seinen mutigen Einsatz für Demokratie, Religionsfreiheit und Menschenrechte hatten die saudischen Richter ihn nicht nur zu 10 Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben (von denen dank internationaler Proteste „nur“ 50 vollstreckt wurden) verurteilt, sondern auch zu einem anschließenden 10-jährigen Ausreiseverbot sowie einem Strafgeld in Höhe von 235.000 Euro. Sollte es dabei bleiben, wäre Raif weitere

zehn Jahre daran gehindert, seine Frau Ensaf Haidar und die drei gemeinsamen Kinder in die Arme zu schließen.

Aus diesem Grund hatte die Giordano-Bruno-Stiftung bereits Ende 2021 Kontakt zu führenden deutschen und internationalen Politiker*innen, Jurist*innen und Diplomat*innen aufgenommen. Vorausgegangen war ein Treffen mit

Ensaf Haidar im Oktober 2021 (*siehe Rückblick 2021*), bei dem sich herausstellte, dass die internationale Unterstützung für Raif Badawi seit 2015/2016 stark nachgelassen hat. Kurze Zeit später stellte die gbs ein

Stipendium auf Raif Badawi aus, womit der erste Schritt getan war, um Raif im Falle einer Aufhebung des Ausreiseverbots ein deutsches Visum zu verschaffen. Zudem entwickelte die Stiftung ein strategisches Konzept für die notwendigen diplomatischen Verhandlungen mit dem saudischen Königshaus, um das Ausreiseverbot zu kippen (hierzu formulierten Michael Schmidt-Salomon und Hamed Abdel-Samad eine entsprechende Vorlage für das Auswärtige Amt).

#LetRaifFly



Der Mut zum aufrechten Gang: Verleihung des Deschner-Preises der Giordano-Bruno-Stiftung an Raif Badawi und Ensaf Haidar am 23. April 2016 in Frankfurt

Im Januar und Februar war die informelle Arbeitsgruppe, die sich um die Ausreise Badawis bemühte, „vorsichtig optimistisch“, dass die diplomatischen Bemühungen von Erfolg gekrönt sein könnten, doch der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar durchkreuzte alle Planungen. Mit einem Schlag waren die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker nicht mehr erreichbar, der „Fall Badawi“ fiel in der außenpolitischen Prioritätenliste weit nach hinten. Auch in den Medien war das Thema kaum mehr zu platzieren. Über Raifs Haftentlassung wurde am 11. März zwar noch kurz berichtet, danach aber war wieder Funkstille.

Inzwischen hat sich die Lage etwas gebessert. Es scheint, dass es auf internationaler Ebene nun wieder ernsthafte Bemühungen gibt, Raif Badawi (immerhin Sacharow-Preisträger des Europäischen Parlaments!) aus seiner Notlage zu befreien. Bislang (Stand: Ende Juli 2022) haben die Gespräche allerdings noch nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt.

Raif Badawi nimmt die schwierige Situation, in der er sich befindet, erstaunlich gelassen, wie gbs-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon berichtet: „Raif hat allem Anschein nach eine äußerst starke psychische Konstitution. Wenn man mit ihm spricht, hat man keineswegs den Eindruck, mit einem Menschen konfrontiert zu sein, der gerade 10 Jahre in einem saudischen Gefängnis unter katastrophalen Umständen verbracht hat. Natürlich belastet es ihn sehr, dass er weiterhin von seiner Familie getrennt ist, aber er gibt die Hoffnung nicht auf, Saudi-Arabien in absehbarer Zeit verlassen zu können.“ ■

Um Raif Badawi und seiner Familie zu helfen, hat die Giordano-Bruno-Stiftung (zusammen mit anderen Organisationen) eine Spendenkampagne gestartet.

Das Geld, das mittels **betterplace.me** oder **gofundme.com** hereinkommt, wird zu 100 Prozent auf Konten von Raif und Ensaf fließen. Alternativ kann man die Spende auch direkt auf das (von der Giordano-Bruno-Stiftung verwaltete) **Treuhand-Konto** von Raif Badawi und Ensaf Haidar in Deutschland überweisen:

Kontoinhaber*innen:
Raif Badawi / Ensaf Haidar
IBAN: DE10 5605 1790 0002 2150 02
BIC: MALADE51SIM
Kreissparkasse Rhein-Hunsrück

Hinweis: Bei den Spenden für Raif und seine Familie handelt es sich um private Schenkungen. Da diese Gelder nicht ins Vermögen der gbs eingehen, können dafür keine Zuwendungsbescheinigungen ausgestellt werden. Bei sehr hohen Schenkungen fallen gegebenenfalls Schenkungssteuern an (in Deutschland ab 20.000 Euro).

Raif Badawi und Ensaf Haidar bedanken sich bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern. Sie hoffen darauf, in nicht allzu ferner Zukunft *gemeinsam* Raifs Freiheit im Kreis der gbs feiern zu können. Bis dahin wird die Giordano-Bruno-Stiftung nicht nachlassen, sich für ihn einzusetzen.



Illustration von Mark Dolk für die #LetRaifFly-Kampagne (2022)

ZUM WEITERLESEN:

Giordano-Bruno-Stiftung (Hg.)

„Freiheit für Raif Badawi!“

Mit Beiträgen von Hamed Abdel-Samad, Ensaf Haidar, Andrea C. Hoffmann und Michael Schmidt-Salomon
Alibri 2018



Websites:

www.betterplace.me/solidaritaet-mit-raif-badawi-und-seiner-familie

www.gofundme.com/f/solidarity-with-raif-badawi-and-his-family





Die autoritäre Bedrohung

Putins Angriff auf die **Ukraine** ist auch ein Angriff auf die **offene Gesellschaft**. Allerdings steht der russische Machthaber mit seiner religiös-nationalistischen Propaganda keineswegs allein da. **Identitäre Denkmuster** sind weltweit auf dem Vormarsch – selbst bei denjenigen, die sich gegen die „**Internationale der Nationalisten**“ engagieren.

Ein Beitrag von Michael Schmidt-Salomon

Gemälde von Oxana Sunnyday aus der Serie „The world, the flesh, the devil, the soul“
(DA! Art-Award 2020)



Wladimir Putin bei der Weihnachtsmesse in St. Petersburg (2017)

Das Erstaunlichste am russischen Einmarsch in die Ukraine war das Erstaunen westlicher Politiker*innen über diesen Einmarsch. Offenbar haben sie bis zum Schluss verdrängt, wie gezielt Wladimir Putin die Grundlagen für die Eskalation geschaffen hat. Denn der Krieg war von langer Hand vorbereitet – nicht nur auf ökonomischer und militärischer, sondern auch auf soziokultureller Ebene: In den letzten 20 Jahren wurden die russischen Bürgerinnen und Bürger systematisch auf eine „russisch-orthodoxe Identität“ ausgerichtet, auf deren Basis erst jene „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ entstehen konnte, die sich im Krieg gegen die Ukraine entlud.



Putin fühlt sich dazu berufen, Moskau zu jenem „dritten und letzten Rom“ zu machen, von dem orthodoxe Fanatiker seit Jahrhunderten träumen

Spätestens im Sommer 2021, als Putin seinen umfangreichen Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ veröffentlichte, hätte aufmerksamen Beobachtern klar sein müssen, dass die Zeichen auf Krieg stehen. Doch die westliche Politik nahm mal wieder – wie schon zuvor in der Fehleinschätzung des Islamismus – die „Macht des Mythos“ nicht ernst. Sie konnte

oder wollte nicht verstehen, warum der Kreml-Herrscher die Ideologie der „Heiligen Rus“ beschwor und weshalb er den orthodoxen Glauben als ein unauflösliches Band beschrieb, das Russen, Belarussen und Ukrainern in einer Art „mythischen Schicksalsgemeinschaft“ aneinander bindet.

Sicherlich: Putin nutzte und nutzt die Ideologie der „Heiligen Rus“ nicht zuletzt dazu, um sein mafiöses Herrschaftssystem gegen demokratische Anfechtungen abzusichern. Doch dies allein erklärt die Obsession des russischen Herrschers nicht. Schon während seiner ersten Amtszeit als Präsident hatte Sergej Tschemesow, Putins ehemaliger KGB-Chef in Dresden, seinen einstigen Untergebenen als „Geschenk Gottes“ bezeichnet, „der das große Leid des russischen Volkes beenden wird“. Inzwischen scheint Wladimir Putin diese Mär selbst zu glauben. Seine Äußerungen und Handlungen in den letzten Jahren sprechen dafür, dass er sich mittlerweile tatsächlich als den „gottgesandten Retter des Vaterlands“ begreift, der dazu berufen ist, das „Heilige Russische Imperium“ zu errichten und Moskau zu jenem „dritten und letzten Rom“ zu machen, von dem orthodoxe Fanatiker seit Jahrhunderten träumen.

Nicht ohne Grund greift Putin auf die Staatsdoktrin „Orthodoxie, Autokratie und Nationalität“ des reaktionären Zaren Nikolaus I. zurück. Wie Nikolaus setzt auch Putin auf die Einheit von Thron und Altar. Das zeigt sich nicht nur darin, dass er mehr orthodoxe Kirchen errichten und renovieren ließ als jeder russische Herrscher vor ihm. Wichtiger noch ist der seit vielen Jahren zelebrierte

ideologische Schulterschluss: So initiierte Putin zusammen mit dem Moskauer Patriarchen Kyrill I. 2006 die „Erklärung zu Menschenrechten und Menschenwürde“ des WRPC („World Russian People’s Council“), die ähnlich obskur ist wie die (weitaus bekanntere) „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“: Während für Islamisten die Menschenrechte nur dann gelten, wenn sie im Einklang mit der „Scharia“ stehen, werden sie in Russland nur unter der Voraussetzung akzeptiert, dass sie mit „russisch-orthodoxen Werten“ übereinstimmen.

Die Giordano-Bruno-Stiftung hat die „Russische Erklärung“ in ihrer Broschüre „Die Menschenrechte“ (2018) scharf kritisiert, ansonsten wurde sie im Westen jedoch weitgehend ignoriert. Hierdurch übersahen die westlichen Beobachter nicht nur die Legitimationsquelle für die systematische Verfolgung von LGBTQ-Personen und vermeintlichen „Ultra-Feministinnen“ in Russland. Ihnen entging auch, wie systematisch das Putin-Regime den orthodoxen Glauben als Gegenideologie zur Leitkultur der universellen Menschenrechte und der offenen Gesellschaft aufgebaut hat. Nur wer diesen Hintergrund kennt, versteht, warum Putin und Kyrill im Februar 2022 allen Ernstes „Gay-Paraden in Kiew“ dazu heranzogen, um den Krieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen.

Das Timing des „neuen russischen Zaren“ und seines „orthodoxen Hofpredigers“ war jedenfalls perfekt: Am 23. Februar 2022, dem „Tag des Verteidigers des Vaterlandes“ (!), predigte Kyrill I., dass der Militärdienst eine „Manifestation der Nächstenliebe“ und „ein Beispiel für

”

Das Regime hat den orthodoxen Glauben als Gegenideologie zur Leitkultur der universellen Menschenrechte aufgebaut

die Treue zu den hohen moralischen Idealen der Wahrheit und Güte“ sei. Nur einen Tag später stellte Putin seine Liebe für „Wahrheit und Güte“ unter Beweis, als er in die Ukraine einmarschierte.

Putins Traum von der russisch-orthodoxen Großmacht wirkt merkwürdig aus der Zeit gefallen – und doch hat sein Wahnsinn System: Mithilfe alter KGB-Verbindungen ist es dem russischen Despoten nicht bloß gelungen, die Opposition im eigenen Land kaltzustellen, sondern nahezu alle Demokratien der Welt zu destabilisieren. Putins Leute konnten dabei auf erprobte Mittel aus dem Kalten Krieg zurückgreifen: So wie der KGB einst Linksterroristen wie die RAF mit verdeckten Operationen unterstützt hatte, griff der russische Geheimdienst nun Rechtspopulisten unter die Arme.



Der Zar und sein Hofprediger: Wladimir Putin mit dem Moskauer Patriarchen Kyrill I. (2017)

Putins Leute förderten den Brexit in England und die Wahl Trumps in den USA, sie finanzierten Marine Le Pen in Frankreich und Viktor Orbán in Ungarn. Beträchtliche Geldströme flossen in internationale Pro-Life-, Anti-Gay- und Anti-Gender-Initiativen sowie in Troll-Fabriken, die über das Internet wahnwitzigste Verschwörungstheorien verbreiteten. Die britische Journalistin Catherine Belton stellte in ihrem gründlich recherchierten Buch „Putins Netz“ sogar die These auf, dass das russische Flächenbombardement in Syrien u.a. aus dem Kalkül erfolgte, die europäischen Länder durch die gezielte Produktion von Kriegsflüchtlingen unter Druck zu setzen und den Hass der Bürgerinnen und Bürger auf das politische Establishment anzuheizen.



Der Wunsch-Präsident des Kremls: Wladimir Putin mit Donald Trump und Ehefrau Melania (2018)

Fakt ist: Wladimir Putin ist seit Jahren der treibende Motor der „Internationale der Nationalisten“, die inzwischen von Moskau über Neu-Delhi bis nach Washington reicht. Die Umrisse dieser religiös-nationalistischen Internationalen waren bereits vor einem Jahrzehnt zu erkennen (siehe hierzu die Abschlusserklärung der 2. Kritischen Islamkonferenz von 2013). Drei Jahre später schrieb ich in dem Buch „Die Grenzen der Toleranz“:



Werden Menschen nicht mehr als Individuen wahrgenommen, neigen sie dazu, sich über Gruppen zu definieren



Wladimir Putin ist seit Jahren der treibende Motor der Internationale der Nationalisten

„Wohin man auch schaut, ob nach Polen oder Ungarn, in die Schweiz oder nach Österreich, nach Frankreich, Russland oder in die USA: In nahezu jedem nichtmuslimischen Land kam es in den letzten Jahren zu einem Schulterschluss von Nationalisten und christlichen Rechten. Die einzelnen Bewegungen gleichen sich so sehr in ihrer rückwärtsgewandten Identitätspolitik, dass es fast schon egal ist, ob ihre politischen Gallionsfiguren Donald Trump, Wladimir Putin, Viktor Orbán, Jaroslaw Kaczyński, Marine Le Pen, Christoph Blocher oder Frauke Petry heißen.“

Verbindendes Element dieser „Internationale der Nationalisten“ ist ein brandgefährlicher Mix aus nationalem Chauvinismus und reaktionären religiösen Werten – eine Kombination, die sich auch in islamischen Ländern großer Beliebtheit erfreut. In „Die Grenzen der Toleranz“ (2016) heißt es dazu: „Im Grunde wäre der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der in seiner Politik Nationalismus und Religion – hier: Türkentum und islamische Werte – in ähnlich aufdringlicher Weise miteinander verbindet, ein heißer Anwärter für die rechtspopulistische ‚Internationale der Nationalisten‘ und ihre Formel vom ‚Europa der Vaterländer‘ – würde er nicht fatalerweise die *falsche Ethnie* und die *falsche Religion* vertreten.“

In den letzten Jahren kam es zu einem bemerkenswerten Aufstieg eines christlichen, muslimischen, hinduistischen, ja sogar eines buddhistischen Nationalismus, der in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichen konfessionellen Schwerpunkten auftritt: *katholisch* in Polen, Ungarn und Frankreich; *protestantisch* in den USA, in England und der Schweiz; *orthodox* in Russland, Griechenland und Serbien; *sunnitisch* in der Türkei, in Ägypten und Saudi-Arabien; *shiitisch* im Iran, im Irak und in Syrien, *hinduistisch* in Indien, *buddhistisch* in Myanmar.

Bei allen Unterschieden gleichen sich die Programme der jeweiligen politischen Führer in verdächtiger Weise: Sie alle richten sich gegen die kulturellen Begleiterscheinungen der Moderne, gegen Liberalisierung, Pluralisierung, Individualisierung, Säkularisierung, gegen die Rechte von Frauen und Homosexuellen, gegen den weltanschaulich neutralen Staat, gegen die Prinzipien der offenen Gesellschaft. Mit einem Wort: Sie sind



Die „Internationale der Nationalisten“ im Kampf gegen die offene Gesellschaft: Der iranische Präsident Hassan Rohani mit Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan (2017)

politische Auffangbecken für diejenigen, die mit den beschleunigten Veränderungszyklen der globalisierten Welt nicht Schritt halten können und alles daran setzen, ihr angestammtes kulturelles Getto gegen das vermeintlich „Feindliche“ des „Fremden“ zu verteidigen.

Dass diese identitätspolitischen Modelle weltweit attraktiv wurden, hat nicht zuletzt auch ökonomische Ursachen: So haben sich in vielen Ländern der Welt neo-feudale Strukturen ausgebildet, in deren Folge die Eliten kaum noch etwas tun müssen, um ihren Status zu erhalten, und die Unterprivilegierten kaum noch etwas tun können, um ihren Status zu verbessern. Werden Menschen jedoch in ihrer Gesellschaft nicht mehr als *Individuen* wahrgenommen, so neigen sie dazu, sich über *Gruppen* zu definieren. Kombiniert man die „ruhmreiche Nation“ mit der „einzig wahren Religion“, erhält man eine äußerst wirksame Droge, die bestens geeignet ist, das angekränkelte Ich-Bewusstsein aufzupolieren.

Wladimir Putin hat diese antiliberalen Entwicklungen rund um den Globus aufmerksam verfolgt und sie nach Möglichkeit gefördert. Vermutlich war er selbst über den durchschlagenden Erfolg seiner Strategie überrascht. Jedenfalls spielten ihm die weltweiten Entwicklungen bestens in die Karten. Und so stellte er bereits im Sommer 2019 gegenüber der „Financial Times“ triumphierend fest: „Die liberale Idee ist überholt. Sie steht im Widerspruch zum Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung.“

“

Die identitäre Linke hat grundlegende Denkmuster von Putin, Trump, Erdoğan & Co. übernommen

Tatsächlich stellt die „Internationale der Nationalisten“ eine ernsthafte Bedrohung für das Projekt der offenen Gesellschaft dar. Aufhalten ließen sich die Streiter für die „geschlossene Gesellschaft“ wohl nur durch ein breites Bündnis von Demokratinnen und Demokraten – doch dies ist momentan kaum in Sicht. Maßgeblich verantwortlich dafür sind *leider* (wie ich als jemand, der aus dieser Subkultur stammt, hinzufügen muss) Vertreter*innen der „Linken“, die derzeit mit einer Neuauflage des absurden Stücks „Judäische Volksfront gegen die Volksfront von Judäa“ (Monty Python) auftreten. Unfähig dazu, Bündnisse mit Gruppierungen zu schmieden, die nicht 100-prozentig „auf Linie“ liegen, verschwenden sie ihre Kräfte darauf, andere emanzipatorische Akteure wegen kleinster Abweichungen im Sprachduktus zu bekämpfen, statt sich der eigentlichen Bedrohung zu stellen, die von der „Internationale der Nationalisten“ für jedes emanzipatorische Projekt ausgeht.



Weltbürger statt Reichsbürger

DIE AKTIONEN IM „JAHR DER MENSCHENRECHTE“
Die Verabschiedung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ durch die Vereinten Nationen war ein Meilenstein der Geschichte. Die Giordano-Bruno-Stiftung nahm das 70. Jubiläum der Erklärung 2018 zum Anlass, um über die Entstehung, Bedeutung und aktuelle Gefährdung der Menschenrechte aufzuklären.



ZUM WEITERLESEN:

Giordano-Bruno-Stiftung

Die Menschenrechte

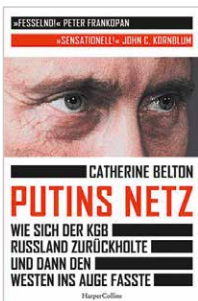
Wie sie entstanden sind – und warum wir sie verteidigen müssen
Oberwesel 2018



Catherine Belton

Putins Netz

Wie sich der KGB Russland zurückholte und dann den Westen ins Auge fasste
HarperCollins 2022



Im „Jahr der Menschenrechte“ (2018) konzentrierte sich die gbs darauf, den Universalismus der Menschenrechte gegen Gruppenideologien zu verteidigen (Auszug aus dem *bruno*-Jahresmagazin 2019)

Schlimmer noch: Die sogenannte „identitäre Linke“ hat grundlegende Denkmuster von Putin, Trump, Erdoğan & Co. übernommen. Wie die religiös-nationalistischen Despoten stellen nun auch „Linke“ Gruppenidentitäten ins Zentrum der Argumentation, untergraben die universellen Menschenrechte sowie die Selbstbestimmungsrechte des Individuums. Wie die Vertreter der politischen Rechten wettern auch sie gegen Pluralismus (da sie glauben, im Besitz der „absoluten Wahrheit“ zu sein), gegen wissenschaftliche Rationalität (die als Herrschaftsideologie des „alten, weißen Mannes“ missverstanden wird) und gegen jede Form der kulturellen Durchmischung (im linken Jargon als „kulturelle Aneignung“ gebrandmarkt).

Gewiss: Hinter dieser seltsamen Strategie verbergen sich ehrenwerte Motive. Erklärtes Ziel der „woken (aufgewachten) Linken“ ist es nämlich, die Stimmen der „Marginalisierten“ zu Gehör zu bringen, sprich: von Homo- und Bisexuellen, Trans-Personen, Migrant*innen, „People of Colour“, Behinderten usw. Doch die postmodernistische, identitäre Ausrichtung des Projekts schadet den Betroffenen mehr, als es ihnen nutzt. Denn jeder emanzipatorische Fortschritt der Vergangenheit wurde dadurch errungen, dass die Betroffenen an die Empathie der Mehrheitsgesellschaft appellierten und „Gleiches Recht für Alle“ forderten – statt diesen Menschenrechts-Universalismus zu untergraben und zu behaupten, dass nur die Opfer der Unterdrückung das Wesen der Unterdrückung nachvollziehen könnten (siehe hierzu auch die erhellende Analyse der „woken“, postmodernistisch-identitären Linken in dem Buch „Zynische Theorien“ von Helen Pluckrose und James Lindsay).

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“, meinte einst Albert Einstein – und traf damit (wie so oft) ins Schwarze. Fakt ist: Mit linker Identitätspolitik schwächt man rechte Identitätspolitik keineswegs, man verstärkt vielmehr die Grundprinzipien, auf denen die Herrschaftsmodelle von Putin, Trump, Erdoğan & Co. beruhen. Aus diesem Grund hat die Giordano-Bruno-Stiftung in der Vergangenheit immer wieder Kampagnen gestartet, die Gruppenidentitäten gezielt abschwächen, statt sie zu verstärken: So traten wir 2013 Islamisten und „christ-



Linke sollten den Faschismus nicht befördern, den sie zu bekämpfen vorgeben

lichen Abendlandrettern“ entgegen, indem wir mit dem Slogan „Selbstbestimmung statt Gruppenzwang!“ die Eigenständigkeit des *Individuums* gegenüber dem *Kollektiv* betonten. 2018, zum 70. Jubiläum der Verabschiedung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, gingen wir mit dem Motto „Weltbürger statt Reichsbürger!“ an die Öffentlichkeit, mit dem wir den *Universalismus der Menschenrechte* gegen *partikuläre Identitätspolitik* ins Feld führten.

Für die Verteidigung der offenen Gesellschaft wäre viel gewonnen, wenn „identitäre Linke“ die logischen Widersprüche erkennen würden, in die sie sich mit ihrer postmodernistischen Argumentation zwangsläufig verstricken. Um hier nur zwei Punkte zu nennen, die Pluckrose und Lindsay in ihrer Studie mit zahlreichen Beispielen unterfüttern: Es ist keineswegs „eurozentristisch“, für die Universalität der Menschenrechte einzutreten – eurozentristisch wäre es vielmehr zu behaupten, dass die Menschenrechte eine exklusive Errungenschaft des Westens seien, an denen Menschen anderer Kontinente und Kulturen nicht mitgewirkt hätten. Gleichfalls ist es natürlich keineswegs „rassistisch“ (Ausdruck der „Ideologie des alten, weißen Mannes“), auf der Einhaltung solider wissenschaftlicher Standards und der Berücksichtigung empirischer Forschungsergebnisse zu bestehen – rassistisch wäre es vielmehr zu glauben, dass Menschen anderer Kontinente und Kulturen nicht in der Lage seien, solide wissenschaftliche Forschung zu betreiben.



Falsche Prioritäten: Identitäre Linke neigen dazu, die eigentliche Bedrohung der offenen Gesellschaft zu übersehen (Karikatur von Oliver Ottitsch)



Die offene Gesellschaft benötigt eine breite Streitkultur – keine Gedanken- oder Sprach-Polizei

Zudem sollte die „woke, linke Gegenöffentlichkeit“ begreifen, dass „Pluralität keine Schwäche, sondern eine Stärke“ ist (wie es in einem „Leitbild“-Artikel auf der gbs-Website heißt). Denn nur weil wir unterschiedlich sind, können wir voneinander lernen und uns allmählich über Kritik und Gegenkritik zu einer angemesseneren Sicht der Welt „emporirren“ (Motto des Hans-Albert-Instituts). Die offene Gesellschaft benötigt daher einen fairen Wettbewerb der Ideen, sprich: eine breite Streitkultur – keine „Cancel-Culture“ und schon gar keine „Gedanken- oder Sprach-Polizei“. (Nebenbei: Wir geben uns große Mühe, keiner wie auch immer gearteten Sprachdoktrin zu entsprechen, weshalb man in den Veröffentlichungen der gbs, selbst innerhalb dieses Artikels, beide Geschlechtsformen, das Gendersternchen wie auch das generische Maskulinum findet. Ein wenig *Ambiguitätstoleranz* tut, wie wir meinen, allen Seiten gut – intern erlauben wir uns übrigens den Spaß, Strichlisten darüber zu führen, wer sich am meisten aufregt. Momentan liegen die Anti-Genderisten vorne...)

„Linke“ sollten aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, bevor sie als „nützliche Idioten“ von Putin, Trump, Erdoğan & Co. in die Geschichte eingehen. Jedenfalls sollten sie den Faschismus nicht befördern, den sie zu bekämpfen vorgeben. Klar ist: Die offene Gesellschaft hat inzwischen genügend Feinde – Linke, die einigermaßen bei Verstand sind, sollten nicht dazugehören, sondern an der Seite anderer Demokrat*innen gegen die autoritäre Bedrohung eintreten.

Noch irrt sich Putin mit der Einschätzung, dass die „liberale Idee überholt“ ist und „im Widerspruch zum Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung“ steht. Unsere Form des Zusammenlebens ist zwar in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig, doch die allermeisten Menschen schätzen die Freiheiten, die ihnen die offene Gesellschaft bietet. Sie vertrauen darauf, dass wir mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats bessere, freiere, gerechtere Verhältnisse für alle schaffen können. Es liegt in unser aller Verantwortung, Despoten wie Wladimir Putin zu stoppen, die diesen „liberalen Traum“ (Philipp Blom) zerstören wollen. ■

ZUM WEITERLESEN:

Michael Schmidt-Salomon

Die Grenzen der Toleranz

Warum wir die offene Gesellschaft verteidigen müssen
Piper 2016



Helen Pluckrose / James Lindsay

Zynische Theorien

Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt
C.H. Beck 2022





Die Highlights des Jahres

DIE WICHTIGSTEN EREIGNISSE 2021 IM ÜBERBLICK



2021



Anlässlich des 6. Jahrestags des **Attentats auf „Charlie Hebdo“** veranstaltet der **bfg München** (mit Unterstützung der gbs und weiterer Organisationen) eine Online-Gedenkveranstaltung. Mitwirkende sind u.a. die Kabarettisten HG Butzko und Andreas Rebers, die Juristin Jacqueline Neumann (gbs/ifw) und der Liedermacher Konstantin Wecker. Durch das Programm führt gbs-Kuratorin Assunta Tammelleo.

In seiner **virtuellen Neujahrsansprache** gibt gbs-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon bekannt, dass die Stiftung ihr letztjähriges Schwerpunktthema **„Die hohe Kunst der Rationalität“** auch 2021 fortführen wird. Grund dafür ist nicht nur der 100. Geburtstag von gbs-Beirat Hans Albert, sondern auch die Rationalitäts-Krise, die sich durch die Corona-Krise weiter verschärft hat.



JANUAR

07.01.

10.01.

12.01.



„Ein Kuss ist kein Verbrechen!“:

Die gbs und das Institut für Weltanschauungsrecht (ifw) unterstützen den religionskritischen Blogger **Amed Sherwan** in seinem Rechtsstreit mit Facebook und Instagram, nachdem die Social-Media-Plattformen seine Profile wegen einer Fotoserie, die zwei küssende Männer u.a. vor der Kaaba zeigt, gesperrt hatten. Viele Medien berichten über den Fall.



Nach einem Beschluss des Oberlandesgerichtes in Frankfurt darf die Ärztin **Kristina Hänel** wegen Paragraf 219a StGB („Werbung für den Schwangerschaftsabbruch“) nicht mehr über Abtreibungen informieren – die Giordano-Bruno-Stiftung schon! Die gbs veröffentlicht daher die Website „**abtreibung-info.de**“, auf der die ursprünglichen Informationen von Hänels Homepage sowie weitere wichtige Hinweise zum Schwangerschaftsabbruch zu finden sind.

AUSSERDEM...

04.01.2021: gbs-Beirätin Natalie Grams erhält für ihre Aufklärungsarbeit gegen Pseudomedizin den „Preis für Civil-Courage“ in Heidelberg. Ausgezeichnet wird die Ärztin und Homöopathie-Kritikerin von der Stiftung zur Förderung der Civil-Courage.

14.01.2021: gbs-Beirat Helmut Ortner (Autor des Buches „Ohne Gnade: Eine Geschichte der Todesstrafe“) spricht in einem Radiointerview (WDR5) über die vielen Todesstrafen in den USA, die in der Endphase von Trumps Präsidentschaft vollzogen wurden. Er erklärt, warum er nur bedingt optimistisch ist, dass sich diese Entwicklung unter Joe Biden ändert.

19.01.2021: Der Neurowissenschaftler Kai Schreiber referiert zum Auftakt der Online-Veranstaltungsreihe „Vom Reiz der Sinne“ über die Frage, warum Wahrnehmung Vorurteile braucht und Erkenntnis ohne Zweifel nicht zu haben ist. In den darauffolgenden Wochen finden weitere Veranstaltungen u.a. mit dem Psychologen Fred W. Mast und der Hirnforscherin Petra Ritter statt. Ausgerichtet wird die Reihe vom Institut für populärwissenschaftlichen Diskurs (Kortizes) mit Unterstützung der gbs.

24.01.2021: Zur Frage „Welcher Humanismus?“ diskutieren Kirsten Wiese (HU Berlin) und Alexander Bischoff (HVD Berlin) im „Humanistischen Salon“ über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Selbstverständnis der verschiedenen humanistischen Organisationen. Im Laufe des Jahres finden in der Reihe weitere Online-Vorträge zu den Themen „Wege zur Klimaneutralität“, „Suizidhilfe in Deutschland“ und „Tot mit und ohne Gott“ statt. Ausgerichtet werden die Veranstaltungen von Kortizes in Kooperation mit der gbs.

24.01.2021: Zum Auftakt der Online-Veranstaltungsreihe „FrauenStimmen gegen Gewalt“ diskutieren die Aktivistinnen für Frauenrechte Mina Ahadi, Naïla Chikhi und Rebecca Schönenbach über die Frage „Lautes Schweigen nach Köln oder Feminismus in der Krise?“

01.02.2021: Anlässlich des „World Hijab Day“, an dem Musliminnen ihre Kopfbedeckung feiern, findet die Online-Veranstaltung „Against World Hijab Day“ statt. Teilnehmerinnen wie die Menschenrechtsaktivistinnen Mina Ahadi und Rana Ahmad (gbs-Stipendiatinnen) machen deutlich, warum Frauen und Mädchen in islamischen Ländern in ihrem Kampf um die Freiheit vom Hijab unterstützt werden müssen.

08.02.2021: Unter dem Titel „Jede Wahrheit kritisieren – Der Philosoph Hans Albert wird 100“ spricht Florian Chefai, Koordinator und Leiter des Hans-Albert-Instituts, im Interview mit dem Radiosender SWR2 über das Lebenswerk dieses „Jahrhundertdenkers“.

22.01.

FEBRUAR

08.02.



Pünktlich zum 100. Geburtstag des bedeutenden Wissenschaftstheoretikers **Hans Albert** (gbs-Beirat) zeigt die Stiftung im Rahmen eines Online-Festakts erstmals den Dokumentarfilm „Hans Albert – Der Jahrhundertdenker“ von Ricarda Hinz (Regie) und Michael Schmidt-Salomon (Drehbuch). Mit bislang unveröffentlichten Bildern und ungewöhnlichen Animationen klärt die Doku darüber auf, warum Alberts Einfluss auf Wissenschaft und Gesellschaft noch immer unterschätzt wird. Die Laudatio hält der Rechtsphilosoph und Strafrechtler **Eric Hilgendorf** (gbs-Beirat). Anschließend wird die Hans-Albert-Doku separat auf dem YouTube-Kanal der gbs veröffentlicht.

Das **Institut für Weltanschauungsrecht** (ifw) reicht Strafanzeige gegen den Abtreibungsgegner Klaus Günter Annen bei der Staatsanwaltschaft Gießen wegen Verdachts auf Beleidigung und Volksverhetzung ein. Hintergrund: Auf seinen Internetseiten „Babycaust“ und „Abtreiber“ bezeichnet Klaus Günter Annen Ärztinnen wie Kristina Hänel und Nora Szász als „Auftragsmörderinnen“ und setzt Schwangerschaftsabbrüche mit dem nationalsozialistischen Völkermord gleich.



Der vom **Hans-Albert-Institut** (HAI) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Humanistischer Studierender (BAG) bereits im Oktober 2020 ausgeschriebene **Essay-Wettbewerb** „Was ist rational?“ zur Debattenkultur in Deutschland ist auf große Resonanz gestoßen. Rund 130 junge Menschen bis 30 Jahre haben Beiträge zu aktuellen Themen wie „Fake News“, Wahrheitsrelativismus und „Cancel Culture“ eingereicht.

12.02.

22.02.

23.-25.02.

MÄRZ

Anlässlich der digital tagenden Frühjahrsvollversammlung der **Deutschen Bischofskonferenz** initiiert die gbs unter der Leitung von gbs-Mitarbeiter David Farago mit zahlreichen Betroffenenorganisationen eine Protestkundgebung auf der Kölner Domplatte. Mit der Kunstaktion „**Das Kernproblem der katholischen Kirche**“ prangern die Veranstalter die unzureichende Aufarbeitung des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche an.





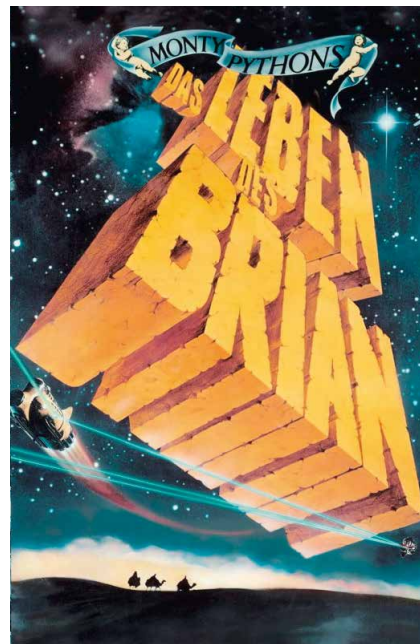
Nach langjähriger Vorbereitung haben der Humanistische Verband Deutschlands (HVD), die Giordano-Bruno-Stiftung (gbs), die Humanistische Akademie Deutschland (HAD) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Humanistischer Studierender (BAG) das **Bertha von Suttner-Studienwerk** (BvS) gegründet. Mit seiner Hilfe sollen humanistische Studierende die gleiche Förderung erhalten wie ihre religiösen Kommilitoninnen und Kommilitonen.

02.03.

05.03.

Keine Filmverbote an

Karfreitag: Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat rechtskräftig festgestellt, dass auch Filme „ohne Feiertagsfreigabe“ wie „Das Leben des Brian“ von Monty Python an Karfreitag gezeigt werden dürfen. Damit konnte sich die Stuttgarter Regionalgruppe der Giordano-Bruno-Stiftung in einem langjährigen Rechtsstreit mit der Stadtverwaltung durchsetzen.



AUSSERDEM...

24.02.2021: Über „Zufall und Wahrscheinlichkeit – Grundbegriffe der Wahrscheinlichkeit in Mathematik, Physik und Alltag“ hält der Diplomphysiker und Philosoph Helmut Fink (wissenschaftlicher Mitarbeiter der gbs) einen Online-Vortrag bei der Gesellschaft für kritische Philosophie (GKP).

03.03.2021: Kirchenfinanzexperte und Leiter der „Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland“ (fowid), Carsten Frerk (gbs-Beirat), berichtet im Radio-Feature „Zeitfragen“ (DLF Kultur) darüber, „Wie der Gottesbezug in die Präambel des Grundgesetzes kam“ und wie es den Kirchen gelang, dass zahlreiche weitere Sonderrechte in die Gesetzgebung der Bundesrepublik Eingang fanden.

04.03.2021: In der Radiosendung „Eins zu Eins. Der Talk“ (Bayern 2) spricht Michael Schmidt-Salomon u.a. über seine Entwicklung zum Religionskritiker und wie es zur Gründung der Giordano-Bruno-Stiftung kam.

13.03.2021: Auf dem fünften ifw-Treffen kommen die Beiräte und das Direktorium zusammen, um sich über zukünftige Aktivitäten des Instituts u.a. zu „Cancel Culture“, den Ansätzen im Bundestag zur Neuregelung der Suizidhilfe und zum „staatskirchlichen“ Missbrauchssystem abzustimmen. Das Treffen findet coronabedingt virtuell statt.

16.03.2021: Muslimfeindlichkeit und Empirie: Der Politologe Carsten Frerk, Leiter von fowid, publiziert eine umfangreiche Analyse, in der er die empirische Evidenz zur „Muslimfeindlichkeit“ bezweifelt. Anlass war die Veröffentlichung der aktuellen Zahlen einer Studie des islamischen Lobbyverbands Inssan e.V. zur „Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland“, die einer wissenschaftlichen Überprüfung des beklagenswerten Phänomens der Muslimfeindlichkeit nicht standhalten.

17.03.2021: Das Hans-Albert-Institut veröffentlicht ein Interview mit dem Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traugber, in dem der HAI-Beirat die antiaufklärerische Dimension linker Identitätspolitik analysiert, die die gesellschaftspolitische Debatte zunehmend bestimmt. In einem Ende Mai erscheinenden Interview mit dem HAI erklärt er, dass formale Bildung allein nicht vor Verschwörungsideologien schützt.



Anlässlich der Vorstellung des zweiten Gutachtens zum **sexuellen Missbrauch** im Erzbistum Köln demonstrieren das „Aktionsbündnis Betroffeneninitiativen“ und die gbs mit dem „**Hängemattenbischof**“ erneut vor dem Kölner Dom. Das Bündnis fordert unter anderem die Einsetzung einer unabhängigen Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission durch den Bundestag. Das Event erregt auch international große Aufmerksamkeit. Bilder von der Aktion gehen um die ganze Welt (USA, Kanada, China, Japan, Türkei, Frankreich, England...).

Ein Sieg für die Meinungsfreiheit: Der religionskritische Blogger Amed Sherwan gewinnt seinen Rechtsstreit gegen Facebook/Instagram vor dem Landgericht Flensburg. Die Sozialen Netzwerke hatten seine Profile wegen einer Fotoserie, die zwei küssende Männer u.a. vor der Kaaba zeigt, unberechtigt gesperrt. Das Verfahren wurde von der gbs und dem Institut für Weltanschauungsrecht unterstützt.



17.-19.03.

18.03.

25.03.

APRIL



„Kinderrechte ins Grundgesetz – aber richtig!“: Ein breites Bündnis von mehr als 100 Organisationen (u.a. das Deutsche Kinderhilfswerk, UNICEF Deutschland, der Deutsche Kinderschutzbund und die gbs) kritisiert in einem gemeinsam veröffentlichten Appell den vorgelegten Gesetzentwurf zur Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz als unzureichend.

Das ifw geht mit der Online-Zeitschrift „**Weltanschauungsrecht aktuell**“ an den Start, die Informationen zu Entwicklungen auf dem Gebiet der säkularen Rechtspolitik bereithält. In der ersten Ausgabe analysiert **ifw-Koordinatorin Jacqueline Neumann** die verfassungsrechtlichen, fiskalischen und rechtspolitischen Aspekte des „Entwurfs eines Grundsatzgesetzes zur Ablösung der Staatsleistungen“ im Bundestag. In den zwei weiteren Ausgaben im Juni und November beschäftigt sich der Theologe und Ethiker Hartmut Kreß mit den aktuellen Debatten zum konfessionellen Religionsunterricht in Bayern und Hamburg sowie mit der Reform des kirchlichen Arbeitsrechts.



AUSSERDEM...

31.03.2021: Das Hans-Albert-Institut veröffentlicht ein Interview mit dem Philosophen und Historiker Philipp Blom (gbs-Beirat) zum Fortbestand der menschlichen Zivilisation, in dem Blom erklärt, warum wir nur überleben werden, wenn wir uns nicht länger als „Krone der Schöpfung“ verstehen, sondern als eine Primatenart, die vom Aussterben bedroht ist.

02.04.2021: Zu Karfreitag gibt es im Radio LORA München ein vom bfg München veranstaltetes buntes Programm, das von Poetry-Slam und Kabarett über Gesang und Musik bis hin zu den Themen der Trennung von Kirche und Staat und der Verteidigung der Bürger- und Menschenrechte reicht. Mit von der Partie sind die Menschenrechtlerin Mina Ahadi (ZdE), die ehemalige Bundestagsabgeordnete Ingrid Matthäus-Maier (gbs-Beirat), Assunta Tammelleo (bfg München) und gbs-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon.

06.04.–25.05.2021: In der Online-Veranstaltungsreihe „Vom Reiz des Übersinnlichen – Paranormales und Skepsis“, die von Kortizes mit Unterstützung der gbs ausgerichtet wird, beschäftigen sich renommierte Experten mit der Kluft zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und sozialer Praxis. Zu den Referenten gehören die Psycholog*innen Christoph Bördlein, Uwe Kanning und Pia Lamberty sowie der Physiker und Wissenschaftspublizist Florian Aigner.

15.04.2021: Die Publizistin Sigrid Herrmann-Marschall spricht bei der gbs Düsseldorf über den „Politischen Islam“ und gibt einen Einblick in die Düsseldorfer Organisationen und Netzwerke. Der Online-Vortrag mit anschließender Diskussion mit Lale Akgün wird live aus dem virtuellen Studio in Düsseldorf ausgestrahlt.

22.04.2021: Der Jurist Johann-Albrecht Haupt (ifw- und HU-Mitglied) wird von Christiane Florin (DLF, Religion und Gesellschaft) zu den von den Oppositionsparteien vorgelegten Gesetzentwürfen interviewt, die das Ende der Staatsleistungen an die Kirchen vorsehen. Schon seit Jahren setzt sich der Rechtswissenschaftler für die Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Trennung von Staat und Religion ein.

09.04.

12.04.

Ein Geldstapel höher als der Mount Everest: Säkulare Organisationen (u.a. KORSO und gbs) protestieren, dass die Debatte über die **Ablösung der Staatsleistungen** von Kirchenlobbyisten bestimmt wird, die für hohe Entschädigungsleistungen des Staates plädieren. Die Ablehnung des Gesetzentwurfes durch den Deutschen Bundestag drei Wochen später begrüßt die gbs ausdrücklich.





gbs-Basisbibliothek: Zum „UNESCO-Welttag des Buches“ publiziert die gbs eine Liste mit den wichtigsten Büchern ihrer Mitglieder. Das Besondere daran: Die in der Stiftung organisierten Autorinnen und Autoren haben selbst angegeben, welche ihrer Werke sie als besonders bedeutsam erachten.

Anlässlich des Jubiläums „70 Jahre Bundesverfassungsgericht“ im September 2021 legt **Gerhard Czermak**, Direktoriumsmitglied des Instituts für Weltanschauungsrecht (ifw), eine ausführliche Monografie mit dem Titel „Siebzig Jahre Bundesverfassungsgericht in weltanschaulicher Schiefelage“ vor.



24.04.

MAI

03.05.



Das **Hans-Albert-Institut** veröffentlicht eine Stellungnahme zur Triage-Entscheidung, in der es die Empfehlungen des Deutschen Ethikrats kritisiert. Entgegen der Ansicht des staatlichen Gremiums kommen die Autor*innen des Instituts (Adriano Mannino, Marina Moreno, Florian Chefai, Nikil Mukerji, Thomas Metzinger, Franz Josef Wetz und Dieter Birnbacher) zu dem Schluss, dass die Lebenszeit eines Patienten sehr wohl ein ethisch legitimes Kriterium für die Verteilung knapper intensivmedizinischer Ressourcen sei und daher berücksichtigt werden sollte.



Anlässlich des **3. Ökumenischen Kirchentags** in Frankfurt demonstriert die gbs mit drei Aktionsfiguren („Moses und das 11. Gebot“, der „Hängemattenbischof“ und „Die nackte Wahrheit über Martin Luther“) auf dem Römer. Wie schon bei den Kunstaktionen auf der Kölner Domplatte schließt sich das **„Aktionsbündnis Betroffeneninitiativen“** dem Protest gegen die Subventionierung des Glaubensfestes mit Steuergeldern und die schleppende Aufarbeitung der Missbrauchsfälle innerhalb der Kirchen an.

09.05.

11.05.

12.–15.05.

Das u.a. von der gbs neu gegründete humanistische Bertha von Suttner-Studienwerk (BvS) schreibt zum Wintersemester 2021/22 erstmalig **Stipendien für Studierende und Promovierende** aus. Neben der finanziellen Unterstützung erhalten die Suttner-Stipendiatinnen und -Stipendiaten eine umfassende ideelle Förderung.



AUSSERDEM...

07.05.2021: Anlässlich des Urteils des Landgerichts Köln, das vor neun Jahren die medizinisch nicht indizierte Beschneidung von Jungen als Körperverletzung und damit als strafbare Handlung wertete, veranstaltet das Bündnis für genitale Selbstbestimmung (u.a. die gbs) den „Worldwide Day of Genital Autonomy“. Bei dem Live-Online-Event dabei sind u.a. Rana Ahmad (Säkulare Flüchtlingshilfe), Seyran Ateş (Rechtsanwältin), Katja Keul (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), Godula Kosack (Terre des Femmes e.V.) und Victor Schiering (MOGIS e.V.).

08.05.2021: „Menschenaffen: Eine Geschichte von Gefühl und Geist“: ARTE zeigt die eindrucksvolle Doku von Anja Krug-Metzinger, in der u.a. Jane Goodall, Frans de Waal und gbs-Beirat Volker Sommer zu Wort kommen. Wer die bewegenden Bilder des Films gesehen hat, versteht, weshalb der evolutionäre Humanismus die sakrosankte Trennlinie zwischen Mensch und Tier überwindet und weshalb die gbs vor 10 Jahren den Neustart des „Great Ape Project“ initiierte.

10.05.2021: Zum Jahrestag der Bücherverbrennung findet die Aktion „München liest – aus verbrannten Büchern“ am Königsplatz statt, um die von den Nazis verfolgten, vertriebenen und ermordeten Autoren im kulturellen Gedächtnis zu bewahren. Das Kunstevent, das u.a. von dem Künstler Wolfram Kastner (gbs-Beirat) organisiert wird, findet mit Unterstützung des bfg München und der gbs statt.

Am 15. Mai 1871 wurden die Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch im Reichsstrafgesetzbuch verabschiedet. Seitdem ist der Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft in Deutschland strafbar. Aus diesem Anlass startet die gbs gemeinsam mit 120 weiteren Organisationen (u.a. pro familia, Bundesverband der Frauengesundheitszentren und „Doctors for Choice“) die Kampagne „**150 Jahre Widerstand gegen § 218!**“

Im September findet unter dem gleichen Motto der bundesweite Aktionstag zum Internationalen „**Safe Abortion Day**“ statt, an dem sich die gbs als Mitglied des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung ebenfalls beteiligt.



Unter dem Titel „Nicht der Präsident aller Deutschen“ kritisiert die gbs die Kirchentagsrede von **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**, der sich in seiner Eröffnung zum Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt parteiisch auf die Seite der Kirchen gestellt hat und die zunehmende Religionsabstinez in der Bevölkerung als Gefahr begreift.



15.05.

15.05.

20.05.

JUNI



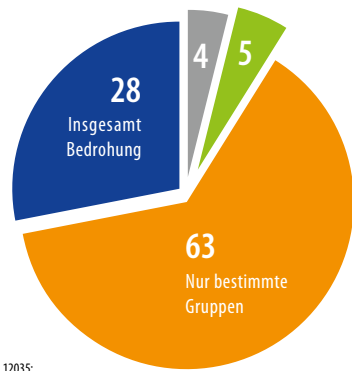
Terror gegen Israel mit deutscher Unterstützung?

Der Bundesrechnungshof hat untersucht, ob Gelder des Auswärtigen Amtes (AA) über die umstrittene Wohlfahrtsorganisation „Islamic Relief“ an die islamische Terrororganisation Hamas geflossen sind, will diese Informationen aber nicht preisgeben. Dagegen klagt das **Institut für Weltanschauungsrecht** (ifw) zusammen mit der Rechtsanwältin Seyran Ateş.

Deutschland: „Ist der Islam eine Bedrohung?“

Stand Mai 2021 (in Prozent)

fowid
Forschungsgruppe
Weltanschauungen
in Deutschland



Quelle:
Institut für Demoskopie, Umfrage 12035:
„Islam/Islamismus in Deutschland“, (01.05.-13.05.2021)
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

● Unentschieden
● Keine Bedrohung

Eine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung zeigt Sorge vor dem radikalen Islam und ist unzufrieden mit dem Kampf der etablierten Parteien gegen Islamismus. Dies ist das Ergebnis einer Studie zu „**Einstellungen zum Islam und Islamismus**“, die die „Alice Schwarzer Stiftung“ in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und der Giordano-Bruno-Stiftung durchgeführt hat.

AUSSERDEM...

20.05.2021: Zum Auftakt der Online-Reihe „Intelligent Design? Wie der Mensch sich neu entwirft“, die im Rahmen des Dialogs der Weltanschauungen 2021 stattfindet, diskutieren Martina Hebler (Technikgeschichte, TU Darmstadt) und Karin Harrasser (Kulturwissenschaftlerin, Kunstuniversität Linz) über das Thema „Mensch – Macht – Maschine“. Im Laufe des Jahres gibt es weitere Vorträge u.a. „Zur genetischen Optimierung des Menschen“. Die Online-Veranstaltungsreihe wird von der gbs-Hochschulgruppe Berlin in Kooperation mit der gbs Berlin, dem HVD-BB sowie weiteren Organisationen ausgerichtet.

03.06.2021: Wo kommen wir her, wo gehen wir hin? In Braunschweig wird ein weiterer Evolutionsweg nach dem Konzept der gbs-Regionalgruppe Rhein-Neckar in Deutschland eröffnet. Die Errichtung des Lehrpfads wird u.a. von der gbs unterstützt.

06.06.2021: Thomas Schäfer (ehemaliger deutscher Botschafter in Nordkorea) spricht in einer Online-Veranstaltung mit Nicolai Sprekels (Vorstandssprecher von SARAM – Stiftung für Menschenrechte in Nordkorea) über seine Erfahrungen, die weit über die üblichen Nordkorea-Klischees hinausgehen. Die Arbeit von SARAM wird von der gbs gefördert.

06.06.2021: 4,6 Milliarden Jahre Erdgeschichte auf 460m: In Düsseldorf findet in diesem Jahr die erste Führung auf dem Evolutionsweg mit Filmemacherin Ricarda Hinz (gbs Düsseldorf) statt. In den folgenden Monaten gibt es weitere Führungen für Groß und Klein, u.a. auch Spezialführungen mit den beiden Wissenschaftlerinnen vom Podcast „Undora zum Quadrat“ Martina Preiner und Franz Konitzer. Auch in anderen Städten (z.B. Templin) finden im Laufe des Jahres Führungen statt.

15.06.2021: gbs-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon referiert bei der gbs Stuttgart über die „Regeln des Zusammenlebens“ und spricht über das Verhältnis von Staat und Religion in der offenen Gesellschaft. Zu den Mitveranstaltern des Online-Vortrags gehören die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und die Säkulare Flüchtlingshilfe Stuttgart.

17.06.2021: In der Live-Online-Vortragsreihe „Buch trifft Hirn“, die von Kortizes in Kooperation mit der gbs ausgerichtet wird, spricht Helmut Fink mit dem Psychologen und Neurowissenschaftler John-Dylan Haynes über sein Buch „Fenster ins Gehirn – Wie unsere Gedanken entstehen und wie man sie lesen kann“. Im Laufe des Jahres gibt es weitere Buchvorstellungen mit dem Hirnforscher Gerhard Roth, dem Philosophen Ansgar Beckermann und dem Biologen Markus Neuenschwander.

24.06.2021: Der Islamexperte und Publizist Hamed Abdel-Samad stellt bei der gbs-Hochschulgruppe „Säkularer Humanismus Erlangen-Nürnberg“ sein neues Buch „Schlacht der Identitäten: 20 Thesen zum Rassismus – und wie wir ihm die Macht nehmen“ vor. Mitveranstalter des Online-Gesprächs ist der Bund für Geistesfreiheit Erlangen.

08.06.

JULI

02.07.



Nein zur **Aufhebung des digitalen Briefgeheimnisses** in der EU: Die gbs verschickt an alle Mitglieder des Europaparlaments einen Brief, der angeblich von einer „Europäischen Task-Force gegen Kindesmissbrauch“ geöffnet und mit einem Warnhinweis versiegelt wurde. Hintergrund der Aktion ist die sogenannte Ausnahmeregelung für den Datenschutz in der elektronischen Kommunikation (ePrivacy Derogation). Vorgesehen ist eine **anlasslose Massenüberwachung** privater Chats und E-Mails. Wie die gbs darlegt, hilft dies nicht im Kampf gegen Kinderpornografie, geht aber einher mit einem Ende des elektronischen Briefgeheimnisses in Europa. (Im Bild: Peder Iblher, gbs-Beauftragter für digitale Grundrechte)



Buchpremiere: Der Schriftsteller **Andreas Altmann** (gbs-Beirat) stellt sein Buch „Gebrauchsanweisung für Heimat“ in der „Virtuellen Bruno-Akademie“ vor und spricht mit Schriftstellerkollegin Nadine Pungs über sein neues Werk. Die Lesung mit dem vielfachen Bestsellerautor findet auf dem YouTube-Kanal der Giordano-Bruno-Stiftung statt und ist dort weiterhin verfügbar.



Auf der größten skeptischen Konferenz im deutschsprachigen Raum „**SkepKon**“ diskutieren rund um die Themen Wissenschaftsleugnung, Klimaforschung und Pseudomedizin renommierte Fachleute wie der Philosoph Nikil Mukerji (HAI), der Klimaforscher Hans von Storch und der Mediziner Edzard Ernst. Ausrichter der Konferenz ist die Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP), u.a. mit Unterstützung des Hans-Albert-Instituts (HAI) und der gbs.

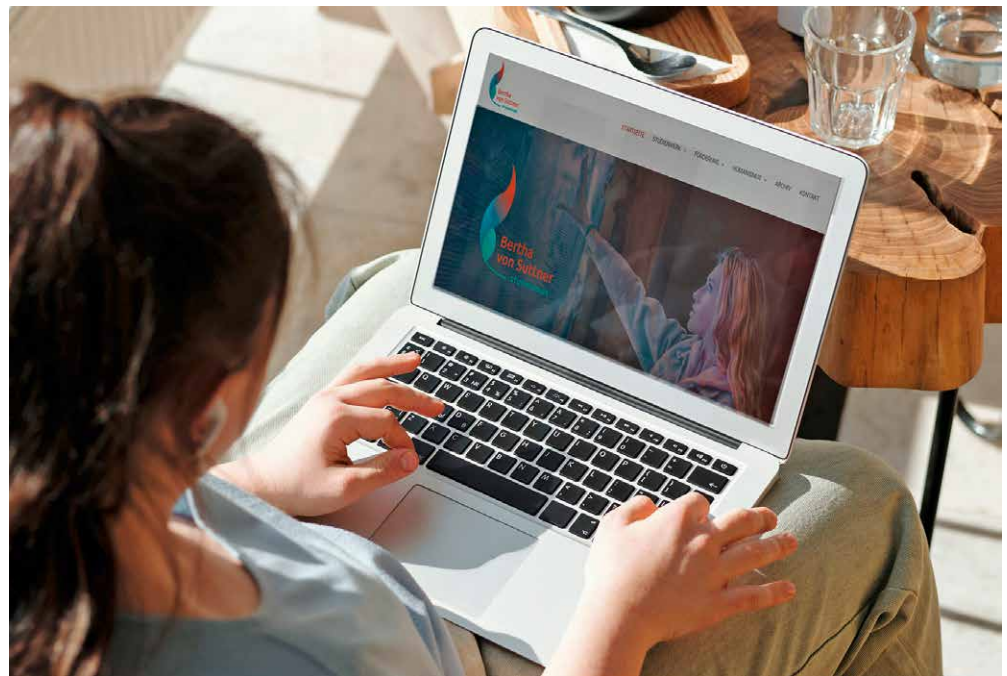
30.07.

AUGUST

04.08.

SEPTEMBER

Das **Bertha von Suttner-Studienwerk** (BvS) gibt bekannt, dass zur ersten Ausschreibung des Suttner-Stipendiums **160 Bewerbungen** eingegangen sind. Die Auswahlkommission des Studienwerks hat im August und September die Qual der Wahl: Deutlich mehr Studierende hätten ein Stipendium verdient, doch aufgrund der fehlenden staatlichen Unterstützung können ab Oktober nur zehn Suttner-Stipendiat*innen gefördert werden.





Der Koordinierungsrat säkularer Organisationen wird zum **Zentralrat der Konfessionsfreien**: Auf der außerordentlichen Ratsversammlung in Berlin beschließen die Delegierten des KORSO die Umbenennung in den Zentralrat der Konfessionsfreien, der sich zukünftig als Lobbyorganisation für die Rechte und Interessen konfessionsfreier Menschen in Deutschland in der Politik stark machen wird. Zum Vorstandssprecher wird **Philipp Möller** (gbs-Beirat) gewählt, als Verbandsratsvorsitzender fungiert **Rainer Rosenzweig** (Vorsitzender des ehemaligen KORSO).

11.-12.09.

19.09.

22.09.

Ein Sieg für die Streitkultur an deutschen Universitäten: Die gbs-Hochschulgruppe gewinnt eine Klage gegen den Allgemeinen Studierendenausschuss (AstA) an der Universität Mainz, der der studentischen Initiative – zuletzt wegen ihrer weltanschaulichen Grundierung – ihre Registrierung als Hochschulgruppe entzogen hatte. Damit ist gewährleistet, dass sich die humanistische Hochschulgruppe nun wieder gleichberechtigt mit anderen studentischen Gruppen am universitären Leben beteiligen kann. Das Verfahren wurde von der gbs und dem ifw unterstützt.



AUSSERDEM...

13.07.2021: In einem Online-Vortrag unter dem Titel „Gewalt im Namen der Götter?“ spricht der Soziologe und Migrationsforscher Ruud Koopmans (Humboldt-Universität Berlin) bei dem gbs-Landesverband Baden-Württemberg über die Zusammenhänge von religiösem Fundamentalismus und Gewalt.

14.07.2021: Unter dem Leitthema „Urban Future“ zeigt der internationale „Cradle to Cradle-Kongress“, dass sich Umweltschutz und Wirtschaftswachstum nicht ausschließen müssen, sondern bestens ergänzen können. Der Kongress, der erstmals als Hybridveranstaltung in drei Etappen (Freiburg, Mainz und Mönchengladbach) von der C2C NGO ausgerichtet wird, steht auch 2021 unter der Schirmherrschaft von Bundesumweltministerin Svenja Schulze und wird von der gbs unterstützt.

27.07.2021: Unter dem Motto „Wider den Gehorsam“ findet in der „Kulturbühne Hinterhalt“ eine Live-Stream-Veranstaltung mit dem Kabarettisten Max Uthoff und dem Musiker Konstantin Wecker statt. Organisiert wird die Veranstaltung von der „Demokratischen Schule München e.V.“ und dem Kulturverein Isar Loisach, u.a. unterstützt vom bfg München und der gbs.

14.08.2021: Unter dem Titel „Liebe statt Scharia“ diskutiert die Moderatorin Sina Vogt mit Mina Ahadi (ZdE), Amed Sherwan (LGBT-Aktivist) und Mohamed Nofal (Säkulare Flüchtlingshilfe) in Köln über den Islam, Emanzipation und sexuelle Selbstbestimmung. Die Veranstaltung wird vom Zentralrat der Ex-Muslime organisiert und von der gbs unterstützt.

28.08.2021: Die gbs Rhein-Neckar, die bereits 2019 den ersten Evolutionsweg in Leimen-Gauangelloch errichtet hatte, eröffnet einen weiteren Lehrpfad in Ottersheim. Damit gibt es mittlerweile schon 6 Lehrpfade, die auf dem Konzept der gbs Rhein-Neckar beruhen.

04.09.2021: Zusammenkunft im virtuellen Raum: Unter der Leitung der Koordinator*innen David Farago und Luisa Lenneper treffen sich die Vertreter der gbs-Regional- und Hochschulgruppen mit dem Vorstand, um die Agenda für das kommende Jahr abzustimmen.

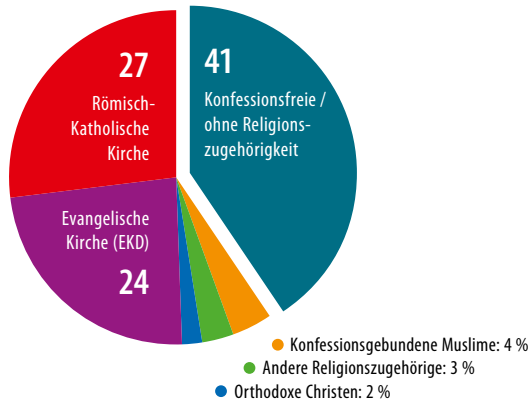
15.09.2021: Auf Einladung der „Karl Popper Foundation“ spricht Michael Schmidt-Salomon in Klagenfurt über das Thema „Ethik für alle – Wie die offene Gesellschaft Schule machen könnte“. Beim anschließenden Besuch des „Karl-Popper-Archivs“ werden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen der „Karl Popper Foundation“ und dem Hans-Albert-Institut erörtert.

18.09.2021: Stifterkreistreffen online: Der Vorstand und die Mitarbeiter der gbs informieren die Stifterkreismitglieder über die Aktivitäten der vorausgegangenen Monate und stellen die Pläne für das kommende Jahr vor.

Religionszugehörigkeiten in Deutschland

Stand 31.12.2020 (in Prozent)

fowid
Forschungsgruppe
Weltanschauungen
in Deutschland



Quellen:
DBK, EKD, REMID,
BAMF, Statistisches Bundesamt
sowie eigene Berechnungen



Zum Thema „**Zeit-Geist-Gehirn**“ veranstaltet das Institut für populärwissenschaftlichen Diskurs (Kortizes) im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg das große **Kortizes-Symposium**. Die Tagung, an der zahlreiche Experten aus Wissenschaft und Forschung teilnehmen und über Ergebnisse der Neurowissenschaft zum Zeiterleben referieren, wird in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Gehirn & Geist“, der Paracelsus-Privatuniversität und der gbs ausgerichtet.

23.09.

OKTOBER

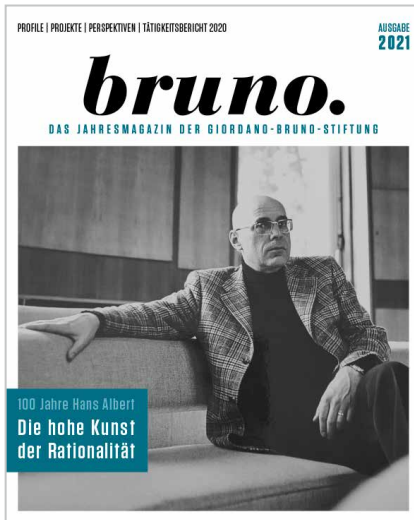
01.-03.10.

02.10.

Unter der Leitung des Sozialwissenschaftlers **Carsten Ferk** veröffentlicht fowid seine Statistik zur **Religionsverteilung** für das Jahr 2020. Laut Datenauswertung stellen die konfessionsfreien Menschen mit rund 41 Prozent den größten Bevölkerungsanteil in Deutschland vor den Katholiken (27 Prozent), den Protestanten (24 Prozent), den Mitgliedern sonstiger Religionsgemeinschaften (zwischen 4 und 5 Prozent) und den konfessionsgebundenen Muslimen (zwischen 3 und 4 Prozent). Die fowid-Statistik wird kurz darauf auch von der „Tagesschau“ aufgegriffen.

Die zehn **Preisträgerinnen und Preisträger** des Nachwuchswettbewerbs „Was ist rational?“, der bereits im Oktober 2020 von der BAG, dem HAI und der gbs ausgeschrieben wurde, werden im Rahmen des Kortizes-Symposiums in Nürnberg für ihre Beiträge ausgezeichnet. Pünktlich zur Preisverleihung wird auch der Sammelband „**Was ist rational?**“ vorgestellt, der die 14 besten Essays des Wettbewerbs enthält.





Die dritte Ausgabe des „bruno.“-Jahresmagazins erscheint in einer Auflage von 10.000 Exemplaren. Das Schwerpunktthema lautet „Die hohe Kunst der Rationalität“. Zu den weiteren Inhalten gehören u. a. ein Portrait der gbs- und ifw-Beirätin Ingrid Matthäus-Maier sowie Interviews mit den gbs-Beiräten Hamed Abdel-Samad und Jacques Tilly wie auch ein ausführlicher Tätigkeitsbericht 2020. Das Magazin kann auf der gbs-Website online gelesen oder als Printversion beim gbs-Stiftungssekretariat bestellt werden.

17.10.

19.10.



gbs-Geschäftsführerin Elke Held, HAI-Leiter Florian Chefai und gbs-Sprecher Michael Schmidt-Salomon erfahren bei einem Treffen mit **Ensaf Haidar** (Deschner-Preisträgerin 2016) und Rana Ahmad (Säkulare Flüchtlingshilfe), dass es weltweit kaum noch Unterstützung für den in Saudi-Arabien inhaftierten Menschenrechtsaktivisten **Raif Badawi** (Deschner-Preisträger 2016) gibt. Die gbs reagiert umgehend und nimmt Kontakt mit nationalen und internationalen Politiker*innen auf. Zudem stellt sie eine Stipendiums-Urkunde auf Raif Badawi aus, womit die Voraussetzungen für ein Visum gegeben wären, sofern Raif nach seiner Haftentlassung Saudi-Arabien verlassen darf.

AUSSERDEM...

25.09.2021: Beirat, Kuratorium und Vorstand kommen zum jährlichen Stiftungstreffen zusammen, um sich über die Aktivitäten der letzten 12 Monate sowie zukünftige Projekte auszutauschen. Auch in diesem Jahr findet die Veranstaltung rein virtuell statt.

01.10.2021: Sechs Frauen und vier Männer erhalten ab Oktober das Suttner-Stipendium. Zwei Jahre lang werden sie nun ideell gefördert und mit 300 Euro monatlich in ihren Studien unterstützt.

08.10.2021: Die Säkulare Flüchtlingshilfe, die 2017 mit Hilfe der gbs gegründet wurde, startet die Spendenaktion „999 Sponsoren“, um die Arbeit des Vereins weiter finanzieren zu können. Keinem anderen Verein ist es auch nur ansatzweise so gut gelungen, die notwendige Kritik an den autoritären, frauenfeindlichen, homophoben, antisemitischen Normen des politischen Islam mit einer echten „Willkommenskultur“ gegenüber Flüchtlingen zu verbinden.

20.10.2021: Vor genau 15 Jahren wurde der Humanistische Pressedienst (gbs) der Öffentlichkeit vorgestellt. Das seinerzeit von der gbs und dem HVD unter der Leitung von Carsten Frerk initiierte Presseportal hat sich schnell zum größten Portal für säkulare Themen im deutschsprachigen Raum entwickelt.

21.–23.10.2021: Im Rahmen der „Science Days“ 2021 im Europa-Park Rust bietet die gbs Karlsruhe Vorträge und Material rund um das Thema „Evolution“ an. Nachdem das Angebot in den vorausgegangenen Jahren insbesondere auf jüngere Kinder ausgerichtet war, spricht der Verein in diesem Jahr auch gezielt Jugendliche und junge Erwachsene an. Das Event wird von der gbs unterstützt.

25.10.2021: Das Buch „Deutschland in Coronazeiten“ von Nicola Walter und Gudrun Jaeger erscheint mit einem Gastbeitrag der Philosophen Florian Chefai (HAI-Direktorium) und Adriano Mannino (HAI-Beirat). Darin beschäftigen sie sich mit der Frage, welche Lehren wir aus der Krise ziehen sollten, um kommende Katastrophen abzuwenden.



„**Erinnerungen an Max Kruse**“: Zum 100. Geburtstag des Schriftstellers und Kinderbuchautors Max Kruse gedenkt die gbs ihres 2015 verstorbenen Beirats mit einem **25-minütigen Video**, in dem Michael Schmidt-Salomon an das Wirken des Urmel-Schöpfers erinnert. Das Video, das von Filmemacherin Ricarda Hinz im Auftrag der gbs visuell aufbereitet wurde, wird auf der „Max-Kruse-Tagung“ der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendliteratur gezeigt und ist weiterhin frei über den gbs-YouTube-Kanal verfügbar.

Unter dem Motto „Bildung und Künstliche Intelligenz“ beleuchtet der „**Stuttgarter Zukunftskongress**“ die technischen, pädagogischen, sozialen und ethischen Aspekte, die mit dem Einzug von KI in den Bildungsbereich einhergehen. Der Kongress, der von der Integrata-Stiftung für humane Nutzung der IT, dem Weltethos-Institut Tübingen, dem Ethikverband der Deutschen Wirtschaft und der gbs in Kooperation mit weiteren Organisationen ausgerichtet wird, findet 2021 aufgrund der Corona-Beschränkungen ausschließlich als Online-Veranstaltungsreihe (über mehrere Termine verteilt) statt.



Die gbs Düsseldorf zeigt den Dokumentarfilm „**I, Pastafari: A Flying Spaghetti Monster Story**“ von Michael Arthur im Stadtmuseum Düsseldorf. Im Anschluss findet ein Gespräch mit dem Autor und Medienunternehmer Niko Alm (Mitbegründer der gbs Österreich) statt, der neben „Bruder Spaghettus“ und dem Philosophen Daniel C. Dennett zu den Protagonisten des Films gehört. Die Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters Deutschland (KdFSMD) beruft sich u.a. auf den evolutionären Humanismus der Giordano-Bruno-Stiftung.



Vor 75 Jahren, am 6. Dezember 1946, wurde der renommierte Evolutionsbiologe und maßgebliche Begründer der Philosophie des evolutionären Humanismus **Julian Huxley** zum ersten Generaldirektor der UNESCO gewählt. Anlässlich dieses Jahrestags veröffentlicht die gbs zum ersten Mal in deutscher Übersetzung die wesentlichen Auszüge der Rede, in der Huxley 1946 das Programm der UNESCO skizzierte.

DEZEMBER

06.12.

13.12.

Erfolge trotz Corona: Wie der auf der gbs-Website veröffentlichte **Jahresrückblick** zeigt, hat sich die gbs auch im zweiten Jahr der Pandemie effektiv für Humanismus und Aufklärung einsetzen können. Als besondere **Highlights** stellt der gbs-Vorstand die Gründung des Zentralrats der Konfessionsfreien und des Bertha von Suttner-Studienwerks heraus sowie die aufsehenerregenden Kunstaktionen vor dem Kölner Dom, die dazu beigetragen haben, die gewaltigen Dimensionen des kirchlichen Missbrauchsskandals noch einmal ins öffentliche Bewusstsein zu rufen.



AUSSERDEM...

04.11.2021: Der Autor und Medienmacher Helmut Ortner (gbs-Beirat) stellt bei der gbs Karlsruhe sein neues Buch „Widerstreit: Über Macht, Wahn und Widerstand“ vor. Kurz darauf finden weitere Lesungen bei der gbs Hamburg, Stuttgart und Bodensee statt.

09.11.2021: Das von der Stiftung unterstützte „Great Ape Project Deutschland“ (Leitung: gbs-Beirat Colin Goldner) wendet sich gegen den geplanten Neubau einer Menschenaffenanlage im Zoo Krefeld. Dort war es in der Silvesternacht 2019/20 zu einer Katastrophe gekommen, als das Affenhaus niederbrannte und mehr als 50 Tiere starben, darunter ein Schimpanse, zwei Gorillas und fünf Orang-Utans.

14.11.2021: Unter dem Motto „Der Tod ist zu ernst, um ihn nicht mit Humor zu nehmen!“ spricht Michael Schmidt-Salomon mit Stifterkreismitglied Wolfgang Sellinger, dem Begründer des weltlichen Trauerportals, über die Entwicklung einer humanistischen Trauerkultur und über die besondere Rolle, die der Humor dabei spielen kann. Das Interview wird auf dem Portal des humanistischen Pressedienstes und der gbs-Website veröffentlicht.

22.11.2021: Die gbs-Hochschulgruppe Münster organisiert eine Veranstaltung mit Betroffenen zum Thema „Atheismus als Asylgrund?“ und fragt nach, was es bedeutet, wenn einen die Weltanschauung in Lebensgefahr bringt. Die Veranstaltung findet im Fürstenberghaus in Münster statt.

22.11.2021: In Köln diskutiert DuMont-Chefkorrespondent Joachim Frank u.a. mit Aiman Mazyk (Zentralrat der Muslime) und Philipp Möller (Zentralrat der Konfessionsfreien) über die aktuelle Debatte „Wenn der Muezzin ruft... Freiheit der Religion oder falsch verstandene Toleranz?“ Die Diskussion findet in der Talk-Reihe „frank & frei“ des „Kölner Stadt-Anzeiger“ statt.

02.12.2021: Sollen geimpfte Patienten bei möglichen Triage-Entscheidungen ungeimpften vorgezogen werden? Florian Chefai, wissenschaftlicher Koordinator des HAI, legt im „Philosophie Magazin“ (philomag.de) dar, warum vor allem rechtsphilosophische Überlegungen dagegensprechen.

07.12.2021: In der Filmdokumentation „kreuz und quer – Ich glaub, ich glaub nicht mehr“ (ORF 2) werden u.a. Philipp Möller, Sprecher des Zentralrats der Konfessionsfreien in Deutschland, und der LGBT-Aktivist Ahmed Sherwan über ihre Gründe gefragt, warum sie nicht an Gott glauben.

24.12.2021: Pünktlich zum Weihnachtsfest gibt es ein Streitgespräch zwischen Margot Käßmann (EKD) und Michael Schmidt-Salomon (gbs). In der Wochenzeitung „Der Freitag“ diskutieren sie darüber, ob der Staat religiöse Gemeinschaften in der Pandemie privilegieren darf oder nicht.

Finanzen und Vermögen

WOFÜR DIE GBS IHRE MITTEL 2021 EINGESETZT HAT

Einnahmen & Ausgaben 2021

Die Stiftung nahm im vorliegenden Geschäftsjahr insgesamt 474.737,01 € ein. Davon entfielen **468.688,64 €** (98,73 Prozent) auf Spendengelder, 6.048,37 € (1,27 Prozent) gingen auf Kapitalerträge und Mieteinnahmen sowie auf Erlöse aus Bucheinnahmen und Tantiemen zurück.

Die **Einnahmen** aus Spendengeldern verteilten sich 2021 wie folgt: Gut drei Viertel der Zuwendungen kamen vom **Stifterkreis** (200.540,00 €, Vorjahr: 182.210,00 €) und **gbs-Förderkreis** (163.046,14 €, Vorjahr: 150.356,02 €). Beide Gruppen spendeten zusammen rund 31.000 € mehr als im Vorjahr. Auch die **allgemeinen (externen) Spenden** stiegen mit 76.035,00 € im Vergleich zum Vorjahr (66.383,80 €) nochmals leicht an, nachdem sie schon 2020 deutlich höher ausgefallen waren als in den Jahren zuvor. Dagegen manifestierte sich bei den zweckgebundenen Spenden ein gegenläufiger Trend: Hier lagen die Einnahmen mit 14.067,50 € deutlich unter denen des Vorjahres (37.375,89 €), nachdem sie schon 2020 wesentlich geringer waren als im Jahr zuvor. Diese Umverteilung ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die gbs in den Corona-Jahren keine größere projektbezogene Spendenkampagne gestartet hat. Umso erfreulicher ist es, dass die Einnahmen aus allgemeinen Spenden neben den Einnahmen aus dem Stifter- und Förderkreis die rückläufigen zweckgebundenen Zuwendungen mehr als ausgleichen konnten, ein Zeichen dafür, dass die Stiftungsaktivität

ten insgesamt auf viel Zuspruch trafen. Außerdem stellte die **Julian-Huxley-Stiftung** noch 15.000 € für die Arbeit des Instituts für Weltanschauungsrecht (ifw) bereit.

Der größte Teil der **Ausgaben** (244.195,20 €) entfiel auf die **Finanzierung von Projekten**. Davon wurden 41.386,66 € für die Arbeit des „Instituts für Weltanschauungsrecht“ (ifw) eingesetzt, das auch 2021 zahlreiche Rechtsverfahren betreute und den zweiten Band der ifw-Schriftenreihe herausgab. 31.732,00 € brachte die gbs für ihr Projekt „Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland“ (fowid) auf, davon stellte die Stiftung allein 10.000,00 € für die Studie „Islam und Islamismus“ zur Verfügung, die sie gemeinsam mit der „Alice Schwarzer Stiftung“ und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchführte. Zudem unterstützte die gbs die Arbeit der Ex-Muslime und der „Säkularen Flüchtlingshilfe“ mit einem Betrag in Höhe von 24.647,99 €. 24.000,00 € kamen dem 2021 gegründeten Zentralrat der Konfessionsfreien zugute. Zu den weiteren Kosten zählten die Aufwendungen für die medial vielbeachteten gbs-Kunstaktionen (u.a. auf der Kölner Domplatte anlässlich der Veröffentlichung der Missbrauchsstudie in Köln) in Höhe von 22.463,01 € sowie die Aufwendungen für das Hans-Albert-Institut (19.053,43 €) und das „Great Ape Project“ (16.456,00 €).

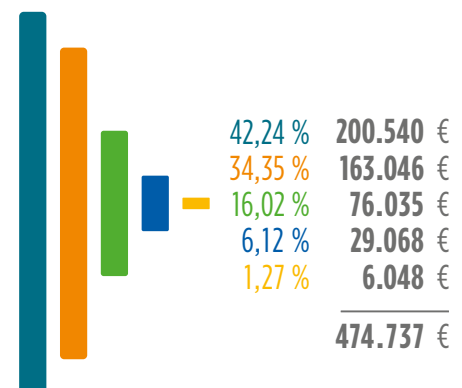
Desweiteren schlugen die Kosten für den Humanistischen Pressedienst, die gbs-Filmprojekte und das Bildungsprojekt „Evolution

in der Grundschule“ (Evokids) mit insgesamt 14.965,81 € zu Buche. 14.400,00 € gab die gbs für das in Deutschland angesiedelte Projekt „Menschenrechte in Nordkorea“ aus. Weiterhin unterstützte die Stiftung das 2021 gemeinsam mit dem HVD Berlin, der HAD und der BAG Humanistischer Studierender ins Leben gerufene Bertha von Suttner-Studienwerk mit 9.761,76 € sowie das Aufklärungs- und Bildungsprojekt „Cradle to Cradle - für einen intelligenten Stoffwechsel mit der Natur“ mit 8.000,00 €. Weitere Aufklärungsprojekte (u.a. die gbs-Regionalgruppen) wurden mit insgesamt 7.856,00 € gefördert. Außerdem setzte die Stiftung 5.672,54 € für die Verbreitung ihrer Inhalte im englischsprachigen Raum, die Verteidigung digitaler Grundrechte und das Recht auf selbstbestimmtes Sterben ein. Die übrigen Gelder in Höhe von 3.800,00 € stellte sie für sonstige Projekte (u.a. für das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und die „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung“) zur Verfügung.

Für den Bereich **„Veranstaltungen / Öffentlichkeitsarbeit“** gab die gbs insgesamt 120.469,08 € aus. Davon nahm die Stiftung 36.621,59 € für Broschüren und Informationsmaterialien in die Hand, 21.600,66 € wurden für Fotorechte und Journalismus eingesetzt. 18.943,95 € flossen in die Finanzierung von Symposien und digitalen Veranstaltungsreihen, die die gbs - wie bereits im Jahr zuvor - insbesondere mit dem Institut für populärwissenschaftlichen Diskurs (Kortizes) und dem Düsseldorfer Aufklärungsdienst (DA!) ausrichtete, sowie in Netzwerk-

EINNAHMEN 2021

SPENDEN STIFTERKREIS
SPENDEN FÖRDERKREIS
SPENDEN ALLGEMEIN
ZWECKGEBUNDENE SPENDEN
SONSTIGE ERLÖSE



Alle Zahlen gerundet.

EINNAHMEN: Zweckgebundene Spenden inkl. Julian-Huxley-Stiftung

AUSGABEN: lediglich 23,8 Prozent der Personalkosten entfielen auf Verwaltungstätigkeiten; dies entspricht 7,9 Prozent der Gesamtausgaben

treffen im Stiftungshaus. Zu den weiteren Kosten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zählten die Aufwendungen für die wissenschaftliche Mitarbeit (16.984,00 €) und die eingesetzten Gelder für Websites, Server und Telekommunikation in Höhe von 14.398,10 €. Für die Verwaltung und Pflege des Medienarchivs wurden 7.120,00 € bereitgestellt, das erforderliche Porto für den Materialversand betrug 4.800,78 €. Insgesamt lagen die Ausgaben für den Bereich „Veranstaltungen / Öffentlichkeitsarbeit“ deutlich niedriger als in den Jahren zuvor, was vor allem auf die coronabedingt ausgefallenen Events und Veranstaltungen (insbesondere im Stiftungshaus) zurückzuführen ist.

Darüber hinaus mussten noch **Personalkosten** in Höhe von 234.310,77 € finanziert werden, die aufgrund einer weiteren Verstärkung des Mitarbeiterteams im Bereich „Film- und Projektmanagement“ nochmals höher ausfielen als im Jahr zuvor (186.355,97 €). Dabei wurde auch im vorliegenden Haushaltsjahr ein Großteil der Personalkosten für die unmittelbare Erfüllung der Stiftungsziele aufgewendet, lediglich 23,8 Prozent der **Lohnkosten** (dies entspricht **7,9 Prozent der Gesamtausgaben**) entfielen auf Verwaltungsarbeiten. Außerdem finanzierte die gbs freie (nicht projektgebundene) **Stipendien** in Höhe von 35.800,00 €. Zudem berücksichtigt werden mussten noch Kosten für die Unterhaltung des Stiftungssitzes „Haus Weitblick“ (Grundkosten, Instandhaltung, Neuananschaffungen sowie Zinsaufwendungen) von insgesamt 39.034,15 €. Zuletzt fielen noch „**Sonstige Kosten**“ in Höhe von 35.041,80 €

an. Unter diesem Posten wurden folgende Ausgaben subsumiert: Ausgaben für Informationstechnologie (Hard- und Software, Installation und Beratung) in Höhe von 14.050,21 €, Kosten für Rechtsberatung und Lohnbuchhaltung in Höhe von 4.001,24 €, Kostenerstattungen für Aktive und Mitarbeiter in Höhe von 4.675,15 € sowie Kosten für sonstige Aufwendungen (u.a. Literatur, Bürobedarf, Geldverkehr, Versicherungen) von insgesamt 12.315,20 €.

Mit **Ausgaben von 708.851,00 €** hatte die Stiftung 234.113,99 € mehr an Kosten zu bewältigen, als ihr an **Einnahmen (474.737,01 €)** zur Verfügung standen. Abzüglich Rücklagen in Höhe von 232,87 € ergab sich insgesamt eine **Differenz von 233.881,12 €**, welche durch eine entsprechende Entnahme aus dem Verbrauchsvermögen ausgeglichen werden konnte. Im Vergleich zum Vorjahr fielen die Mehrkosten für den Haushalt und die dadurch bedingte Entnahme aus dem Verbrauchsvermögen höher aus, was im Wesentlichen auf die Finanzierung neuer Projekte wie dem Zentralrat der Konfessionsfreien und dem Bertha von Suttner-Studienwerk zurückgeht, die 2021 auf den Weg gebracht wurden.

Vermögen 2021

Die gbs gehört zu den **ersten Hybridstiftungen** in Deutschland und verbindet die Vorteile der Ewigkeitsstiftung mit denen der Verbrauchsstiftung. So verfügt sie neben dem **unantastbaren Stiftungskapital** über ein **Verbrauchsvermögen**, das sie zur Erfüllung

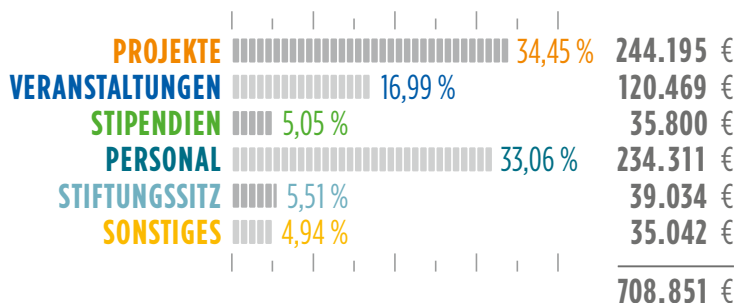
ihrer Stiftungszwecke antasten darf, aber nicht muss. Das **dauerhaft zu erhaltende Stiftungskapital** betrug zum Jahresende **1.122.222,00 €** (Vergleich 2020: 1.112.722,00 €) und erhöhte sich somit um 9.500,00 €. Der Zuwachs ging auf die Ablösung von Verbindlichkeiten für das Haus Weitblick (4.500,00 €) sowie auf eine Zustiftung in das feste Stiftungskapital (5.000,00 €) zurück.

Zustiftungen in das **Verbrauchsvermögen** erhielt die gbs in Höhe von 585.000,00 €. Entnommen aus dem Verbrauchsvermögen wurden 240.753,42 € (abzüglich Rücklagen und einschließlich Verwahrentgelt), um das Haushaltsdefizit auszugleichen. Damit betrug das Verbrauchsvermögen zum 31.12.2021 insgesamt **3.768.416,06 €** (Vergleich 2020: 3.424.169,48 €). Das **Gesamtvermögen** der Stiftung (Geldvermögen, Immobilien, Grundstücke, Forderungen – abzüglich der Verbindlichkeiten) belief sich zum Jahresabschluss auf **4.890.638,06 €** (Vergleich 2020: 4.537.124,35 €). Somit erhöhte sich das Stiftungsvermögen 2021 um 353.513,71 €.

Zusammengefasst handelt es sich um eine erfreuliche Entwicklung der Stiftungsfinanzen 2021. Mit einer Zustiftung in das Verbrauchsvermögen in Höhe von 585.000,00 € und einem Spendenaufkommen, das leicht über den Zuwendungen des Vorjahrs lag, hat die Stiftung auch das zweite Corona-Jahr gut überstanden.

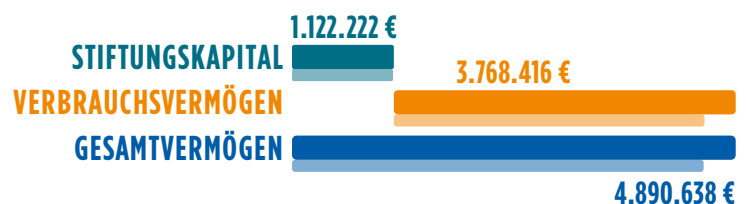
Wir danken allen Spendern herzlich für ihre Unterstützung!

AUSGABEN 2021



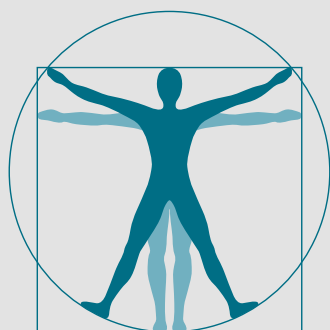
VERMÖGEN 2021

MIT VORJAHRESVERGLEICH



Der Aufbau der Stiftung

WER WIR SIND UND WAS WIR TUN



STIFTUNG

Die Giordano-Bruno-Stiftung (gbs) ist eine Denkfabrik für Humanismus und Aufklärung, der sich zahlreiche renommierte Wissenschaftler*innen, Philosoph*innen und Künstler*innen angeschlossen haben. Sie wurde am 15. April 2004 als gemeinnützige und rechtsfähige „öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts“ anerkannt. Spenden an die gbs können steuerlich geltend gemacht werden.

LEITBILD

Die Giordano-Bruno-Stiftung vertritt die Position des „Evolutionären Humanismus“ und setzt sich für die Werte der Aufklärung ein – für kritische Rationalität, Selbstbestimmung, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Allerdings begreift sie den Menschen nicht als „Krone der Schöpfung“, sondern als unbeabsichtigtes Produkt der natürlichen Evolution, was sich in einem verantwortungsvolleren Umgang mit der nichtmenschlichen Tierwelt niederschlagen sollte.



NAME

Die Stiftung ist benannt nach dem Naturphilosophen Giordano Bruno, der im Jahr 1600 nach sieben finsternen Kerkerjahren auf dem Scheiterhaufen der „Heiligen Inquisition“ verbrannt wurde, da er das kirchenamtlich vorgegebene Weltbild in einer bis dahin unerreichten Schärfe verworfen und das Dogma der Sonderstellung von Menschheit und Erde im Kosmos durch seine Theorie des „unendlichen Universums“ und der „Vielheit der Welten“ radikal infrage gestellt hatte.

PROJEKTE

Aus der Giordano-Bruno-Stiftung sind u. a. die Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid), der Humanistische Pressedienst (hpd), das Evokids-Projekt, das Institut für Weltanschauungsrecht (ifw) und das Hans-Albert-Institut (HAI) hervorgegangen. Sie war maßgeblich an der Entstehung der internationalen Bewegung der Ex-Muslime beteiligt, sorgte für eine Wiederbelebung des „Great Ape Project“ (GAP) und mischt sich immer wieder mit gezielten Kampagnen in die öffentliche Debatte ein.

2022	Zentralrat der Konfessionsfreien
2021	Bertha von Suttner-Studienwerk
2020	Hans-Albert-Institut (HAI)
2019	Buskampagne 2.0 („Abschied von der Kirchenrepublik“)
2018	Saram-Stiftung für Menschenrechte in Nordkorea
2017	Institut für Weltanschauungsrecht (ifw)
2016	Säkulare Flüchtlingshilfe
2014	Kampagne für das Recht auf Letzte Hilfe
2013	Evokids-Projekt
2012	Kinderrechtskampagne gegen Zwangsbeschneidungen
2011	Great Ape Project (GAP)
2009	Säkulare Buskampagne („Gottlos glücklich“)
2007	Zentralrat der Ex-Muslime
2006	Humanistischer Pressedienst (hpd)
2005	Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid)

VORSTAND

Dem Vorstand der Giordano-Bruno-Stiftung gehören der ehemalige Unternehmer Herbert Steffen und der Philosoph Michael Schmidt-Salomon an, welche die gbs 2004 gegründet haben.



GESCHÄFTSFÜHRUNG

Geschäftsführerin der gbs ist die Psychologin Elke Held (l.), für die Finanzen und das Sekretariat zeichnet Judith Liesenfeld (r.) verantwortlich.



KURATORIUM

Das Kuratorium der Stiftung hat die Aufgabe, die Arbeit des Vorstands zu kontrollieren und zu unterstützen. Vorsitzender des Kuratoriums ist der Biologe und Patentanwalt Dr. Thorsten Barnickel (1), den stellvertretenden Kuratoriumsvorsitz hat die Juristin Dr. Jacqueline Neumann (2) inne. Zu den weiteren Kuratoriumsmitgliedern zählen die ehemalige Unternehmerin Assunta Tammello (3), der Wahrnehmungspsychologe Dr. Rainer Rosenzweig (4), die Philosophin Prof. Dr. Ulla Wessels (5) und der Mediziner und Manager Dr. Christian Pawlu (6).



BEIRAT

Dem Stiftungsbeirat gehören rund 60 renommierte Persönlichkeiten aus der Politik, der Wissenschaft, Philosophie und Kunst an, die sich in vielen Fällen sehr aktiv in die Stiftungsarbeit einbringen. Einmal im Jahr findet im „Haus Weitblick“ das große Treffen der Stiftungsgremien statt, zu dem die Mehrheit der Beirätinnen und Beiräte regelmäßig anreist.



STIFTERKREIS

Die rund 40 Mitglieder des Stifterkreises spenden der gbs jeweils mindestens 5.000 Euro jährlich oder haben eine nennenswerte Zustiftung in das Vermögen der Stiftung getätigt.

Wie der Stiftungsbeirat wird auch der Stifterkreis einmal jährlich ins „Haus Weitblick“ eingeladen, um über vergangene wie künftige Aktivitäten der Stiftung zu diskutieren.



FÖRDERKREIS

Dem gbs-Förderkreis gehören rund 11.000 Personen an, welche die Arbeit der Stiftung ideell und/oder finanziell unterstützen. Für den Kreis der Freunde und Förderer der gbs wird kein festgelegter Mitgliedsbeitrag erhoben. Jeder bzw. jede Einzelne kann für sich selbst entscheiden, ob und wenn ja, mit welcher Summe er oder sie die Stiftungsarbeit unterstützen möchte.

REGIONALGRUPPEN

Aus dem gbs-Förderkreis sind etwa 50 Regionalgruppen der Stiftung hervorgegangen, die vor Ort wertvolle Aufklärungsarbeit leisten. Einige Gruppen sind sehr aktiv und führen Jahr für Jahr zahlreiche Veranstaltungen und Kampagnen durch, andere treffen sich nur gelegentlich zu Stammtischen. Die Stiftung lässt den Gruppen nach dem „Graswurzelprinzip“ weitgehend freie Hand in der Gestaltung ihrer Arbeit. Einmal im Jahr treffen sich die Regionalgruppensprecher am gbs-Stiftungssitz, um ihre Erfahrungen auszutauschen.



HOCHSCHULGRUPPEN

An einigen Universitäten des Landes haben sich gbs-Hochschulgruppen gebildet. Auch hier gibt es aktive und weniger aktive Gruppen. Aufgrund der starken personellen Fluktuation (Wechsel des Studienortes, Verlassen der Hochschule nach dem Abschluss) ist die kontinuierliche Arbeit an den Universitäten schwierig. Dennoch zählt die Nachwuchsförderung zu den dringendsten Aufgaben der Stiftung, auf die sich die gbs künftig noch stärker konzentrieren wird. Mittlerweile haben Studentenvertreter*innen eine zentrale Website der gbs-Hochschulgruppen aufgebaut, die alle wesentlichen Informationen rund um die Hochschulgruppen bereitstellt, siehe unter:

www.gbs-hochschulgruppen.de

Die Stiftung

VORSTAND:

Herbert Steffen, Dr. Dr. h. c. Michael Schmidt-Salomon

KURATORIUM:

Dr. Thorsten Barnickel, Dr. Jacqueline Neumann,
Dr. Christian Pawlu, Dr. Rainer Rosenzweig, Assunta Tammelleo,
Prof. Dr. Ulla Wessels

BEIRAT:

Hamed Abdel-Samad, Islam- und Nahostexperte; Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Albert, Wissenschaftstheoretiker; Andreas Altmann, Schriftsteller; Prof. Dr. Christoph Antweiler, Ethnologe; Prof. Dr. Tanja Gabriele Baudson, Psychologin, Begabungsforscherin; Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Birnbacher, Philosoph; Dr. Philipp Blom, Historiker, Autor; Prof. Dr. Michael Braungart, Verfahrenstechniker, Chemiker; Prof. Dr. Martin Brüne, Neurologe, Psychiater; Dr. Gerhard Czermak, Jurist, Autor; Helmut Debelius, Meeresforscher, Autor; Karen Duve, Schriftstellerin; Prof. Dr. Theodor Ebert, Philosoph, Philosophiehistoriker; Dr. Carsten Frerk, Politologe, Autor; Dr. Colin Goldner, Psychologe, Sachbuchautor; Prof. Dr. Dittmar Graf, Evolutionsbiologe, Biologiedidaktiker; Dr. Natalie Grams-Nobmann, Ärztin, Autorin; Dr. Monika Griefahn, Politikerin, Soziologin; Gerhard Haderer, Karikaturist, Zeichner, Autor; Prof. Dr. Rolf Dietrich Herzberg, Jurist; Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Jurist, Rechtsphilosoph; Ricarda Hinz, Dokumentarfilmerin; Janosch, Autor, Zeichner; Dr. Mathias Jung, Gestalttherapeut, Philosoph; Wolfram Kastner, Aktionskünstler; Prof. Dr. Günter Kehrer, Religionssoziologe; Ralf König, Comic-Zeichner, Autor; Heinz-Werner Kubitzka, Religionswissenschaftler, Autor; Dr. Martin Mahner, Biologe, Wissenschaftstheoretiker; Robert Maier, ehem. Politikberater, Mathematiker; Prof. Dr. Horst Marschall, Geowissenschaftler; Ingrid Matthäus-Maier, Politikerin, Juristin; Prof. Dr. Reinhard Merkel, Jurist, Rechtsphilosoph; Prof. Dr. Thomas Metzinger, Kognitionswissenschaftler, Philosoph; Prof. Dr. Axel Meyer, Evolutionsbiologe, Zoologe; Ludwig A. Minelli, Rechtsanwalt, Journalist, Dignitas-Gründer; Philipp Möller, Pädagoge, Autor; Dr. Jürgen Neffe, Autor, Biochemiker; Dr. Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin, Historikerin; Prof. Dr. Rolf Oerter, Entwicklungspsychologe; Helmut Ortner, Journalist, Medienentwickler, Publizist; Udo Pollmer, Lebensmittelchemiker, Wissenschaftsjournalist; Prof. Dr. Holm Putzke, Jurist; Gerhard Rampp, Ethiklehrer, 1. Vorsitzender des bfg Augsburg; Prof. Helke Sander, Filmemacherin, Autorin; Prof. Dr. Hermann Josef Schmidt, Philosoph; Prof. Dr. Bettina Schöne-Seifert, Medizinethikerin; Rolf Schwanitz, Diplom-Jurist, Diplom-Ingenieur-Ökonom, Staatsminister a. D., Parlamentarischer Staatssekretär a. D.; Prof. Dr. Volker Sommer, Anthropologe, Primatologe; Prof. Dr. Beda M. Stadler, Immunologie; Wolf Steinberger, Unternehmer und langjähriger Vorsitzender des bfg München; Prof. Dr. Gerhard Streminger, Philosoph; Jacques Tilly, Bild-

hauer, Kommunikationsdesigner; Rüdiger Vaas, Wissenschaftsjournalist; Esther Vilar, Schriftstellerin; Prof. Dr. Eckart Voland, Soziobiologe, Biophilosoph; Prof. Dr. Dr. Gerhard Vollmer, Physiker, Philosoph; Dr. Bernd Vowinkel, Physiker; Lilly Walden, Schauspielerin; Prof. Dr. Barbro Walker, Erziehungswissenschaftlerin; Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Walter, Physiker, Astronaut; Helmut Walthert, Redakteur, 2. Vorsitzender der Gesellschaft für kritische Philosophie; Prof. Dr. Isabell Welpke, Ökonomin; Prof. Dr. Franz Josef Wetz, Philosoph

STIFTERKREIS:

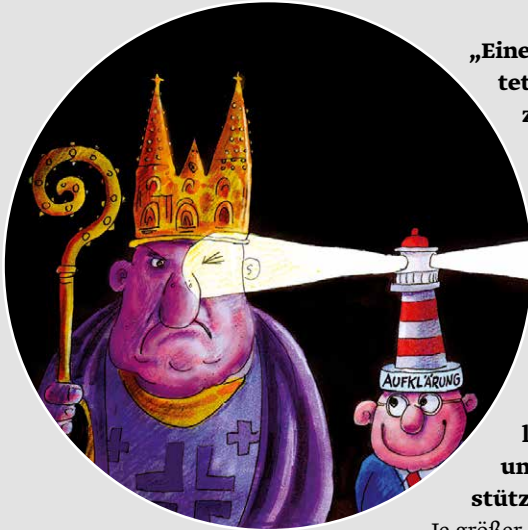
u. a. Joachim Affeldt, Dr. Carsten Baade, Dr. Thorsten Barnickel, Dr. Volker Baumgartner, Hertha Beuschel-Menze, Dr. Gerhard Czermak, Helmut Debelius, Matthias Druba, Dr. Gunter Dunkel, Heidi Dunkel, Prof. Dr. Dr. Olaf Gierhake, Dr. Daniel Heinrich, Emil Hierhold, Bernhard Hoëcker, Henrik Hollstegge, Dr. Heiner Holtkötter, Achim Horn, Philipp Horstmann, Michael Hueske, Dr. Jörg Hutter, Gerhard Joermann, Dr. Christian Julius, Dr. Mathias Jung, Erwin Kaliski, Werner Koch, Dr. Holger Kühn, Karl-Otto Layer, Wolfgang Mahnfitz, Robert Maier, Robert Matthäus Maier, Frohmüt Menze, André Mindermann, Reinhard Nattkamp, Anton Niederberger, Monika Niederberger, Dr. Christian Pawlu, Dr. Jürgen Pelka, Gerhard Rampp, Thomas Salzberger, Helga Schalk, Werner Schmid, Dr. Achim Schuhen, Ingrid Sellinger, Wolfgang Sellinger, Helmut M. Selzer, Michael Sieger, Peter Spiekermann, Prof. Dr. Jürgen Sprekels, Wolf Steinberger, Dr. Theis Stüven, Dr. Thomas Weidenbeck, Dr. Ernst Wehreter, Dr. Michael Wieder, Julian-Huxley-Stiftung, Stiftung zur Förderung der Civil-Courage

FÖRDERKREIS · REGIONAL- & HOCHSCHULGRUPPEN:

Dem Förderkreis gehören derzeit über 11.000 Personen aus mehr als 40 Ländern an. Zum Umfeld der Stiftung zählen auch die rund 50 Regional- und Hochschulgruppen der gbs, die im Jahr mehr als 100 Veranstaltungen organisieren.

Aufklärer*in werden

WIE SIE UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN



„Eine Menschheit, die das Atom spaltet und über Satelliten kommuniziert, sollte die dafür erforderliche intellektuelle Reife besitzen“, heißt es im „Manifest des evolutionären Humanismus“. Wir aber verhalten uns „wie Fünfjährige, denen die Verantwortung über einen Jumbojet übertragen wurde“. Die Giordano-Bruno-Stiftung möchte diesem Problem effektiv entgegenreten und sucht dafür weitere Unterstützer*innen.

Je größer die technischen Möglichkeiten einer Zivilisation sind, desto größer ist auch ihr Selbstzerstörungspotential. Deshalb vertritt die gbs den Standpunkt, dass wir an die grundlegenden Fragen der Politik, der Religion und der Weltanschauung mit dem gleichen Maß an Rationalität herangehen sollten, welches wir an den Tag legen, wenn wir Häuser, Autos oder Smartphones konstruieren. Davon sind wir national wie international noch immer weit entfernt.

Welchen Beitrag kann die Giordano-Bruno-Stiftung leisten? Was unterscheidet sie von anderen Organisationen?

Die globalen Probleme, die wir heute zu bewältigen haben, u. a. Bevölkerungswachstum, ökologische Zerstörung, mangelhafte Bildungssysteme, soziale Ungerechtigkeit, religiöser Fundamentalismus und nationaler Chauvinismus, sind hochgradig miteinander verzahnt. Deshalb sollten unsere Lösungsansätze ebenfalls systematisch miteinander verbunden sein. Das Leitbild des evolutionären Humanismus, das der Evolutionsbiologe Julian Huxley ursprünglich für die UNESCO geschaffen hat und das wir in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt haben, bietet einen sinnvollen Orientierungsrahmen für eine umfassende Lösungsstrategie der globalen Probleme.

Im Unterschied zu anderen Organisationen, die sich auf ganz spezifische Themen konzentrieren, etwa auf die Durchsetzung der Menschenrechte oder des Umweltschutzes, fokussieren wir die Zusammenhänge, weshalb wir neue Ansätze wie „Cradle to Cradle“ (C2C) unterstützen, die den Menschen nicht nur als notorischen Umweltschädling, sondern als potentiellen Nützlichling begreifen, der sehr wohl auch einen positiven ökologischen Fußabdruck in dieser Welt bewirken kann. Wir können den nachkommenden Generationen durchaus Besseres hinterlassen als bloß unsere Müllberge.

Durch ihren breiteren, evolutionär-humanistischen Denkansatz ist die gbs Ansprechpartnerin für viele unterschiedliche Ein-Themen-Organisationen und -Bewegungen geworden, deren Anliegen die Stiftung kritisch überprüft und gegebenenfalls mit gezielten Kampagnen in die öffentliche Debatte einbringt (Beispiele: Sterbehilfe-Verbände, Heimkinder-Bewegung, Tierrechts-Initiativen usw.).





Regional- und Hochschulgruppentreffen 2022 am Stiftungssitz

Warum sollte man die Giordano-Bruno-Stiftung unterstützen?

Die Förderung der gbs ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Die bisherige Geschichte der Stiftung hat gezeigt, dass man auch mit bescheidenen Mitteln große Wirkung erzielen kann. Man stelle sich einmal vor, was die gbs alles erreichen könnte, wenn ihr auch nur ein Bruchteil des Vermögens der milliardenschweren deutschen Kirchen zur Verfügung stünde ...

Aufgrund der begrenzten Mittel war der Wirkungskreis der Giordano-Bruno-Stiftung bislang weitgehend auf Deutschland bzw. den deutschsprachigen Raum begrenzt - mit einer großen Ausnahme, nämlich der Gründung des Zentralrats der Ex-Muslime (ZdE), der eine breite internationale Bewegung auslöste, deren globale Wirkung man nicht unterschätzen sollte.



Wir können den nachkommenden Generationen Besseres hinterlassen als bloß unsere Müllberge

Künftig will die Stiftung einen noch größeren gesellschaftlichen Impact sowohl im nationalen wie auch im internationalen Rahmen erzielen, aber dafür ist es unerlässlich, dass weitere Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden werden.



Wie kann man die Giordano-Bruno-Stiftung unterstützen?

Sie können uns in vielfältiger Weise fördern. Hier einige Möglichkeiten:

1. Abonnieren Sie über die gbs-Website unseren kostenfreien Newsletter und besuchen Sie unsere Veranstaltungen. Wenn Sie Bekannte haben, die sich für unsere Anliegen interessieren könnten, sprechen Sie bitte mit ihnen über unsere Ziele. Hierzu können Sie die Broschüren der Stiftung auch in größerer Stückzahl kostenlos anfordern und weitergeben.

2. Werden Sie Mitglied im Förderkreis der Giordano-Bruno-Stiftung. Dies ist mit keinen finanziellen Verpflichtungen verbunden. Sie können selbst einschätzen, ob und wie viel Sie der gbs spenden wollen. Das Aufnahmeformular finden Sie auf der gbs-Website. Alternativ können Sie sich das Aufnahmeformular (zusammen mit einem Infopakete) vom gbs-Stiftungssekretariat per Post zuschicken lassen.

3. Als Förderkreis-Mitglied können Sie im Internen Forum der gbs mitdiskutieren oder vor Ort in einer unserer Regional- oder Hochschulgruppen mitwirken. Falls Sie selbst in Ihrer Region eine Gruppe aufbauen möchten, wenden Sie sich bitte an unsere Regionalgruppenvertreter*innen. Die Sprecher*innen der einzelnen Regionalgruppen kommen einmal im Jahr am Stiftungssitz zusammen, um über vergangene und künftige Aktivitäten der Stiftung zu diskutieren.

4. Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende. Die Giordano-Bruno-Stiftung ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden können bei der Steuererklärung geltend gemacht werden. (Ab einer Jahresspende von 200 Euro stellt die gbs Ihnen automatisch eine Spendenquittung aus. Bei geringeren Spenden reicht dem Finanzamt ein Kontobeleg.) Die Daten des gbs-Spendenkontos lauten: Kreissparkasse Rhein-Hunsrück (IBAN: DE40 5605 1790 0002 2222 22, BIC: MALADE51SIM). Über die gbs-Website können Sie ganz bequem auch online spenden (in diesem Fall wird Ihre Spende über das Spendenportal betterplace.org abgewickelt).

Kann man Mitstifter*in der Giordano-Bruno-Stiftung werden?

Ja. Wer sich bereiterklärt, der gbs jährlich einen Betrag von mindestens 5.000 Euro zu spenden, wird in den gbs-Stifterkreis aufgenommen und einmal pro Jahr zu einem Treffen am gbs-Stiftungssitz „Haus Weitblick“ eingeladen. Ebenfalls Mitglied des Stifterkreises wird, wer der gbs eine Schenkung (Zustiftung ins Stiftungsvermögen) von mindestens 50.000 Euro zukommen lässt oder in einem notariellen Vertrag zusichert, ihr im Falle des eigenen Todes Vermögenswerte in dieser Höhe zukommen zu lassen.

In der Vergangenheit hat die Giordano-Bruno-Stiftung bereits mehrere unerwartete Erbschaften erhalten, die u. a. zur Aufstockung des Stiftungsvermögens beigetragen haben. Über das Vertrauen der Erblasser*innen haben wir uns sehr gefreut. Falls Sie erwägen sollten, die gbs in Ihrem Testament zu bedenken, wäre es schön, wenn Sie Kontakt mit uns aufnehmen würden. Gerne sprechen wir mit Ihnen über mögliche Förderschwerpunkte und wie diese ggf. umgesetzt werden können.

Fragen zum Thema „Spenden, Zustiftungen, Erbschaften“ beantwortet unsere Broschüre „Spuren hinterlassen: Dem Humanismus Zukunft schenken“. Sie steht zum Download auf der gbs-Website bereit (Rubrik „Aufklärer*in werden“), kann aber auch als Printversion kostenfrei beim gbs-Sekretariat bestellt werden (siehe Stiftungsadressen auf Seite 80).



Man stelle sich vor, was die gbs erreichen könnte, wenn ihr auch nur ein Bruchteil des Vermögens der milliardenschweren deutschen Kirchen zur Verfügung stünde.

Der Stiftungssitz



„Nur die Idee, die ‚Fleisch wird‘, kann einen Einfluss auf den Menschen ausüben; die Idee, die ein Wort bleibt, kann nur Worte ändern“, meinte der humanistische Sozialpsychologe Erich Fromm. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die gbs nicht nur virtuell existiert, sondern eine physische Heimat hat: Seit 2011 befindet sich der Sitz der Giordano-Bruno-Stiftung im „Haus Weitblick“ in Oberwesel, unweit der Loreley und inmitten des UNESCO-Welterbes „Oberes Mittelrheintal“.

Im Stiftungshaus, das der gbs von Gründer Herbert Steffen geschenkt wurde, finden zahlreiche Veranstaltungen und Besprechungen statt. Dabei hat sich der außergewöhnliche Panoramablick ins Rheintal als hilfreich erwiesen, um für neue Perspektiven offen zu bleiben. Der Name „Haus Weitblick“ ist in doppelter Hinsicht Programm.

Kontakt

WIE SIE UNS ERREICHEN

Stiftungssitz

Giordano-Bruno-Stiftung
Haus WEITBLICK
Auf Fasel 16
55430 Oberwesel
Website: giordano-bruno-stiftung.de
vorstand@giordano-bruno-stiftung.de

gbs-Sekretariat / Finanzen

Judith Liesenfeld
Tel.: +49 (0)6744 710 50 23
sekretariat@giordano-bruno-stiftung.de

Vorstand

Herbert Steffen (1. Vorsitzender)
steffen@giordano-bruno-stiftung.de
Tel.: +49 (0)6744 710 50 20
Fax: +49 (0)6744 710 50 21
Dr. Michael Schmidt-Salomon (Vorstandssprecher)
salomon@giordano-bruno-stiftung.de
Tel.: +49 (0)174 980 95 16

Geschäftsführung / Pressestelle / Büro Schmidt-Salomon

Dipl.-Psych. Elke Held
Im Gemeindeberg 21
54309 Besslich
Tel.: +49 (0)6744 710 50 11
Fax: +49 (0)651 967 96 602
presse@giordano-bruno-stiftung.de

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Florian Chefai
Tel.: +49 (0)174 81 5555 0
f.chefai@giordano-bruno-stiftung.de

Regionalgruppen-Koordinator*innen

David Farago, Luisa Lennep
rg-vertreter@giordano-bruno-stiftung.de

Hochschulgruppen-Sprecher

Tobias Wolfram
t.wolfram@giordano-bruno-stiftung.de
Website: gbs-hochschulgruppen.de

gbs-Medienarchiv

Eva Witten
witten@giordano-bruno-stiftung.de

GBS-SPENDENKONTO

Kreissparkasse Rhein-Hunsrück
IBAN: DE40 5605 1790 0002 2222 22
BIC: MALADE51SIM

IT Service Management

Athmatrix
athmatrix@giordano-bruno-stiftung.de

Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid)

Leitung: Dr. Carsten Frerk
frerk@fowid.de
Website: fowid.de

Humanistischer Pressedienst (hpd)

Redaktion: Frank Nicolai, Daniela Wakonigg, Gisa Bodenstein
redaktion@hpd.de
Website: hpd.de

Institut für Weltanschauungsrecht (ifw)

Leitung: Prof. Dr. Jörg Scheinfeld, Jessica Hamed
info@weltanschauungsrecht.de
Website: weltanschauungsrecht.de

Hans-Albert-Institut (HAI)

Leitung: Florian Chefai, Jonas Pöld
info@hans-albert-institut.de
Website: hans-albert-institut.de

Zentralrat der Konfessionsfreien

Vorsitz: Philipp Möller
info@konfessionsfrei.de
Website: konfessionsfrei.de

Bertha von Suttner-Studienwerk

Humanistisches Begabtenförderwerk
info@suttner-studienwerk.de
Website: suttner-studienwerk.de

Evokids-Projekt

Leitung: Prof. Dr. Dittmar Graf, Dr. Michael Schmidt-Salomon
dittmar.graf@didaktik.bio.uni-giessen.de
Website: evokids.de

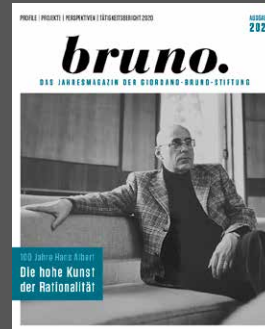
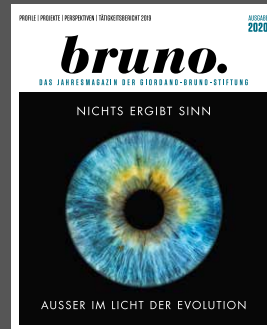
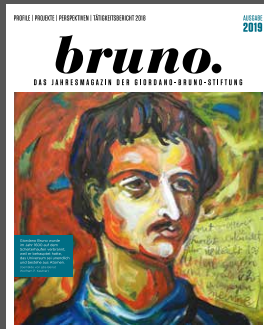
Great Ape Project (GAP)

Leitung: Dr. Colin Goldner
info@greatapeproject.de
Website: greatapeproject.de

AUFKLÄRUNG

im 21. Jahrhundert

Die **Jahresmagazine** und die **Broschüren** der Stiftung **gratis bestellen** unter: www.giordano-bruno-stiftung.de



IMPRESSUM

bruno. Jahresmagazin der Giordano-Bruno-Stiftung

Herausgeber: Giordano-Bruno-Stiftung
Haus Weitblick,
Auf Fasel 16, 55430 Oberwesel

Konzept: ortner ccr, Frankfurt am Main
blazekgrafik, Frankfurt am Main

Redaktion: Dr. Michael Schmidt-Salomon (V.i.S.d.P.),
Elke Held, Florian Chefai, Helmut Fink,
Ricarda Hinz, Luisa Lenneper,
Julian Held (Bildredaktion)

Gestaltung: Roland Dahm, er-de.com

Anschrift der Redaktion: Im Gemeindeberg 21, 54309 Newel
presse@giordano-bruno-stiftung.de

Litho & Druck: Druckerei Lokay e. K., lokay.de
Cradle-to-Cradle-Druckerei –
für einen positiven Fußabdruck

Erscheinungsweise: jährlich

Bezugsadresse: Giordano-Bruno-Stiftung
Haus Weitblick,
Auf Fasel 16, 55430 Oberwesel
sekretariat@giordano-bruno-stiftung.de

Fotos/Illustrationen:

Raif Badawi (5 r.m., 42), Tanja Gabriele Baudson (16, l.m.), Florian Chefai (4 u., 14, 16 o., 17, 18, 20, 21, 37, 54 u., 55 o., 58 r.o., 59 u., 64 u., 67 u., 73 l.o. und l.u.), Roland Dahm (6/7, 29 o., 30 l., 59 o., 72 (3.v.l.)), Mark Dolk (43 u.), David Farago (13 o., 56 u., 79 u.), Carsten Frerk (63 o., 66 l.o.), Evelin Frerk (3 o., 4 o., 9 (3.v.l.)), 10 u., 11 o., 11 u. (1.v.l.), 12 l.u., 24 o., 25 o., 31, 33, 65 o., 73 r.o. (Nr. 1, 4, 5) und 73 r.u., 74 (3.v.l.), 77), Jessica Hamed (23 (1.v.r.)), Elke Held (22 o., 65 u.), Julian Held (69 u.), Josh Hild (pexels.com) / Florian Chefai (19, 57 o. (Collage)), Ricarda Hinz (11 u. (3.v.l.)), 29 u., 73 r.o. (Nr. 3)), Peter Hönnemann (64, l.o.), Piero Masztalerz (82), Oliver Ottitsch (51), Christian Pawlu (25 u., 73 r.o. (Nr. 6)), Nina Simone Plum (73 r.o. (Nr. 2)), Jörg Salomon (43 o., 58 u.), Jörg Scheinfeld (23 (2.v.r.)), Michael Schmidt-Salomon (11 u. (2.v.l.)), 13 l.u., 36, 60 l.o., 61 o., 66 u.), Ingrid Steffen-Binot (10 o.), Maximilian Steinhaus (5 r.u., 13 r.u., 52/53, 58 l.o.), Oxana Sunnyday (5 l.u., 44/45), Jacques Tilly (50, 54 l.o., 76), Udo Ungar (3 u., 54 r.o.), Daniela Wakonigg (12 r.u.), Tobias Wolfram (16, l.u.), Saskia Zillekens (56 r.o.)

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung (5 l.o., 34/35, 38, 39, 40, 62 l.o.), gbs / agentur werner bohr (72 (1.v.l., 2.v.l.)), 78 o.), gbs / Varvara Borodkina (63 u.), gbs / Evelin Frerk / Peder Iblher (12 o.), gbs / Stephan Rumpf (68 l.o. (Screenshot gbs-Video)), GWUP (64 r.o.), iStock.com/no_limit_pictures (56 l.o.), Kortizes (66 r.o.), kremlin.ru (46, 47, 48, 49), Rodolfo Quevenco / pixabay.com (62 u.), securityconference.de / Tobias Kleinschmidt (62 r.o.), Zentralrat der Konfessionsfreien (Titelbild, 5 r.o., 26/27, 28), Privatarchiv Herbert Steffen (8, 9 (1.v.l., 2.v.l.)), 79 o.)

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.

ISSN: 2698-5470

gbs 
giordano bruno stiftung



PIERO MASZTALERZ

Der Comiczeichner, Grafiker und Texter Piero Masztalerz arbeitet u.a. für den Eulenspiegel, den Spiegel und den Humanistischen Pressedienst (hpd), dessen Satirefenster „Spott sei Dank!“ maßgeblich auf Pieros Anstoß zurückgeht. Für seine Karikaturen wurde er u.a. mit dem „Deutschen Cartoonpreis“ (2011, 2019), dem „Deutschen Preis für die politische Karikatur“ (2012, 2014) und dem „Frechen Mario“ (2012, 2014, 2019) ausgezeichnet – jedoch von Facebook so stark gemäßregelt, dass er sich von der Plattform zurückzog. Seit 2014 tourt Piero mit seiner einzigartigen Comic-Show durch die Lande, mit der er auch bei der historischen „Heidenspaß-Party“ an Karfreitag 2017 in München auftrat. Weitere Infos finden sich auf Pieros Website: schoeneschisse.de.

»Wer **Zensur**
erlaubt,
will **Denken**
verbieten.«

Kampagne zur Abschaffung des §166 StGB (1997)



www.giordano-bruno-stiftung.de

2022